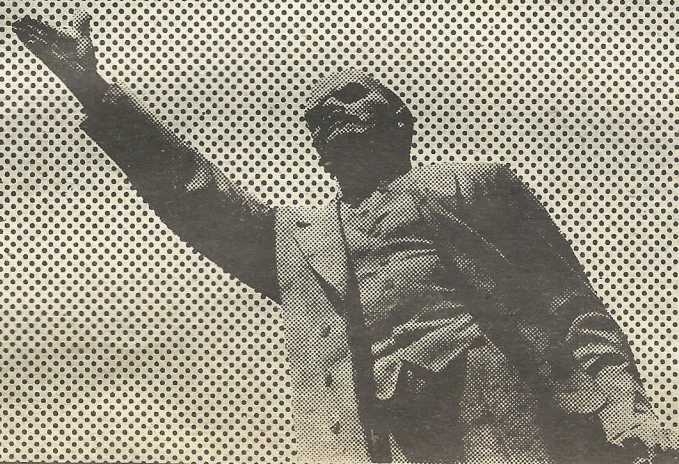


Harelnoottaart

nr. 7
aug.

made in holland - patent pending in principal countries of the world



DÜSSELPFIEGEL

DER PAR. 129A SOLL DEN TATNACHWEIS ERSETZEN

"Die Angeschuldigte ging und geht ersichtlich davon aus, der Umstand, daß sie den für den Anschlag auf die Deutsche Lufthansa AG als Zündzeitverzögerer benutzten Wecker gekauft hat, reiche für sich alleine keinesfalls aus, um sie der Beteiligung an dieser Tat zu überführen."

Daß Ingrid Strobl, obwohl sie von gegen sie angeordneten Überwachungsmaßnahmen und den Hausdurchsuchungen am 17. und 18. Dezember 1987 gewußt hat, nicht untergetaucht ist, spricht der jetzt fertiggestellten Anklageschrift zufolge deswegen auch nicht für sie bzw. ihre Unschuld, sondern belegt nur ihre besondere Finesse.

In der Anklageschrift gegen Ulla Penselin, darauf wies auf einer gestrigen Pressekonferenz ihr Anwalt Jacobi hin, werden zwar konkrete Vorwürfe - Beteiligung an den Brandanschlägen auf die Firma Adler - erhoben, aber nur allgemeine Mutmaßungen und Schlußfolgerungen als "Beweise" angeführt.

So werden beispielsweise Treffen mit anderen Frauen als "konspirativ" bezeichnet, weil sie nach Beendigung und Rückfahrt an unterschiedlichen Hamburger Bahnhöfen ausgetreten sind.

Bemerkenswert an den Anklagen ist, daß die Bundesanwaltschaft die Zusammenlegung der Verfahren gegen Ulla Penselin und Ingrid Strobl beantragt hat. Der Prozeß soll vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichtes Düsseldorf stattfinden. Dieser 5. Senat hat bereit Erfahrung in Verfahren gegen angebliche Mitglieder der "Revolutionären Zellen": Am 10. Juni 1985 hat sie Friedhelm Beine wegen "Unterstützung der terroristischen Vereinigung RZ" zu sechs Monaten Haft verknackt.

Sowohl die Anwältinnen von Ingrid Strobl als auch der Anwalt von Ulla Penselin haben sich in ihren gestern veröffentlichten Stellungnahmen der Verfahren ausgesprochen: "Die Verfahren sind allenfalls durch die rechtsstaatswidrigen Verdachtsverhaftungen vergleichbar. Irgendein Gruppenzusammenhang zwischen beiden Verfahren soll damit wohl unterstellt werden, Beweismittel werden hierfür nicht vorgetragen."

Das Interesse des Bundesanwaltschaft an der Zusammenlegung der Verfahren ist offensichtlich: Die ohnedies kaum zu beweisenden konkreten Taten treten in den Hintergrund, die behauptete Mitgliedschaft in der "terroristischen Vereinigung Revolutionäre Zellen" würde die Verhandlungen dominieren. Ohnehin ist es ja nur dieses "Organisationsdelikt", das die Zuständigkeit des Bundesanwaltschaft bewirkt.

Folgerichtig verwendet die Bundesanwaltschaft auch sehr viel mehr Platz und Sorgfalt auf eine ausführliche Dokumentation von teilweise seitenlange Passagen aus dem "Revolutionären Zorn" seit 1975 als auf eine Würdigung und Vorstellung der Beweismittel. Deren Dürftigkeit versucht die Bundesanwaltschaft durch suggestive Formulierungen zu überdecken. Beispielsweise wird festgestellt, daß Ingrid Strobl am 12.2.87 gewarnt worden sei, sie werde

überwacht. "Sofort am darauffolgenden Montag, dem 16.2.-1987..." heißt es dann, habe sie ihr Bankschließfach aufgesucht. Sofort wäre noch der 12.2., ein Donnerstag gewesen - der "darauffolgende Montag", also zwei Werktage später, heißt, daß sie eben nicht "sofort" das Bankschließfach aufgesucht hat. Was sie dort beseitigt haben soll, weiß die Bundesanwaltschaft sowieso nicht.

Ingrid Strobl soll, das ist der einzige "objektive Beweis", der in der Anklageschrift aufgeführt wird, bei Uhren-Wempe in Köln einen Wecker der Marke Emes-Sonochron gekauft haben, der dann bei einem Anschlag der RZ auf die Lufthansa AG Verwendung gefunden haben soll. Daß Ingrid Strobl den Wecker nicht einfach so zum Wecken gekauft hat, schließt die Bundesanwaltschaft aus der Tatsache, daß sie sich für den "Emes-sonochron/mechanisch" entschieden hat, "obwohl zu diesem Zeitpunkt auch bereits äußerlich völlig gleichartige Wecker desselben Hersteller mit dem moderneren Quarzwerk erhältlich waren". Der mechanische, so die BAW weiter, sei nämlich der anslagsrelevante, RZ-typische, während der Quarzwecker von der RZ als für Anschläge unbrauchbar bezeichnet worden sei.

Daß in dem von der BAW sonst häufig zitierten RZ-Reader "Der Weg zum Erfolg" auch Quarzwecker als Zündzeitverzögerer empfohlen werden, bringt sie nur kurz in Erklärungsnot: Die Empfehlung von Quarzweckern sei eine "abweichende Auffassung", die eigentlich nicht in Kreisen der RZ, sondern nur von "sogenannten autonomen Gruppen" vertreten werde.

Und weil die RZ, nach Auffassung der BAW, grundsätzlich klandestin und abgeschottet arbeiten, hätten sie sich nie Tatmittel für Anschläge von Außenstehenden beschaffen lassen: "Die Angeschuldigte muß daher Mitglied dieser Organisation sein." Je schwächer die Beweise, desto kraftvoller die Behauptungen.

Der "Emes-Sonochron" ist der Bundesanwaltschaft zufolge ein "typisches Tatmittel der RZ": er würde nur von ihr als Zündzeitverzögerer eingesetzt und habe bereits bei 35 Anschlägen Verwendung gefunden. 40-Mal sei der Wecker eingesetzt worden, hatte die Bundesanwaltschaft noch im Februar behauptet. "Mehr als dreißig mal" ist die unbestimmte Kompromißformel in der neuesten Presseerklärung des Generalbundesanwalts.

Hieß es ursprünglich noch, daß in 40 Geschäften in weiten Teilen der BRD auch BKA-Beamte am Verkauf des Wecker in Geschäften beteiligt gewesen seien, behauptet die Anklageschrift jetzt, in 30 Geschäften ausschließlich in NRW hätte das reguläre Verkaufspersonal den Wecker verkauft und die dabei anfallenden Informationen ans BKA weitergeleitet.

Aber auch die Frage, wie die mit Video aufgenommenen Personen identifiziert worden sind, wird nur unzureichend beantwortet. Durch Zufall, will die Bundesanwaltschaft weismachen, und die Bundesregierung behauptet deswegen auch, es seien von 82 WeckerkäuferInnen nur zwei namentlich bekannt (obwohl allein in den Durchsuchungs- und Haftbefehlen mindestens fünf Personen der Weckerkauf

zur Last gelegt wird).

Im Fall von Ingrid Strobl soll der Zufall eine Sendung über "10 Jahre Emma" im 3. Fernsehprogramm des WDR gewesen sein: Zwei zufällig auf Dienstreise in NRW befindliche Beamte des BKA Wiesbaden, die zufällig die Sachbearbeiter der Ermittlungen in Sache RZ und Emes-Sonochron waren, sollen zufällig die Sendung gesehen und Ingrid Strobl dabei als die Frau identifiziert haben, die sie Monate zuvor auf einem Video als Weckerkäuferin nicht identifizieren konnten.

Neue Anschrift für Ingrid Strobl und Ulla Penselin ist:
Oberlandesgericht, 5. Strafsenat
Postfach 30 02 10
4000 Düsseldorf 1

(TAZ, 29.6.88)

PRESSEERKLÄRUNG

der Verteidiger von Dr. Ingrid Strobl
Rechtsanwalt Hartmut Wächter, München und
Rechtsanwältin Edith Lunnebach, Köln

Mit Datum vom 26.05.88 hat der Generalbundesanwalt gegen Dr. Ingrid Strobl beim Landgericht Düsseldorf Anklage erhoben.

Die GBA klagt die Mandantin wegen Mitgliedschaft in der terroristischen Vereinigung "Revolutionäre Zellen" (RZ) sowie wegen mittäterschaftlicher Beteiligung an dem Anschlag auf das Lufthansabau am 28.10.86 in Köln an.

Wie aus der bisherigen Berichterstattung in diesem Verfahren bekannt, geht der GBA davon aus, daß die Mandantin Anfang September 1986 in einem Kölner Uhrenfachgeschäft einen Wecker der Marke Emes Sonochrom gekauft hat.

Weitere objektive Beweismittel werden auch mit der Anklageschrift gegen die Mandantin nicht vorgetragen. Dies obwohl die Mandantin vom Februar 1987 bis zum Dezember 1987 umfassend observiert und telefonüberwacht wurde.

Da außer dem Wecker nichts Konkretes gegen die Mandantin vorgetragen wird, muß aus dem Weckerverkauf allein alles abgeleitet werden.

Die GBA geht dabei wie folgt vor:

Der Wecker wurde gekauft und ca. sechs Wochen später bei dem Attentat benutzt. Das Attentat wurde nach den Bekenntnissen von den RZ ausgeführt.

Die RZ arbeiten nach dem "Zellenprinzip" (sic!), die Zellen wiederum abgeschottet. Demzufolge werden Tatmittel für Anschläge nur durch Mitglieder der RZ besorgt.

Die Weckerkäuferin ist durch den Weckerkauf demzufolge als Mitglied der terroristischen Vereinigung sowie als Mittäterin des Anschlages selbst überführt.

Da die Arbeitsweise der RZ den Ermittlungsbehörden,

tatsächlich nicht bekannt ist, wird zum Beweis für das behauptete Arbeitsprinzip der RZ in der Anklageschrift auf 25 Seiten aus angeblichem Schriftmaterial der RZ (z.B. aus der Zeitschrift Revolutionärer Zorn aus dem Jahre 1978!) zitiert.

Daß gegen die Mandantin bisher keinerlei Verdachtsmomente im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten bestanden, läßt die GBA nicht zweifeln, sondern vielmehr in der Anklageschrift nach dem Prinzip argumentieren "Er trifft schon nicht die Falsche": "Die Angeschuldigte zählt sich selbst zur s.g. '68er Generation" und hat sich ab ihrem 16. Lebensjahr entsprechend in der Studentenbewegung politisch engagiert." Da die Mandantin den Anklagevorwurf als "völlig aus der Luft gegriffen" bestreitet, müssen politische Neigungen der Mandantin als "Geständnis" erhalten: Aus der Anklageschrift: Die Angeschuldigte räumt selbst ein, sich "häufig - und sehr scharf - mit diesen Themen, die jetzt als anschlagrelevant gewertet werden, auseinandergesetzt zu haben." Wer also engagiert sich mit dem Themen Flüchtlingspolitik und Sextourismus beschäftigt und hierüber schreibt, braucht nur noch einen Wecker gekauft zu haben, um als Mitglied in einer terroristischen Vereinigung und Mittäterin eines Sprengstoffanschlags zu gelten.

Wenn schon der Weckerverkauf zum hinreichenden Tatverdacht ausreicht, so wird auch nach dem Willen der GBA das Unverdächtige verdächtig: Wer (nach den Aussagen des Verkaufspersonals) gezielt einen bestimmten Wecker verlangt, diesen als Geschenk haben will, sich nicht aber für die Farbe des Weckers interessiert, handelt offensiv konspirativ. Wer über Monate hinweg bei der Telefonobservierung kein verdächtiges Wort sagt, handelt konspirativ. Wer, nachdem er im Februar 1987 davon erfährt, daß die Ermittlungsbehörden ihr im Zusammenhang mit dem Weckerverkauf als Terroristin verdächtigen, dies gegenüber Kollegen entrüstet zurückweist und nicht etwa untertaucht, handelt konspirativ. Wer am 20.12.87 in die eigene Wohnung zurückkehrt, obwohl ihr aus den Rundfunk- und Fernsehnachrichten bekannt war, daß eine bundesweite Polizeikaktion gegen mutmaßliche Mitglieder der RZ angelaufen war und Wohnungen bereits durchsucht wurden, handelt konspirativ.

Wer schließlich noch an ein rechtsstaatliches Vorgehen glaubt (Zitat aus der Anklageschrift: "Die Angeschuldigte ging und geht auch heute noch ersichtlich davon aus, daß der Umstand, daß sie den für den Anschlag auf die Deutsche Lufthansa AG als Zündzeitverzögerer benutzten Wecker gekauft hat, reiche für sich allein keinesfalls aus, um sie der Beteiligung an dieser Tat und der Mitgliedschaft in der 'RZ' zu überführen" hat offensichtlich noch Illusionen.

Obwohl die Mandantin bereits seit sechs Monaten in Untersuchungshaft ist und mit der Anklageschrift auch nicht mehr präsentiert wird, als schon im Haftbefehl behauptet, sind der Verteidigung erst Anfang Juni die Akten des Verfahrens zugegangen. Eine vollständige Akteneinsicht fehlt bis heute, z.B. der polizeiliche Abschlußbericht. Die Anklage hat die Verteidigung erst eine Woche vor Ablauf der Stellungnahmefrist zur sechsmonatigen Haftüberprüfung beim BGH erhalten. Gleichzeitig damit wurde der Verteidigung mitgeteilt, daß gegen die Hamburgerin Ulla Penselin ebenfalls beim OLG Düsseldorf angeklagt sei und der BGA anrege, die Verfahren zu verbinden. Verfahren, die allenfalls durch die rechtsstaatswidrigen Verdachtsverhaftungen vergleichbar sind. Irgendein Gruppenzusammenhang zwischen beiden Verfahren soll damit wohl unterstellt werden, Beweismittel werden hierfür nicht vorgetragen.

Es entsteht der Eindruck, daß der GBA im Wissen um die dürftige Beweislage, in der sich die Anklage befindet, eine Entscheidung des 3. Strafsenates des BGH für eine Verlängerung der Untersuchungshaft dadurch zu erreichen versucht, daß er die Verteidigungsmöglichkeiten der Angeschuldigten gesetzwidrig behindert.

Allein durch eine sofortige Entlassung der Mandantin kann die durch das Vorgehen der Ermittlungsbehörden erfolgte "Verdachtssvorverurteilung" zurückgewiesen werden.

Wächtler
Rechtsanwalt, München

Lunnebach
Rechtsanwältin, Köln

MITTEILUNG APAPC

Bericht an alle die Post schicken an den vier gefangenen Militanten der cellules communistes combattantes.

Pierre Carette, Didier Chevolet und Bertrand Sassoys sind verlegt worden am 29. Juli vom Gefängnis von Malines in das Gefängnis de Forest in Brüssel. Ihre Adresse ist nun dieselbe als die von Pascale Vandegeerde:

PRISON DE FOREST
52 AVENUE DE LA JONCTION
1060 BRÜSSEL
BELGIEN

apapc, August 88

STAMMHEIM BUNKERT WEITER EIN

Das Urteil des Stuttgarter Oberlandesgerichtes in der Stammheimer Festung zur Kenntnis: Eva Haule-Frimpong (33) soll für 15 Jahre wegen Mitgliedschaft in der RAF, versuchten Mordes in 43 Fällen, versuchten Sprengstoffanschlags auf die NATO-Schule in Oberammergau (1984), Waffenraub, illegalen Waffenbesitzes und Urkundenfälschung ins Gefängnis. Mit dem Urteil blieb das Gericht unter den Anträgen der Bundesanwälte, die Haule-Frimpong lebenslanglich hinter Gitter stecken wollten. Auch bei dem Strafmaß gegen die beiden Mitangeklagten Luitgard Hornstein (24) und Christian Kluth (28) folgte das OLG nicht den Anklägern, die für beide Beschuldigten zwölf Jahre Knast gefordert hatten. Kluth soll nach Ansicht des Gerichts als RAF-Mitglied die Bombe gelegt haben, die am 25.7.1986 bei Dornier in Immenstaad explodierte. Eine Beteiligung Hornsteins an diesem Anschlag sah das Gericht als nicht erwiesen an und befand vier Jahre Gefängnis als ausreichend für die 24jährige, die neben RAF-Mitgliedschaft auch Urkundenfälschung und Mißbrauch von Ausweispapieren zur Last gelegt wird. Unklar blieb zunächst, ob das Gericht der Bundesanwaltschaft in der Interpretation folgte, die Angeklagten auch wegen des Fortbestehens ihrer RAF-Mitgliedschaft im Knast zu verurteilen. Vor zwei Jahren, am 2.8.86, wurden die drei verhaftet.

Stolz präsentierte das Bundeskriminalamt (BKA) Haule-Frimpong nicht nur als RAF-Mitglied, sondern auch als Beteiligte an der Ermordung des Siemens-Managers Beckurts und an dem versuchten Sprengstoffanschlags auf eine NATO-Schule in Oberammergau. Generalbundesanwalt Rebmann indes, sonst nicht gerade zurückhaltend mit Tatvorwürfen, wollte damals nichts wissen von einer konkreten Tatbeteiligung. Offensichtlich witterten Bundesanwaltschaft und ein Bundesrichter damals die Chance, Kronzeugen zu gewinnen. Haule-Frimpong war angedeutet worden, daß ihr ein Knastaufenthalt erspart bleiben könne, sofern sie Aussagen mache. Vergeblich, die Beschuldigten schwiegen und warteten 13 Monate in Isolationshaft auf ihren Prozeß. Verwundert registrierten Beobachter dann im September letzten Jahres, daß dennoch in der Anklage keine Rede von einer konkreten Beteiligung an Anschlägen war. Neben Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung bei mutmaßlichen RAF-Anhängern reicht das der bundesdeutschen Justiz für eine Verurteilung - lauteten die Vorwürfe: Urkundenfälschung, Hehlerei und bei Haule-Frimpong zusätzlich illegaler Waffenbesitz. Kluth und Hornstein schrieben die Bundesanwälte nun den Dornier-Anschlag zu. Plötzlich glaubten Schriftsachverständige des BKA Haule-Frimpongs Handschrift auf Papieren identifiziert zu haben, die längst vor dem Oberammergauer Anschlag entdeckt worden waren.

(TAZ, 29.6.88)

PER ZEITUNGSINSERAT SUCHTE DER BAYRISCHE VERFASSUNGSSCHUTZ IN NÜRNBERG SPITZEL/ Tarnung als Detektei/Autonomie und WAA-Gegner als Zielgruppe/Verfassungsschützer: "Ich reise nur in links"

Dies geht aus einem Gespräch eines VS-Mitarbeiters mit einem arbeitslosen Soziologen hervor, der nichtsahnend auf ein Zeitungsinserat in der Wochenendausgabe der "Nürnberger Nachrichten" vom 23./24. April dieses Jahres geantwortet hatte. Eine Detektei suchte darin "Mitarbeiter bei guter Bezahlung". Schon beim ersten persönlichen Kontakt entpuppte sich der Detektei-Kontaktmann als Mitarbeiter des Verfassungsschutzes. Der Verfassungsschützer mit dem beziehungsreichen (Deck-) Namen Fellner erklärte dem Bewerber, daß es sich um einen neuen Versuch handle, um in nordbayrischen Raum Fuß zu fassen. Für ein Grundgehalt zwischen 800 und 1000 Mark zuzüglich Spesen und Urlaubsgeld sollte sich der Soziologe in "die Szene einleben" und Informationen über Autonomie, WAA-Gegner, Dritte-Welt und Anti-Natogruppen sowie Antilimperialistische Bewegungen beschaffen. Rechte Kreise interessieren den VS dagegen nicht. "Ich reise nur in links", antwortete der Staatsschützer und ließ durchblicken, daß er nur an Informationen interessiert wäre. Verhaftungen dagegen erschienen derzeit nicht oportun.

"Aufstrebende Detektei such Jg. Mitarbeiter/Innen, gute Bezahlg., überwiegend nebenberufl., Kurz-Bewerbung.
C NZ 34 963"

(TAZ, 30.6.88)

STARTBAHN WEST: MORDANKLAGE

Generalbundesanwalt Kurt Rebmann hat gestern vor dem Oberlandesgericht Frankfurt Anklage gegen den 34jährigen Andreas Eichler und den 25jährigen Frank Hoffmann wegen "gemeinschaftlichen Mordes an zwei Polizisten" und des "versuchten Mordes" an drei weiteren Polizeibeamten an der Startbahn West erhoben. Der Ankläger wirft damit Eichler und Hoffmann vor, die Tat gemeinsam geplant und durchgeführt zu haben. Beide sollen "mindestens 14 Schüsse auf anrückende Polizeibeamte abgegeben" haben. Wie Bundesanwalt Alexander Prechtel erklärte, hätten die Ermittlungen ergeben, daß Eichler und Hoffmann am 2. November 1987 kurz nach 21 Uhr "ihrem gemeinsamen Tatplan entsprechend abwechselnd aus der von ihnen gemeinsam am 8. November 1986 in Hanau geraubten Schusswaffe mindestens 14 Schüsse auf die anrückenden Polizeibeamten abgefeuert haben". Nach Angaben von Prechtel sollen sich vier der von den Schüssen getroffenen Beamten zwischen 83 und 159 Meter vom ungefähren Abgabeort der Schüsse entfernt aufgehalten haben. Dagegen soll der Beamte Eichhöfer aus 516 Metern Entfernung getroffen sein; er habe sich fast 400 Meter hinter den anderen Polizeibeamten befunden. Man könne

hier zwar nicht von einem gezielten Schuß auf den Beamten Eichhöfer sprechen, doch seien "zweifelsfrei gezielte Schüsse auf die anrückenden Polizeibeamten abgegeben worden". Neben der Mordanklage gegen Eichler und Hoffmann hat die Bundesanwaltschaft die Frankfurter Bürger/Innen Sigrun S., Ursula J., Michael K., Michael M., Ingrid T. und R. Hübner der "Mitgliedschaft in einer terroristischen bzw. kriminellen Vereinigung" angeklagt. Bundesanwalt Prechtel nannte nur bei Hübner den Nachnamen, da sich Hübner in U-Haft befindet. Alle anderen Personen seien haftverschont worden.

(TAZ, 8.7.88)

SEIT SECHZEHN JAHREN IN ISOLATION

Irmgard Möller wurde 1972 verhaftet - seitdem lebt sie in Isolationshaft/Sie überlebte 1977 als einzige die "Nacht von Stammheim" und widersprach von Anfang an der offiziellen Darstellung

Am 8. Juli 1972 hatte die Polizei am Offenbacher Bahnhof eine Falle für die RAF vorbereitet - der tags zuvor festgenommene Hans-Peter Konieczny hatte als Lockvogel ein Treffen vereinbart. Als erster ging Klaus Jünschke in die Falle, dann auch Irmgard Möller. Selbster befindet sich Irmgard Möller nach über sieben Jahren Untersuchungshaft in Isolationshaft. Irmgard Möller, von Behörden und Medien dem "harten Kern" oder "Führungskader" der RAF zugerechnet, wurde zunächst 1976 in Hamburg wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung zu viereinhalb Jahren Knast verurteilt. Kurze Zeit später beschuldigte ein Kronzeuge der Bundesanwaltschaft die Ex-Studentin, u.a. an einem Bombenanschlag auf das Heidelberger US-Hauptquartier im Mai 1972 beteiligt gewesen zu sein. Bei diesem Anschlag starben drei Menschen, mehrere wurden verletzt. So blieb Irmgard Möller in U-Haft, zigmal in andere Knäste verlegt, aber immer abgeschottet von anderen Gefangenen. Gerichtsgutachter forderten die Aufhebung der Isolationshaft, um "nicht wiedergutzumachende Störung der Gesundheit" zu verhindern. Irmgard Möller klagte über mangelnde Seh- und Konzentrationsfähigkeit, Erinnerungsschwächen, Ohrenrauschen, Schlafsucht. Vor dem Kontaktsperregesetz 1977 war Irmgard Möller neun Monate zusammen mit Baader, Ensslin und Raspe in Stammheim inhaftiert. Als einzige der vier überlebte sie, mit mehreren Stichwunden in ihrer Zelle aufgefunden, die Nacht vom 17. auf den 18. Oktober 1977. Derzeit sitzt Irmgard Möller, 1979 zu lebenslanglich verurteilt, gemeinsam mit zwei anderen RAF-Gefangenen im Lübecker Hochsicherheitsstrakt. Aufhebung der Isolationshaft zugunsten des "Normalvollzuges" lehnen die Gefangenen ab. Sie wollen in "großen Gruppen" zusammenleben.

(TAZ, 8.7.88)

GERMAN TERRORIST IN BRITISCH HQ Red Army suspect penetrates security amid IRA campaign

A notorious West German terrorist was seen at the headquarters of the British Army on the Rhine on the day after the IRA bombed Inglis Barracks in north London. A man exactly fitting the description of Werner Lotze was spotted walking freely around the base at Rheindahlen, West Germany, despite a major security alert following the IRA attack last Monday, which killed one soldier and injured nine others. West German police say that Lotze, 34, is a senior member of the extreme left-wing terrorist organisation, the Red Army Fraction, which may have links with the IRA. The sighting supports the belief of the West German security services that the IRA is using European groups to set up, and sometimes execute, attacks on the Continent. They are investigating the possibility that West German terrorists provided safe houses for the IRA unit which murdered three RAF men in bombing and shooting attacks in The Netherlands three months ago. Security sources subsequently claimed that the Red Army Fraction had "very close links" with the IRA. The group may operate through the West European Anti-Imperialist Front, a loose affiliation of the INLA, Action Directe, the Red Brigades, and revolutionary communist cells in The Netherlands and Belgium. Until recently, the IRA was not thought to be part of the front, but may have forged links through INLA members who defected to it after an internal feud.

(The Independent, 8.8.88)

ITALIEN FÜRCHTET NEUE GENERATION TERRORISTEN 'Unbekannte' Mitglieder Roten Brigaden verhaftet und Waffenarsenal entdeckt.

Über die Frage ob Italien eine neue Welle von Terror erwartet, sagt der Unterstaatsanwalt Ferdinando Pomarici, zusammen mit seinen Kollegen Amando Spataro, der Koordinator der jetzigen Ermittlungen: "Der Terrorismus ist als politische Erscheinung geschlagen, aber als rein militärische Angelegenheit ist er noch nicht tot. Wir müssen uns in acht nehmen für den Fehler den Politiker oft machen, und die meinen daß der Terrorismus völlig verschwunden ist. Das ist ein zu einfache These, die ohne weiteres 20 Jahre italienische Geschichte aus den Augen verliert. Aber auf der anderen Seite ist es auch wieder nicht richtig zu unterstellen daß eine Katastrophe im Anzug sei. Das Phänomen des Terrorismus wird bestehen bleiben und es ist wichtig es so gut wie es geht zu kontrollieren, um es innerhalb der Grenzen zu behalten die sozial betrachtet zu ertragen sind."

(Trouw)

PARIS LOCKERT ISOLATIONSHAFT EIN WENIG

Haftbestimmungen für rund 300 politische Gefangene leicht gemildert/Statt Einzelisolation jetzt Kleingruppenisolation: Zu zweit in der Zelle/im neuen Amnestiegesetz werden die politischen Gefangenen nicht berücksichtigt.

Es ist lediglich vorgesehen, daß die politischen Gefangenen auf eigenen Wunsch zu zweit in einer Zelle untergebracht werden. Bücher und Zeitschriften ihrer Wahl beziehen und in Fünfergruppen spazieren gehen können - Haftbedingungen also, die eher unter den Begriff "Kleingruppenisolation" fallen. Auf die Forderung politischer Gefangener, etwa während des Hungerstreiks von vier Mitgliedern der Action Directe vom 1. Dezember 1987 bis 26. März 1988, nach Zusammenlegung ganzer Gruppen wollte die Behörde allerdings nicht eingehen.

Betroffen von dieser Maßnahme sind neben Angehörigen von Action Directe Korse, Basken und Häftlinge aus Guadeloupe. Das Ministerium spricht von 30 Personen; in Wirklichkeit dürfte die Zahl derer, die nach Abschaffung der Hochsicherheitstrakte im Jahre 1983 unter die Kategorie der sogenannten "detenus particulièrement surveillés" (DPS) fallen, bei 200 bis 300 liegen. Bei dieser Personengruppe handelt es sich um besonders überwachte Gefangene, denen die Gefängnisleitung behördenintern und willkürlich Isolationsstrafen aufbrummen konnte.

(TAZ, 7.7.88)

STRAFEN FÜR ACTION DIRECTE BESTÄTIGT

Das Pariser Berufungsgericht hat am Montag die zehnjährigen Haftstrafen für die Gründungsmitglieder der linksgerichteten französischen "Action Directe" bestätigt. Die AD-Führer Jean-Marc Rouillon, Nathalie Ménigon, Georges Cipriani und Joelle Aubron sowie Vincenzo Spano, Regis Schleichner und Claude Halfen waren am 12. Februar wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung zur Höchststrafe von zehn Jahren Freiheitsentzug verurteilt worden. Bestätigt wurden auch die sechs Jahre Haft für Nicolas Halfen. Die ihnen angelasteten Anschläge und Raubüberfälle waren Gegenstand getrennter Prozesse, in denen bereits lebenslange Freiheitsstrafen ausgesprochen wurden. Freigelassen wurden dagegen Anne-Lyse Benoit und Bruno Baudrillart, die zu fünf bzw. sieben Jahren Haft verurteilt waren.

(TAZ, 5.7.88)

BEKENNERANRUF ZUM BOMBENANSCHLAG IN MADRID

Für den Bombenanschlag in der Nähe der amerikanischen Botschaft in Madrid hat ein Anrufer, der für eine Gruppe "Internationale Brigaden" zu sprechen vorgab, die Verantwortung übernommen. Nach der Explosion, die nur geringen Schaden anrichtete, hatte das spanische Innenministerium einen Zusammenhang mit dem Abschuss des iranischen Passagierflugzeugs durch ein amerikanisches Kriegsschiff am Sonntag vermutet.

(NZZ, 7.7.88)

FAHRZEUGE BEI NEUEM TOKIOTER FLUGHAFEN GE-SPRENGT

In der Nähe des im Bau befindlichen neuen internationalen Großflughafens Narita bei Tokio sind am Montag morgen insgesamt 27 Fahrzeuge gesprengt worden. In einem Schreiben bekannte sich die links-radikale Gruppe Chukakuha zu den "Angriffen gegen Firmen, die am Ausbau des Flughafens Narita beteiligt sind".

(NZZ, 7.7.88)

QUEEN'S VISIT TERROR ALERT

Royal security chiefs fear that a husband and wife terrorist team, Horst and Barbara Meyer, will attempt a spectacular outrage during the Queens visit to Holland this week. The couple, both 32, are leading members of the notorious West German terrorist group Red Army Faction, and are now believed to be hiding in Holland. The Red Army Faction, which they resurrected after a series of arrests, is known to have close links with the IRA and has helped it set up "safe houses" in and around Amsterdam.

And Dutch police are convinced that the Provos who murdered three RAF men in Holland earlier this year are still in the country.

Now security men suspect that the IRA murder team and the Red Army Faction may have combined to attempt a spectacular coup during the royal visit.

Heinrich Boge, chief of West Germany's federal criminal bureau (BKA)

has warned other counter-terrorist agencies that the Meyers and followers may be in Holland.

(Sunday Express, 3.7.88)

CCC- UND FRAP-ANGEKLAGTE NACH ASSISENHOF

Die Kammer der Inanklageversetzung (KIB) in Brüssel hat gestern beschlossen sowohl die vier Mitglieder der Cellules Communistes Combattantes (CCC) als zwei Mitglieder-Sympathisanten der Front Révolutionnaire d'Action Proletarienne (FRAP) zum Assisenhof zu verweisen. Der Prozeß wird halb September beginnen.

Die Verweisung der vier CCC-Mitglieder, Pierre Carette, Bertrand Sasso, Didier Chevolet und Pascale Vandegheerde ist kaum überraschend. Die KIB entschied jedoch auch

die Akten gegen Chantal Paternostre und Luc Van Acker bei deren der CCC zu fügen und sie also zusammen für den Assisen zu bringen. Die Verteidigung der zwei FRAP-Mitglieder hatte sehr stark plädiert für eine Trennung der zwei Akten. Die KIB folgte also offenbar die These der Staatsanwaltschaft, daß die zwei Anschläge, zu denen sich im April 1985 die FRAP bekannte, im Zusammenhang stehen mit der Bombencampagne der CCC. Als materieller Beweis für den Zusammenhang führt die Staatsanwaltschaft u.a. Dokumente, Waffen und Fingerabdrücke an, die während den 42 Monaten dauernden Ermittlungen gefunden sind.

Die CCC-Mitglieder werden sich vor einer Jury verantworten müssen für den 27 Bombenanschlägen zwischen dem 2. Oktober 1984 und dem 6. Dezember 1985.

Die KIB hat auch entschieden, daß der Prozeß gegen Christophe Vercauteren, verdächtig der "logistischer Unterstützung" der CCC, getrennt zu führen. Auch die Akten gegen X werden von den anderen getrennt. Die Staatsanwaltschaft hat einen Antrag gegen X gestellt, wodurch eventuelle, jetzt noch unbekannte Mitglieder verfolgt werden können.

Chantal Paternostre und Luc Van Acker sind vorläufig noch frei, bis zum Anfang ihrer Prozesses.

(De Morgen, 2.7.88)

YU KIKUMURA

Yu Kikumura is being held in NY City at Manhattan Correctional Center. He is in good health and has engaged two of the most respected lawyers, Wim Kunstler and Ron Kuby.

He is charged with federal explosives/possession violations carrying a possible sentence of up to 90 years!

He is being held without bail on "anti-terrorist" laws used against many political people here recently. The Japanese embassy has not helped him, and in fact their equivalent of the FBI, the NPF, is working with the US to prepare the case against him. He has not made any statements.

His lawyers, Kunstler and Kuby, have protested the "Japanese Red Army" tag in the US papers as the attempt to whip up "anti-terrorist" frenzy.

He is being held in isolation but is in contact with exemplary political prisoners, such as Mutulu Shakur (new african) and Joe Doherty (Irish) who are also at MCC.

Wim Kunstler
Ron Kuby
13 Gay st.
NY NY 10014
USA

address of Yu:
Yu Kikumura
MCC - 9 South
150 Park Row
New York NY 10007
USA

MOSSAD SCHÖß AUF ANGREIFER 'CITY OF POROS'

Agenten des israelischen Geheimdienstes Mossad befanden sich an Bord des griechischen Schiffs City of Poros als dieses am 11. Juli südlich von Athen angegriffen wurde. Sie sollen geschossen haben auf einige der fliehenden Terroristen. Dies berichteten das dänische Massenblatt B.T. und das dänische Radio, die sich stützten auf gut unterrichtete Kreise in Athen. Nach dem Blatt hätten die israelische Geheimdienste die griechischen Behörden vorher gewarnt für einen eventuellen Angriff auf ein Schiff in griechischen Gewässern. B.T. schrieb das nach den ersten Schüssen der Terroristen ein Feuergefecht entstand mit Mitgliedern eines israelischen Kommandos, das sich beim Kapitän auf der Brücke befand.

Die dänische Zeitung berichtete daß diese Meldung übereinstimmt mit den Erklärungen der Überlebenden die sagten daß "die Terroristen aufeinander schossen". Nach der Schießerei seien die israelischen Agenten ins Meer gesprungen und dort aufgenommen von einem schnellen Motorboot.

Es seien dieselben israelischen Agenten die, am Tag zuvor, in einer Vorstadt von Athen ein Auto in die Luft sprengten. Dabei kamen zwei arabische Einsassen ums Leben. Die Araber würden Mitglieder der Terrorgruppe von Abu Nidal sein.

(MG, 25.7.88)

DEFENSE ATTACHE MAY BE VICTIM OF URBAN TERRORISTS

A car bomb apparently detonated by remote control killed the U.S. defense attaché Captain William E. Nordeen.

The bomb had apparently been planted in the trunk of a parked Toyota sedan near Captain Nordeen's house in the suburb of Kefalari. As he drove by, it went off sending flames 6 meters high and killing the U.S. official instantly. Like others among the many diplomatic homes in Athens northern suburbs, Captain Nordeen's house was under Greek police guard.

November 17, the most sophisticated of Greek urban terror groups has taken responsibility for a string of attacks on U.S. personnel and officials that have killed 11 people, including two Americans, and injured more than 100 others since 1975.

The group is named for an uprising at Athens Polytechnic in 1973 that foreshadowed the removal of the military junta that ruled Greece from 1967 to 1974. November 17 took responsibility for the assassination of the U.S. Central Intelligence Agency chief in Athens, Richard Welch, in 1975.

In 1983, the group, which has constantly eluded police efforts to capture its leaders, said it killed George Tsantes, a U.S. military liaison officer at the embassy in Athens. Last year, November 17 claimed responsibility for two attacks on buses carrying U.S. personnel. In 1985, 69 Americans were injured in a bomb attack on a nightclub.

U.S. personnel have since been issued standing orders to avoid congregating in large numbers at such places. The last anti-American attack in Athens was in March, when 14 persons were injured in a bar frequented by U.S. personnel from a military base south of the capital. One of the group's demands is the removal of U.S. military facilities in Greece, whose future is currently under negotiation in talks between Athens and Washington. U.S. Embassy officials said it was not immediately known if Captain Nordeen was a member of the U.S. delegation at the discussions.

(IHT, 29.6.88)

GREEK BOMB IS CLAIMED BY LEFTISTS

The extreme left guerrilla group November 17 claimed responsibility on Wednesday for the murder of a U.S. military attaché, Captain William E. Nordeen.

November 17 said in a letter that Captain Nordeen had been killed because of what it called U.S. support for "Turkish imperialism".

The November 17 letter said that the murder was the second stage of an operation begun on May 23, when the group bombed the cars of Turkish diplomats in Athens to protest the visit of Foreign Minister Mesut Yilmaz.

The group condemned efforts to foster better relations between Turkey and Greece, which started talks in January after almost going to war last year over oil rights in the Aegean Sea.

The letter blamed U.S. imperialism for the Turkish occupation of northern Cyprus and for Turkish expansionism in the Aegean. It said the Greek governing and opposition parties and the army had "sold out" the people of Cyprus. The November 17 letter also called for Greece to pull out of the North Atlantic Treaty Organisation and to close 20 U.S. military bases in the country.

U.S. experts are expected here shortly to help investigate the killing of Captain Nordeen.

(IHT, 30.6.88)

BOMBENANSCHLÄGE GEGEN GRIECHISCHE UMWELTPOLITIK

Die linke Guerillabewegung "Revolutionärer Volkskampf (ELA)" hat sich gestern bekannt zu den Bombenanschlägen auf zwei Regierungsgebäuden in Athen. Bei den Anschlägen wurden das Ministerium der Umwelt und das der Energie leicht beschädigt. Es gab keine Verwundete.

Die ELA, die sich vor allem richtet auf Polizeireviere, Regierungsgebäude und dem Betriebsleben, beschuldigte in einem Brief die sozialistische Regierung von Premier Andreas Papandreou die Umwelt zu vernichten. So bleibt die Regierung Erlaubnisse verleihen für neue Fabriken und gibt sie eine falsche Darstellung über dem Ausmaß der Umweltverschmutzung, nach der ELA.

(De Morgen, 7.7.88)

ATHEN IDENTIFIZIERT TÄTER VON DER 'POROS'

Wie der Minister für öffentliche Ordnung, Tassos Sechiotis, mitteilte, gilt der Libyer Hejab Dschaballa als Anführer der Terroristengruppe.

Nach Angaben des Ministers befanden sich in Dschaballas Besitz die Pässe, Führerscheine und Flugtickets der anderen drei mutmaßlichen Terroristen: Abul Amud Ben Hamid, Adnan Sodscho Ben Mohammed und Merhi Mehieddine Ben Nemer. Außerdem wurden ausländische Banknoten gefunden sowie zwei Reisetaschen, in denen Sprengstoff transportiert wurde.

In der Wohnung in Athens Vorort Glyphada, die Dschaballa am 23. Juni gemietet hatte, wurde offenbar der Sprengsatz zusammengebaut, der am Tage des Anschlags in einem gemieteten Auto nahe bei der Anlegestelle der City of Poros explodierte.

Dschaballa war am 1. Juni mit dem Flugzeug von Kopenhagen nach Athen geflogen. Am Tage des Anschlags mietete er für einen Tag einen Wagen, der am Piräus gefunden worden ist und nach Ansicht des Ministers der Terroristengruppe offenbar als Fluchtauto dienen sollte.

Amud und Sodscho sind nach den Ermittlungen am 3. April zusammen von Beirut nach Sofia und von dort am Tag darauf nach Belgrad geflogen. Am 10. Mai flog Amud nach Athen, wo er wenige Tage vor dem Anschlag das Auto mietete, das später explodierte. Dabei wurden zwei Insassen des Fahrzeugs getötet, die bisher nicht identifiziert werden konnten. Sodscho, dessen Name bisher mit Sosad Mohammed angegeben worden war, war am 8. Mai von Belgrad mit der Eisenbahn nach Athen gekommen. Mit einem auf seinen Namen ausgestellten Ticket ging er am 11. Juli an Bord der City of Poros.

Augenzeugen haben ihn während des Anschlags schießen gesehen und auf einem vom Bordphotographen gemachten Photo wiedererkannt. Die Polizei vermutet, daß er bei dem Anschlag ums Leben gekommen ist.

Mehieddine war am 9. Mai aus Belgrad eingereist.

(SDZ, 21.7.88)

GREEK GAOL SUSPECTED HIJACKER

A Palestinian who may be linked to Monday's bloody attack on the City of Poros cruise liner, and whose extradition is being sought by the US, was gaoled yesterday for seven months for entering Greece on a false Syrian passport.

The defendant, charged under the name Mohammed Rashid, said his real name was Mohammed Hamdan, but denied any connection to the terrorist outrage on the cruise ship. Hamdan, aged 34, told the Athens Misdemeanours Court he was a member of the PLO who had come to Greece

on a "secret mission". He was arrested at Athens Airport May 25 after a CIA tip-off. Greek and other Western officials now believe Monday's attack was probably designed to prevent Hamdan's extradition to the US. Hamdan said: "The Americans are trying to convince people that Palestinians staged the cruise ship massacre so that I would be released. This is not true." The accusation was intended "to distract attention from the West Bank uprising".

(Guardian, 15.7.88)

MITTEILUNG

DATE: 28 May 1988

One month after the assassination of Comrade Hagop Hagopian, the founder and leader of the Armenian Secret Army for the Liberation of Armenia (ASALA). Three wreaths were laid on the spot of the assassination in Paleo Fallo region of Athens, by:
1. The Antranig Pasha Commando, the very first commando of ASALA,
2. The Palestinian Revolution,
3. His Son Sevag Hagop Hagopian, aged 17 months.

ANTRANIG PASHA COMMANDO

-HAGOPYANE VOGHTCH E, POLORS HAGOPYAN ENK-
-VICTORY IS OURS

ERMORDUNG EINES ASALA-CHEFS IN ATHEN

Die griechischen Sicherheitsbehörden haben dieser Tage bekanntgegeben, daß in der Person eines Geschäftsmanns mit südjeminitischen Pass am 28. April in Wirklichkeit Agop Agopian ermordet worden ist, einer der Führer der "Geheimarmee für die Befreiung Armeniens" (Asala). Zuvor hatte die "Demokratische Front Armeniens" aus Paris den Ermordeten namens Abduh Muhammad Kasim mit Agopian identifiziert. Die Information wurde nach Angaben der Polizei von der Ehefrau des Toten bestätigt, die Agopian zur Zeit des Attentats begleitete.

Agop Agopian war der Gründer der Asala, die 1975 durch die Ermordung der türkischen Botschafter in Wien und Paris innerhalb von zwei Tagen Schlagzeilen gemacht hatte. Hervorgetreten war er erstmals 1974 im palästinensischen Widerstand als armenischer Aktivist in Beirut.

Der Asala-Chef war nach Erkenntnissen der Polizei ein enger Verbündeter der palästinensischen Organisation "Fatah - Revolutionsrat", auch Abu-Nidal-Gruppe genannt.

(NZZ, 9.5.88)

TURKEY LINKED TO ARMENIAN KILLING

The assassination in Athens of Agop Agopian, a leading figure in the Secret Army for the Liberation of Armenia, has provoked intense speculation about possible Turkish involvement. But Turkish security sources claimed yesterday that faction fighting within Asala was a more likely course. Agopian, who was posing as a Yemeni diplomat, was killed by unidentified gunmen. He is said to have been involved in terrorist acts against Turkish diplomats and interests abroad, as Asala pursued a campaign of revenge for the alleged massacre of Armenians in Turkey under the previous Ottoman regime.

Asala previously said that Agopian had been killed in the Israeli bombardment of Beirut. Sources in Ankara said specially trained operatives are believed to have been sent to a number of European capitals, and are also believed to have been responsible for a number of killings of known Asala members in Beirut about two years ago. Turkish security chiefs are said to admire the techniques of the Israeli security service, Mossad, which has been connected with the recent assassination in Tunis of the PLO second-in-command, Abu Jihad. Security officials maintain the killing reflects faction-fight within Asala.

(THE GUARDIAN, 30.4.88)

ERKLÄRUNG ZU ANDREAS EICHLER

Frank Hoffmann ist am 18. März 88 in Amsterdam festgenommen worden. Bereits am 6. Nov. 87, also wenige Tage nach den Schüssen im Startbahnwald lag ein Haftbefehl wegen Mordverdachts gegen ihn vor, der sich zunächst nur auf Angaben von Andreas Eichler stützte. Die Fahndung nach Frank hatte damals eine Kette von Vorwandhandlungen des Staatsschutzes von lange nicht mehr gehabter Brutalität ausgelöst: Überfälle in Wohnungen durch SEK, Ermittlungsverfahren wegen Fluchthilfe, ein Haftbefehl, der nach drei Wochen wieder ausgesetzt wurde.

Frank wurde von BAW und PRESSE systematisch als Hauptbeschuldigter aufgebaut.

Zitat AK 4.88: Bei der Bekanntgabe des Haftbefehls gegen ihn hatte die BAW behauptet, in seiner Wohnung sei ein von ihm verfaßtes Schreiben gefunden worden, in dem sich Frank "zur Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes an der Startbahn gegen die Polizei bekannt habe. Damit meinte er nach Angaben des Sprechers der BAW ausdrücklich den Kampf mit Pistolen und hält es für möglich, 'die Startbahn zum Klippen zu bringen, wenn wir... Bullen töten.'" (FR, TAZ: 11.11.87).

Die Textstelle, auf die sich das bezieht ist aber inzwischen etwas vollständiger bekannt geworden: "Ist es eventuell möglich, die Startbahn zum Klippen zu bringen, wenn wir den Kampf mit Mollis und Stahlkugeln verstärken und Bullen töten, um den politischen Preis für die Herrschenden so in die Höhe zu treiben, daß sie hören und neue Verhandlungen eingehen?" Frank setzte hier ein Fragezeichen und ausdrücklich ist hier von Mollis und Stahlkugeln, nicht aber von Pistolen die Rede. Zitatende.

Mit derartigen Lügengeschichten wurde öffentlich gehetzt. Stimmung für Repressionsmaßnahmen gemacht und die Vorverurteilung festgetreten.

Der Staatsschutz arbeitete acht Monate in die Richtung, weitere sich ähnelnde Aussagen von Eichler und anderen Denunzianten zu bekommen, um das Konstrukt mit Frank als 'Morder' zu perfektionieren.

Von mindestens drei Denunzianten hat die BAW Aussagenprotokolle in denen von einem Schützen die Rede ist, der auf der Demonstration am 2.11.87 gesehen wurde und die Größe und Gestalt Franks gehabt haben soll.

Ein als Beschuldigter vorgeladener, dem mit Untersuchungshaft gedroht wurde, konnte sich freikaufen mit Aussagen über ein Gespräch nach der Demonstration, in dem Frank angeblich Dinge gesagt haben soll, die ihn mit den Morden in Verbindung bringen.

Nicht zuletzt hat Eichler von Anfang an durch Belastungen Franks versucht, seinen Kopf aus der Schlinge zu ziehen und somit die Vorverurteilung nach deutscher Art ermöglicht.

Er hat sich klar geäußert und die Herkunft der Story von der Übergabe und der Gestalt des Schützen am Gundbach bestätigt: in seiner Erklärung vom 15.12 (TAZ-Veröffentlichung) sagt er: "Ich konnte aus den genannten Gründen eine Einlassung zu dem konkreten Tatvorwurf des Mordes nicht aus Kameradschaft umgehen."

In seiner Erklärung vom 2.5.88 bestätigt er erneut, Aussagen gemacht zu haben. Dort gibt er an, daß er die Aussagen vom 26.1. zurückzieht, weil sie "unrichtig" sind, daß er allerdings bei seinen Einlassungen vom 22.11. bleibt.

Eine Bewertung dieses Manövers von Eichler ist zunächst nicht möglich. Was für einen Sinn hat es, nur einen Teil der Aussagen zurückzuziehen? Einen politischen kann es nur haben, sämtliche Aussagen ohne Einschränkung zurückzuziehen! Es drängt sich die Frage auf, um welche Aussagen es sich hier im einzelnen handelt. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich, daß die teilweise Zurücknahme keinesfalls kameradschaftlichen Antriebs hat, im Gegenteil: In der Verhörsituation vom 26.1 hat er Aussagen gemacht, die nicht nur Frank belasten, sondern auch ihn selbst. Eichler distanziert sich also lediglich von den Aussagen, die ihm bei einer individualisierten Prozessstrategie, die Mitangeklagte zum Gegner erklärt, hinderlich sind. Alle an anderen Tagen, also am 3.11 und 22.11.87 protokollierten Angaben, sind hier als Entlastungsargumente in seinem Sinne gedacht und dienen dazu, Frank als 'Morder' auszuliefern. Durch die teilweise Zurücknahme hat Eichler also den bereits angerichteten Schaden, auch den politischen, vergrößert, und den belastenden Moment gegen Frank verstärkt.

Nichts im Handeln Eichlers widerspricht den Interessen der Staatsschützer, irgendeinen Täter aufzubauen und öffentlich ans Messer zu liefern. Für Eichler werden verschiedene, für ihn vorteilhafte Wege sichtbar. Seine Sonderrolle liegt darin, nicht nur Mitbeschuldigter zu sein, sondern auch Hauptzeuge der Anklage - eine wichtige Voraussetzung für den Status 'Kronzeuge'.

ZUSCHRIFT:

KÜSS DIE HAND HERR DENUNZIANTE
Überlegungen zur Verräter-Diskussion im Rhein-Main-Info 3

1.) Der Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat ist UNVERSÖHNLICH.
Dabei geht es nicht um Begriffe. Ob Bourgeoisie und Proletariat, ob Imperialismus und revolutionäre Bewegung, ob Startbahnbetreiber und Startbahnegner: Die Interessen sind in jedem FALL unvereinbar.

2.) Sinnvolle Politik kann nur machen, wer den ersten

Punkt begreift und sich bewußt - heißt: von einem KLASSENSTANDPUNKT aus - in ihm verhält.
Wo es nur zwei Seiten gibt, kann man/Frau auch nur auf einer stehen.

3.) Die Startbahnbewegung hat sich ALS BEWEGUNG nie in dem Zusammenhang Klassenkampf begriffen. Trotz vieler militanter Posen blieb sie im Kern immer reformistisch. Für die meisten war es ein ökologisches Problem, das durchaus IM RAHMEN DES SYSTEMS lösbar gewesen wäre (hätten ja auf die Startbahn verzichtet oder sie woanders bauen können).

Für die Startbahnbetreiber - die Nato - war es ein existentielles Projekt, das zum Überleben ihrer KLASSE notwendig war. Weil sie das wußten und im Gegensatz zur Startbahnbewegung danach gehandelt haben, waren sie uns immer einen Schritt voraus.

4.) In diesem Zusammenhang - Klassenauseinandersetzung - stehen auch die Verhaftungen, Verhöre und Aussagen. Es ist absurd, sich auf Schuldfragen zurückzuziehen. Es gibt keine Unschuldigen. Das einzige, was man den Bullen sagen kann, ist: Ich will nichts mehr damit zu tun haben. Ich will meine Ruhe. Alles andere akzeptieren sie nicht. Wir sind alle nur auf Bewährung frei. Man/frau kann sich immer nur für oder gegen ihre Klasse entscheiden.

5.) Natürlich sind Klassenstandpunkte in der Szene längst außer Mode. Der Mief der K-Gruppen ist dem Matsch der Soziologen gewichen, die mit diffusen Begrifflichkeiten und klebrigem Betroffenheitsgelaber ehrlich entrüstet in der Sauce bürgerlicher Empörung paddeln. Lesen im Rhein-Main-Info 3 vermittelt den Eindruck einer verirrten Schafherde ohne Leithammel die orientierungslos den sie umgebenden Nebel anblöckt.
Ausnahmen bestätigen die Regel.

6.) Was ist Verrat?

Streng genommen ist alles Verrat, was der eigenen Klasse schadet und der feindlichen Klasse nutzt. Um Verräter zu sein braucht man nicht mal etwas zu tun. In vielen Fällen reicht es, wenn man/frau nichts tut. Objektiv gesehen.

Natürlich geht es hier nicht um die strikte Einhaltung übermenschlich hoher Maßstäbe. Aber sie geben in jedem Fall die Richtung an, an der man/frau sich orientieren kann.

7.) Persönliche Not - wie es Achim Bender definiert - ist nie eine Entschuldigung für Verrat. Die Bullen können jeden in persönlicher Not bringen wenn sie es wollen. Wer ohne persönliche Not durchs Leben gehen möchte, darf sich keiner sozial-revolutionären Bewegung anschließen - ein Job als Vorstandssprecher einer staatstragenden Partei wie beispielsweise den GRÜNEN ist da angebrachter. Moralische Kriterien bringen uns hier nicht weiter.

8.) Moral ist IMMER bürgerlich. Und bürgerlich - das ist DIE ANDERE SEITE. Sie hilft uns nie und ihnen immer. Moral ist eine reine Fiktion, was sie täglich von uns fordern, aber selber nur einhalten wenn die Geldbeutel gefüllt sind, die Sklaven fröhlich arbeiten und die Kameras ihren Scheck für Brot für die Welt publikumswirksam ins Wohnzimmer flimmern. Zwischen uns gelten keine moralischen Kriterien - zwischen uns gibt es nur Solidarität.

9.) Solidarität ist: Jeder aus unserer Klasse wird gegen die Angriffe der Herrschenden BEDINGUNGSLOS verteidigt. Sie haben überhaupt KEIN RECHT irgendjemanden von uns wegen was auch immer zu verurteilen.
Auch dann nicht, wenn er einen Bullen, einen Minister oder den Pabst umgebracht hat.

10.) Das ist natürlich keine Einbahnstraße. Wer mit den Bullen redet, wer Leute verrät und in den Knast bringt, weil er selber seine eigene Knastsituation nicht mehr aushält und damit genau weiß wie beschissenen Knast ist, der hat bei uns nichts mehr zu suchen. Es ist notwendiger Selbstschutz DER KLASSE, wenn Verräter rausfliegen.

11.) Natürlich sind solche Leute wie Mike, Baldur und Andreas Eichler tragische Figuren. Natürlich können sie einem leid tun. Natürlich sind sie Opfer des Systems und natürlich muß man versuchen zu verstehen, wie es soweit kommen konnte - alleine schon deshalb, um es in Zukunft vermeiden zu können.

Andreas Eichler begreift seine Situation als individuelles Schicksal, das ungerechtfertigterweise über ihn hereingebrochen ist. Er hat keinen Bock, für einen Sache lebenslanglich zu kassieren, die seiner Aussage nach ein anderer getan hat.

Er kapiert nicht - obwohl er davon labert - daß der Angriff auf ihn ein Angriff auf den ganzen Widerstand im Rhein-Main-gebiet ist. Er sitzt nur im Knast und jammert ich wars nicht, ich wars nicht, aber vielleicht wars der Frank oder die X oder der Y. Er antwortet nicht auf Fragen von draußen und bastelt stattdessen an seiner eigenen, individuellen Prozessstrategie, die nur auf Kosten anderer funktionieren kann.

Andreas Eichler ist der potentielle Kronzeuge der Bundesanwaltschaft.

12.) Jede Bewegung hat ihre Verräter. Das wird nie ganz zu verhindern sein. Sie sind Produkte einer Bewegung, die sich nicht intensiv genug mit der Situation als KLASSENSITUATION auseinandergesetzt hat. Sie sind diejenigen, die von Revolution reden aber Reformismus leben. Sie sind diejenigen, die aus Angst vor den persönlichen Konsequenzen einer ernsthaften Klassenanalyse die Augen schließen und sie erst dann erschrocken wieder aufreißen, wenn DIE ANDERE SEITE die AUSEINANDERSETZUNG aus dem lulligen Gewaber eines scheinbaren sozialen Friedens wieder auf den Boden der Realität stellt: Krieg.
Dann muß plötzlich und unvorbereitet die Entscheidung getroffen werden, vor der man/frau die ganze Zeit wegge-

laufen ist. Die Entscheidung, auf welcher Seite man/frau steht. Weil sie jetzt gefordert wird, bedingungslos, kompromißlos, und zwar VON DER ANDEREN SEITE. Man kann nicht von Revolution reden, und den Bullen, wenns schief geht, erzählen, es war nicht so gemeint.

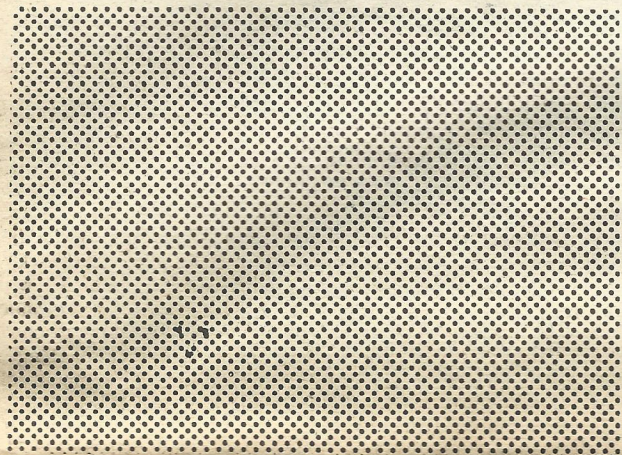
13.) Es geht hier nicht um diejenigen, die zwar in der ersten Verwirrung Aussagen gemacht haben, weil sie sich in der für sie neuen Situation nicht richtig verhalten konnten, und hinterher versuchten, mit uns zusammen die Sache wieder klar zu kriegen. Fehler macht jeder. Ohne Fehler gibt es überhaupt keine Entwicklung.

14.) Der Großteil der Bewegung weigert sich, klare Trennungsstriche zu ziehen, hat Angst vor Fronten, Angst vor Zersplitterung, und schließlich werden wir dadurch immer weniger, oder?

Diese Position übersieht, DASS DIE FRONTEN EXISTIEREN, und zwar UNABHÄNGIG davon, ob wir sie sehen, anerkennen oder benennen. Die Weigerung, klare Konsequenzen aus der Situation zu ziehen ist nichts weiter als die konsequente Fortsetzung der reformistischen Politik, die die ganze erfahrene Situation überhaupt erst ermöglicht hat.

15.) Es ist nicht schlimm, wenn Leute gehen, weil ihnen klar geworden ist, daß die Auseinandersetzung eigentlich gar nicht wollen. Der Vorteil, das Positive, die Chance der Situation für uns liegt gerade darin, daß sich die Fronten klären. In der jetzigen Situation kommt niemand mehr um eine klare Stellungnahme drumrum. Man/frau muß sich für eine der zwei Seiten entscheiden. Alles dazwischen wird hoffnungslos untergehen. Aber wenn wir es schaffen zusammen, KOLLEKTIV ALS KLASSE DURCH die Situation durch zu gehen, werden wir sicherer, klarer und stärker sein als je zuvor.

Schwarze Grüße aus Rhein-Main



Überlegungen im Vorfeld der Startbahnprozesse

SCHLUß MIT DER "VOGEL-STRAUß" POLITIK

Immer noch sind Lähmung, Verunsicherung, Angst und eine unüberschaubare Diffusität die prägenden Elemente der derzeitigen linksradikalen und außerparlamentarischen Politik im Rhein-Main Gebiet. Seit dem 2.11.1987 stecken viele politische Kräfte im Rhein-Main Gebiet ihre "Köpfe" in den Sand. Viele bestimmen ihr Handeln und ihre Politik in der Hoffnung, daß "der Kelch an ihnen vorrübergeht". Den Charakter und die Tragweite des Angriffs von Seiten des Staates wurde zwar wahrgenommen, aber schnellstens wieder verdrängt.

Nicht anders ist die Tatsache zu erklären, daß z.B. die Deligiertenversammlung der Bürgerinitiative 7 Monate brauchte um eine Erklärung zu den Verrätern Mike Kurth und Baldur Opificius abzugeben. Als weitere Beispiele für Verdrängung und NICHT Verhalten können die 2 größeren BI-Versammlungen angeführt werden, die nach der Verratserklärung von Andreas Eichler (TAZ, vom 6. Mai 1988) durchgeführt wurden. Sie konnten verstreichen, ohne daß ein Ansatz zu einer Diskussion zur Erklärung von Andreas Eichler erkennbar gewesen wäre.

In seiner Erklärung vom 6. Mai bleibt Andreas Eichler bei seinen Aussagen vom 22.11.1987 und erklärt:

"Auch wenn einzelne Passagen richtig sein mögen, ziehe ich meine Aussage vom 26.01.1988 insgesamt zurück und werde jenes Protokoll auch in Zukunft nicht unterschreiben. Ich bleibe bei meiner Einlassung, welche am 22.11.1987 protokolliert wurde. Darüberhinaus bin ich im Augenblick nicht bereit, weitere Aussagen zu machen."

Andreas Eichler hat Frank Hoffmann in seinen Aussagen mit Vorwürfen auf das Schwerste belastet. Die Aussagen von Andreas Eichler sind die Hauptgrundlagen für die Ausstellung eines Haftbefehls gegen Frank Hoffmann gewesen.

Wir als Bewegung sind gefordert. Wir müssen uns entscheiden auf welcher Seite wir stehen. Die Seite von Andreas Eichler bedeutet Aussagen, Belastungen, Verrat und aktive Zusammenarbeit mit den Bullen. Wir fordern die Bürgerinitiative und alle anderen im Startbahnwiderstand aktiven Gruppen auf zu dem Problem öffentlich Stellung zu beziehen! Frank Hoffmann hat bis jetzt keine Aussagen gemacht. Dies will er auch weiter so halten, auch im Angesicht der massiven Bedrohung durch die Aussagen von Andreas Eichler und einer eventuellen Verurteilung auf Grundlage dieser Aussagen. Im Amsterdamer Auslieferungsprozeß erklärte Frank Hoffmann, eine sichere Einschätzung, wie es mit dem Konstrukt mit den Schüssen weitergehe, habe er nicht. Obwohl zwei Genossen freigelassen worden sind rechne er mit dem Schlimmsten - Lebenslänglich-. Das sei für ihn allerdings kein Grund mit den Bullen und dem Staatsschutz zusammenzuarbeiten. Solch eine Zusammenarbeit wäre konterrevolutionär. Da zöge er das Kämpfen im Knast vor. Im Herbst oder im nächsten Frühjahr wird der große Prozeß beginnen. Schon jetzt ist absehbar, daß der Prozeß mit vielen Jahren Knast,

zumindest für die meisten der Angeklagten, abgeschlossen wird. Dieser Tage wurde die Anklage gegen 8 StartbahngegnerInnen herausgeschickt. Bis jetzt werden im großen Verfahren 8 Leute angeklagt. Falls Andreas Semisch die gleiche Anklage bekommt, wären es "9" Leute. Daneben gibt es noch das Verfahren welches gegen Mark vor dem Amtsgericht in Hanau läuft.

Mark Steinbrück, Andreas Semisch, Rainer Hübner und Frank Hoffmann haben sich bis jetzt klar verhalten, d.h. keine Aussagen gemacht, und sind auch in Zukunft nicht bereit mit den Bullen zusammenzuarbeiten. Ihnen gilt unsere volle Kraft und Solidarität.

Die Prozesse sind gegen den GESAMTEN WIDERSTAND gerichtet. Es gibt niemanden im Rhein-Main Gebiet den die Prozesse nichts angehen. Der politische Schaden aus einem ungünstigen Prozeßverlauf wird den gesamten Widerstand treffen. Für die Prozesse benötigen wir eine Strategie und viel Öffentlichkeit. Wir müssen endlich offen die Diskussion und den Streit in der BI-Versammlung und im Rhein-Main Gebiet um die Prozesse führen. Dies wäre zudem noch ein gutes Mittel gegen die zur Zeit auf Hochtouren laufende Gerüchteküche. Ohne Diskussion kann ein Verfahren mit solchen Ausgangsvoraussetzungen nur bitter enden und zwar für uns ALLE. (Von den "9" haben 5 zumindest soviel ausgesagt, daß die Verdunkelungsgefahr bei der Haftprüfung aufgehoben werden konnte. Im Bullenjargon heißt dies, daß die "Straftat" als aufgeklärt gilt und justiziabel geworden ist. Dies wurde mit Haftverschöpfung (vorläufig) belohnt.) Natürlich wird es in dem Moment der Offenheit der Diskussion auch Streit geben, aber dies ist besser als der tödliche Stillstand wie im Moment. Die Prozeßstrategie kann nicht unter wenigen ausgemaschelt werden. Dies darf kein Problem von einer Knastgruppe, den Betroffenen oder der Bunten Hilfe allein sein. Die Startbahnbewegung hat eine politische Verantwortung, die sie auch wahrnehmen muß. Als Grundvoraussetzungen für eine sinnvolle Prozeßstrategie stellen wir uns folgende Punkte vor:

1. Alle Aussagen müssen sofort vollständig zurückgenommen werden!
2. Erarbeitung einer eindeutigen Stellungnahme zu Aussagen und Verhalten von Andreas Eichler! Dies fordern wir von allen Widerstand leistenden Gruppen; insbesondere von der BI.
3. Erarbeitung konkreter Schritte zur Entwicklung einer gemeinsamen Prozeßstrategie!
Ein Anfang davon könnte die von der BI andiskutierte Anzeigenkampagne sein.

ZUR SITUATION NACH DEM 2.11.87 IM RHEIN-MAIN GEBIET

Ein halbes Jahr sind seit den Ereignissen vom 2.11.87 im Startbahnwald vergangen. Inzwischen wurden über 100 Ermittlungsverfahren gegen Menschen aus dem Widerstand aus dem Rhein-Main Gebiet eingeleitet.

Mehrere hundert Vernehmungen, Vorladungen und Alibiüberprüfungen fanden statt. Außerdem wurden auch ca. 100 Wohnungen durchsucht. Mittlerweile gibt es auch einen groben Überblick über Aussagen die gemacht wurden. Es gibt zwei Personen bei denen jetzt schon klar ist das sie sich für alle möglichen Konstruktionen des Bundesanwaltschaft zur Verfügung stellen. Mike Kurth aus Frankfurt und Baldur Opificius aus Mörfelden haben mit ihren Aussagen irreparable Schäden für den Widerstand hergestellt. Außer diesen beiden genannten Personen haben noch die beiden Fotografen Roberto Costi und Klaus Wentzel durch ihren Bildverkauf an Stern/Spiegel defacto mit den Bullen zusammengearbeitet. In der politischen Szene um die Startbahnbewegung herum herrscht noch immer Angst und Diffusität. Die Diskussionen um Verrat, pol. Aussageverweigerung etc. kommen nur sehr schleppend voran. Lähmung hatte sich nach dem 2.11.87 breitgemacht, die noch nicht überwunden ist. Weder zu den Gefangenen die im Knast sitzen, noch zum Staat der die Bewegung angreift, noch zu erwiesenen Verrätern gibt es mehrheitlich ein klares Verhältnis.

Es wird z.B. auch allerhöchste Zeit zu Andreas Eichler ein klares Verhältnis von der Startbahnbewegung zu bekommen. In seiner Erklärung die in der TAZ vom 6.5.88 veröffentlicht wurde meint Andreas Eichler: "Ich bleibe bei meiner Einlassung, welche am 22.11.87 protokolliert wurde." oder "Auch wenn einzelne Passagen richtig sein mögen, ziehe ich meine Aussage vom 26.1.88 insgesamt zurück und werde jenes Protokoll auch in Zukunft nicht unterschreiben." In diesem mit allerlei leerem Schnickschnack garniertem Schreiben erklärt Andreas Eichler ganz offen das er Aussagen nicht zurücknehmen will die er gemacht hat und das die Aussagen die er "zurückgenommen" hat teilweise doch richtig wären. (Alle von ihm gemachten Aussagen sind für ein zukünftiges Gerichtsverfahren verwertbar, auch wenn er sie komplett zurückziehen würde. Ein Zurückziehen hat somit bestenfalls die Wirkung einer politischen Geeste).

Nach dem er nun nochmals selbst bestätigt Aussagen gemacht zu haben gibt es aber immer noch kein eindeutiges politisches Signal der Szene gegenüber ihm. Er ist defacto den Weg zum "Kronzeugen" weitergegangen ohne das die Startbahnbewegung adäquat darauf reagiert hat. Außer der einen Autonomienaktion vor dem Preungesheimer Knast, wo Aussagen von ihm zitiert werden gibt es keine größere Reaktion. Dies ist aber keine Basis für den Beginn der Verfahren. Falls die Startbahnbewegung von Andreas Eichler sich noch was erhoffen sollte, müßte dies mit einem öffentlichen Ultimatum an ihn sofort formuliert werden. Ansonsten hat er vom Widerstand keine Solidarität mehr verdient.

Einer der durch seine Aussagen der BAW und den Bullen geholten hat Konstruktionen aufzubauen und damit Leute einzuknasten kann keine Solidarität mehr erwarten. Wenn diese Dinge nicht geklärt werden, so schiebt die Startbahnbewegung einen Wagen voller Zeitbomben vor sich her. Es ist besser mit klaren Bedingungen in die Prozesse zu gehen als dort sich eine große Schlammschlacht

zu liefern, wo nachher von der Startbahnbewegung und vielleicht manchem mehr nur noch ein Trümmerhaufen übrig bleiben würde. Es wird eh noch viele große Dramen geben, wenn z.B. die Leute eingesammelt werden die zur Zeit dem Frankfurter "Wohnzimmervollzug" unterliegen. Von den Leuten die sich durch Selbstbelastungen, und teilweise Belastungen anderer der Eintritt in der Frankfurter "Wohnzimmervollzug" (Haftverschöpfung) erkaufte wurde, werden viele erst in dem Moment das Ausmaß ihres Handelns blicken wenn sie selbst einfahren. Sie werden alle abholen, wenn sie den Zeitpunkt für gekommen halten. Wichtig wäre jetzt das sich die Leute erklären die Aussagen gemacht haben, um einen Punkt zu finden um mit bestimmten Leuten noch eine Diskussion auf das Verfahren bezogen führen zu können. Auch die Verrats- und Aussageverweigerungsdiskussion müßte wirklich breit geführt werden. Nur so können für die Zukunft Verhaltensweisen wie sie nach dem 2.11.87 aufgetreten sind, gestoppt werden.

Wenn die Bewegung kein klares Verhältnis zum Verrat hinkriegt, so drückt dies eine große Schwäche aus. Gerade die Gefangenen die eine klare Linie gefunden haben, haben einen Anspruch darauf das die Bewegung zu den Verrätern ein klares Verhältnis findet. Frank Hoffmann, Andreas Semisch, Rainer Hübner und Mark Steinbrück haben diese klare Linie für sich gefunden. Unsere ganze Solidarität gilt ihnen. Sie haben sich nicht brechen lassen. Es liegt mit an uns ob sie nicht gebrochen werden.

Zeigt ganz praktisch eure Solidarität mit den Gefangenen! Schreibt den Gefangenen! Überlegt überhaupt wie ihr sie und all die anderen politischen Gefangenen in unserem Land in euren Kampf miteinbeziehen könnt.

Wichtig ist aber auch nicht nur abstrakte Solidarität zu üben, sondern auch in den eigenen Städten, Strukturen, Gruppen etc. über Verrat und Aussageverweigerung immer wieder zu diskutieren. Um ein klares Verhalten gegenüber dem Staat umzusetzen sind auch entsprechend tragfähige Strukturen, emotional, materiell und politisch notwendig.

ANDREAS SEMISCH WURDE ERNEUT FESTGENOMMEN!

In den Abendstunden des 6.07.88 wurde Andreas Semisch (vor kurzem entl. Gefangener aus der Startbahnbewegung) in Wiesbaden ERNEUT festgenommen. Zunächst wurde er im Polizeipräsidium Wiesbaden festgehalten.

Eine am selben Abend noch spontan erfolgte Solidaritätskundgebung wurde mit einer Bilanz von 20 Verhaftungen, darunter 2 Personen mit schweren Verletzungen infolge eines brutalen Einsatzes von Polizeihunden, zerschlagen. Am Morgen des 7.07.88 erfolgte die Verlegung und später um 14 Uhr die Vorführung in Karlsruhe vor dem Bundesgerichtshof.

Ihm wurde dort folgendes eröffnet:

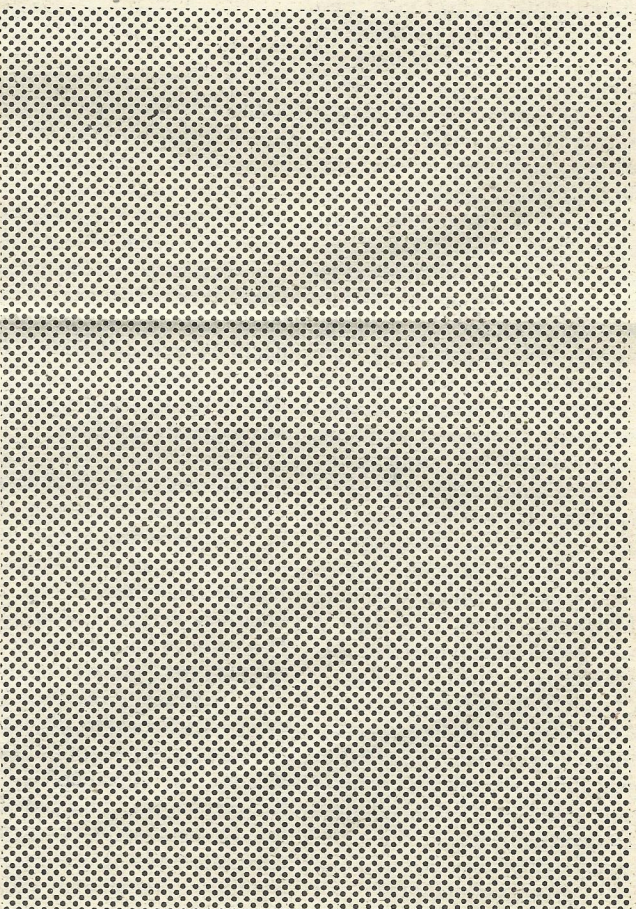
Es besteht ein neuer Haftbefehl gegen ihn aufgrund eines linguistischen Gutachtens, das von einem BKA-Mathematiker angefertigt wurde. Hiernach soll Andreas Semisch angeblich der "Author" von 4 Bekennerbriefen zu militanten Anti-AKW Aktionen sein.

Ihm wird zusätzlich die Beteiligung an diesen "4" militanten Anti-AKW Aktionen und somit Mitgliedschaft nach Par. 129a durch das KONSTRUKT der Autorenschaft vorgeworfen.

Die Bundesanwaltschaft hat auf Grund des neuen Haftbefehls das Verfahren das gegen Andreas Semisch am Amtsgericht Hanau lief wieder an sich gezogen. Nach der Vorführung und der Verkündung des Haftbefehls wurde er in den Knast Frankenthal verlegt.

Alle Post an Andreas Semisch:

Andreas Semisch
JVA Frankenthal
über den zuständigen Ermittlungsrichter
am Bundesgerichtshof
Herrenstr. 45a
7500 Karlsruhe



Zum ersten Mal äußern sich Häftlinge der RAF zur Dialog-Initiative von Walser, Vollmer und Co. / Kritik: „Vertreter des linkshumanistischen Lagers“ meinen Angebot zum Gespräch nicht ernst / Keine kleinen Gruppen!

Berlin (taz) — Gefangene aus der RAF haben sich jetzt erstmals öffentlich zu einer Dialoginitiative geäußert, die im Herbst letzten Jahres unter anderem von dem Schriftsteller Martin Walser, der Grünen Antje Vollmer und dem Theologen Ernst Käsemann in Gang gebracht worden war. In drei Erklärungen, die die taz heute dokumentiert und die nach Informationen der taz von insgesamt zweiundzwanzig RAF-Gefangenen getragen werden, lehnen die Gefangenen einen Dialog mit gesellschaftlichen Kräften von außen nicht grundsätzlich ab. Die Häftlinge werfen den, wie sie sagen, „Vertretern des linkshumanistischen Lagers“ jedoch vor, das Dialogangebot nicht ernst zu meinen und unannehmbare Bedingungen zu setzen. In ihrer Kritik an Politik und Vorgehen der Dialog-Initiatoren ziehen sie das Fazit: „Um einen Dialog mit offenem Ausgang geht es nicht, es geht darum, jedem Widerstand, ob bewaffnet oder unbewaffnet, den Boden zu entziehen.“ Während draußen in einer „groß angelegten Medienkampagne“ von Dialog die Rede sei, werde in den Knästen Isolation und Zensur verstärkt. Real sei der Dialog-Vorschlag „nichts weiter als die propagandistische Begleitmusik zur Verschärfung der Haftbedingungen.“ Im vergangenen Oktober hatte Walser die Initiative zum gesellschaftlichen Dialog mit den Gefangenen der RAF in einem offenen Brief gestartet. Diese Initiative wurde von mehreren Prominenten aus Politik, Kultur und Kirche unterstützt. In vierteljährlichen Abständen, so der Vorschlag, sollten all die Gefangenen aus der RAF, die dazu bereit sind, an einem Ort zusammentreffen können, um miteinander und mit Gesprächspartnern von außen in eine Diskussion zu treten. Nach langen Vorarbeiten hatte im Februar dieses Jahres das Bundesjustizministerium tendenzielle Zustimmung zu diesem Dialogversuch signalisiert. Die Gefangenen selbst hatten sich bisher öffentlich nicht dazu geäußert.

Inden jetzt veröffentlichten ersten Stellungnahmen entzündet sich die Kritik der RAF-Gefangenen insbesondere an einer konkreten Initiative, über die die Beteiligten bisher bewußt Stillschweigen gewahrt hatten: In Nordrhein-Westfalen hat der Initiatorenkreis um Walser und Vollmer von den Justizbehörden im Mai grünes Licht für einen Dialog erhalten. Alle sieben in NRW einsitzenden Häftlinge aus der RAF erhielten daraufhin eine offizielle Einladung zu einem ersten Dialog mit Vertretern von außen. Für vier Stunden, so sieht die Vereinbarung vor, könnten die in vier verschiedenen Gefängnissen Inhaftierten zusammengelegt werden und ohne Sonderbewachung mit einem Personenkreis diskutieren, der zuvor von einer nichtstaatlichen Institution — gedacht ist an die Kirchen — zusammengestellt wird. Dieses Dialogangebot sollte nach dem Willen der Initiatoren ein Anfang sein, „ein Schritt dem andere folgen können“, so Antje Vollmer. Gerade dieser Schritt stößt in den RAF-Erklärungen jetzt jedoch auf heftigen Widerstand. Vorbedingung für ein Gespräch sei, daß alle rund zwanzig RAF-Inhaftierten zusammenkommen. Ein Gespräch einer kleinen Gruppe von fünf bis sieben Gefangenen, wie sie der Vorschlag vorsieht, sei kein akzeptabler Dialog. Mini-

malbedingung sei, „daß wir alle daran beteiligt sind, also die Möglichkeit haben zu reden.“ Mit diesem Vorschlag hätten nicht sie, sondern die Initiatoren des Dialogs das Gespräch verweigert, schreibt der RAF-Gefangene Lutz Tauber in seiner Erklärung. Schon im März hätte man dieses NRW-Ländermodell deswegen abgelehnt. Wie jetzt ebenfalls bekannt wurde, hatte es hinter den Kulissen schon vor der ersten öffentlichen Stellungnahme der Gefangenen Tuchföhlung zwischen den Initiatoren des Dialogversuchs und den angesprochenen Gefangenen gegeben. Im März hatte die RAF ein Vorgespräch mit dem Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger gesucht. Bei einem Treffen mit Enzensberger, das in Schwalmstadt stattfand, sollte der dort einsitzende RAF-Gefangene Helmut Pohl stellvertretend auch für andere Gefangene die Bedingungen für einen Dialog „auschecken“ und gleichzeitig den Dialog-Initiatoren mitteilen, wie man sich ein solches Gespräch mit der sogenannten Außengruppe vorstellt. Ein zweites Treffen mit Enzensberger, das für Juli geplant war, kam jedoch nicht mehr zustande.

Im Oktober vergangenen Jahres richteten die Grünen-Bundestagsabgeordnete Antje Vollmer, der Theologe Ernst Käsemann und der Schriftsteller Martin Walser ihren „Vorschlag zur Eröffnung eines gesellschaftlichen Dialogs“ an die Gefangenen aus der RAF, an Bundesjustizminister Engelhard und Generalbundesanwalt Rebmann. Während Rebmann den Vorschlag umgehend kategorisch ablehnte, fand im Februar dieses Jahres ein Gespräch zwischen den Dialog-Initiatoren und Justizminister Engelhard statt, an dessen Ende beide Seiten einen „positiven Gesprächsverlauf“ vermeldeten. Aus dem Knast haben zu dem Dialog-Vorschlag bisher nur die Gefangenen aus der ehemaligen „Bewegung 2. Juni“, Ralf Reinders und Ronald Fritsch, in einer öffentlichen Erklärung Stellung genommen. Sie nannten den Dialog-Vorschlag ein „alternatives Gehirnwäscheprogramm“, „eine Verfassungsschutzkampagne gegen die radikale Linke“. Wir dokumentieren heute die Erklärungen von Gefangenen aus der RAF zum Dialog-Vorschlag und den Bedingungen, unter denen der Dialog aufgenommen werden sollte. Lutz Tauber, seit 1975 in Haft, Adelheid Schulz und Brigitte Mohnhaupt, inhaftiert seit 1982, wurden alle drei zu lebenslanger Haftstrafe verurteilt.

Erklärung von Adelheid Schulz

Letzten Oktober kamen Vollmer, Käsemann und Walser mit einem Papier raus, das einen „gesellschaftlichen Dialog“ vorschlägt. Die gefangenen Militanten sollen in den Knästen mit einer Gruppe von Personen aus kulturellen, kirchlichen und politischen Bereichen zusammentreffen. Das Ziel der Initiatoren: die politisch-militärische Praxis der Linken in der BRD befrieden und die Amnestiekampagne weiterführen.

Zu dieser großangelegten Medienkampagne von wegen „Dialog“ — inzwischen ist klar, es ist nichts weiter als die propagandistische Begleitmusik zur Verschärfung der Haftbedingungen. Das heißt, während real die Zuspitzung von Isolation und Terror läuft, wird eine große Propagandablase hochgezogen, die das Gegenteil suggerieren soll — „Deeskalation der Situation“ — die Gefangenen könnten einen „Dialog“ führen; das heißt es soll transportiert/suggeriert werden, das Vernichtungsprogramm gäbe es nicht mehr und es gäbe jetzt die Möglichkeit zu einer Diskussion

mit uns — es läge an uns, wenn wir diese „Möglichkeit“ nicht nutzen würden — von den Gefangenen keine Reaktion — „Selbstisolation“ usw.

Tatsächlich war es so, daß wir nicht von vornherein „nein“ gesagt haben, sondern zuerst einmal genauer wissen wollten, was sich die Vertreter dieses Projekts darunter vorstellen, bzw. es gäbe einen Kontakt (ein Gespräch) mit Enzensberger, um den „Dialog“-Initiatoren zu sagen, was wir uns darunter vorstellen könnten. Also um zu klären, ob hinter dieser Initiative nur ein Staatsschutzprojekt steht oder nicht. Im März besuchte Enzensberger Helmut¹ im Knast Schwalmstadt, um unseren Vorschlag zu hören und weiterzuvermitteln. Über Enzensberger wurde den „Dialog“-Initiatoren, also Vollmer — weil sie das in erster Linie ist — gesagt, in welchem Rahmen wir uns ein Gespräch vorstellen könnten. Es ging also überhaupt erst einmal um ein Gespräch und darum, die Bedingungen dafür zu klären. Die Voraussetzungen, unter denen das für uns nur

einen Sinn gehabt hätte, wären gewesen, Minimalbedingungen zu schaffen, das heißt, daß wir alle daran beteiligt sind, also die Möglichkeit haben zu reden. Daß Isolation — zum Teil seit 16 Jahren —, die Trennungen untereinander, Kommunikationssperren — per Zensur keine Basis für einen „Dialog“ sind, das ist jedem klar, dem es wirklich um eine Diskussion mit uns geht.

Von einem „gesellschaftlichen Dialog“ ganz zu schweigen, denn erstens sind ein paar Prominente nicht die Gesellschaft und „repräsentieren“ sie auch nicht und zweitens schließt ein tatsächlicher „gesellschaftlicher Dialog“ diese staatschutz-manipulierte Öffentlichkeit, die über die bürgerlichen Medien transportiert wird, aus.

Gesellschaftliche politische Diskussion, um die wir kämpfen, setzt Authentizität voraus und so natürlich die Möglichkeit, daß wir uns artikulieren können und zwar als das, was wir sind (ein Gefangenen-Kollektiv). Das setzt auch Minimalbedingungen voraus wie die Möglichkeit zur Kommunikation unter uns, die Aufhebung der Isolation, also die Zusammenlegung, die Aufhebung der politischen Zensur und der Besuchsverbote, weil das die Sperren sind, die um uns herum hochgezogen werden, um einen „gesellschaftlichen Dialog“ mit uns zu verhindern.

Aber wie gesagt, es ging konkret darum, die Bedingungen für ein Gespräch zu klären, an dem wir zusammen beteiligt sind. Das wurde Vollmer übermittelt.

Die Vorstellung dabei war, daß es eine Möglichkeit sein könnte, eine Schneise in die staatliche Doktrin der Isolierung zu schlagen und die, die kommen würden,

mit der Lage in den Knästen zu konfrontieren und mit unserem Begriff der politischen Situation.

Die Reaktion darauf war ein „Länderprojekt in NRW“ und — alle Gefangenen zusammen sei nie ernsthaft im Gespräch gewesen.

Das heißt, wir in NRW bekamen Ende Juni eine schriftliche Einladung, daß die Gefangenen in NRW für vier Stunden in Ossen-dorf zusammenkommen sollten. Das Angebot war — fünf von uns (und Klaus Viehmann und Stefan Wisniewski) und zwölf Prominente und es dürfen keine schriftlichen Unterlagen mitgebracht werden. Also nur wenige (eine Kleingruppe) von uns für vier Stunden zusammen und das nach 'zig Jahren Isolation, nach 'zig Jahren, in denen wir kein Wort miteinander reden konnten. Das sollten die Bedingungen für einen „Dialog“ sein.

Ich hatte daraufhin (am 8.7.) bei der Anstalt ein Gespräch mit Christa² beantragt, um mit ihr über diese Sache reden zu können. Von der Knastleitung kam dazu, es ginge nicht ohne die Genehmigung vom Justizministerium und das würde abgeklärt. Das war vor drei Wochen und in der Zwischenzeit wurde Christa mit Gewalt in den Arrest geschleppt, weil sie zu mir wollte. Aus diesem Versuch wurde ein „Angriff und Verletzung von Beamten“ konstruiert.

Christa schreibt dazu: „Als ich gestern zum Besuch ging, wurde grad die Tür von 15 aufgeschloßen. Ich hab natürlich versucht reinzukommen, das heißt, die Tür

aufzudrücken. Die Schließerin hat sich aber davor geklemmt. Als ich gemerkt hab, daß es nicht ohne großes Gerangel geht, bin ich gleich weiter. Das war vielleicht eine Sache von 10 bis 15 Sekunden. Nach dem Besuch das Angebot — zwei Schließerinnen vor 15, eine vor 14 (außen) und der Trakt-leiter mit dabei — hieß ja schon, daß sie da was draus machen wollen. Na und heute dann: „Angegriffen und verletzt.“ Das ist das Gegenstück, was fugenlos darein paßt, was bei dir gelaufen ist. So was brauchen sie jetzt. Was sie da jetzt genau draus machen, weiß ich nicht. Ich bin auch nicht bereit, auf der Ebene von so 'nem Konstrukt mit ihnen zu reden. Ich hab nur gesagt, daß ich niemanden angegriffen habe, daß ich zu dir will und sie das wissen.“

Das heißt, Christa sitzt jetzt wegen einem Versuch, mich zu sehen, für eine Woche im Arrest (das bedeutet, außer Stuhl, Tisch, Bett und einem Kuli und Papier ist da nichts — auch keine Zeitungen, kein Radio, also keine Nachrichten und totale Abschottung).

Darangeht es nichts zu interpretieren, das ist eine deutliche Antwort auf das beantragte Gespräch im Rahmen vom „Dialog“. Eine offizielle Antwort haben wir nicht, aber das ist auch unnötig, wir kriegen täglich ihr Projekt demonstriert.

Unsere Vorstellung eines Gesprächs hätte Aufrichtigkeit statt Kalkül vorausgesetzt; das hätte in erster Linie einmal bedeutet, daß sich diese Vertreter des linkshumanistischen Lagers, die diesen „Dialog“ initiieren wollten, von den Staatsschutzkategorien auf tatsächlich linkshumanistische Kategorien besinnen — wie zum Beispiel das Engagement für den Schutz von Gefangenen —, sich von den Kategorien der Staatsschutzpolitik zu lösen, die die Bestimmung unserer Haftbedingungen und die Ablehnung der Zusammenlegung zu einer Frage der Staatsräson macht — anstatt taktikbewußt die Bedingungen, Isolierknast, auszubeuten.

Die einen agieren auf den Bühnen der Medienmonopole — gefangene Militante zwischen Isolation, Knastzensur und offensiver Interpretation von BAW, VS³ usw., das heißt Desinformation und Nachrichtensperre.

Seit den Erklärungen/Aussagen im Prozeß in Stammheim, nachdem wirklich was von uns nach draußen gedrungen ist, läuft offener Terror — mit Postsperrern, das Kappen von Briefkontakten und Informationen (das so weit geht, daß bei einigen auch Berichte über die TV-Dialog-Sendung „Ein Brief und seine Folgen“ von der Zensur kassiert wurden), Verfügungen, die es möglich machen, jeden Brief anzuhalten, Verfügungen, die auf Verbot von Zeitschriften und Broschüren hinauslaufen, Besuchsverbote. Und verknüpft ist das Ganze mit gezielten Angriffen gegen einzelne, wie jetzt bei Christa, und davor wurde Christian⁴ zusammengeschlagen, als er in den Bunker geschleppt wurde.

Die Situation ist auf dieser Ebene davon bestimmt, daß sie die Isolation nicht mehr rechtefertigen können und die Rechnung, uns mit ihren Schein-Normalvollzugs-Programmen zu brechen, nicht aufgegangen ist. Also nehmen sie im Rahmen von „Dialog“ und Normalvollzugs-Fassaden und -Propaganda einen neuen Anlauf

zur nackten Eskalation mit Kommunikationsverboten und offenen Angriffen. Das ist die Situation und die Sprache des Systems an den Linien der Konfrontation, wo sie politisch am Ende sind und keine Legitimation mehr haben. Das heißt, offener Terror in den Knästen; gegen alle bewußten Antagonismen und gegen alle, die gegen die Isolation und für die Zusammenlegung Öffentlichkeit herstellen; Observationen, Drohungen, Verfahren, Knast, gebrochene Knochen für die, die das Vernichtungsprojekt nicht hinnehmen und sich für die Zusammenlegung einsetzen.

Das ist die Wirklichkeit des „Dialogs“, der „Deeskalation“ — der Realitätsverlust in einer Vorstellungswelt von abgestumpften Kleinbürgern, die in ihrem Papier sagen: „Anlaß und Form der Konfrontation stammen aus einer vergangenen Zeit.“ Es malt einen leuchtenden Himmel, unter dem „die Diktaturen auf dem Rückzug sind. Überall.“ Befreiungsbewegungen erkämpfen ohne Notwendigkeit zum Gebrauch der Waffen ihre Ziele — „so auch hier.“ Der Imperialismus wird zum „nicht aufrechtzuerhaltenden Faschismusverdacht.“ Die Militär-Polizei-Finanz-Maschine ist gar nicht so wie sie ist. Die Stunde sei günstig, weil „die Friedensbewegungen in der ganzen Welt Erfolg haben“ usw. Und so fragt das Papier, „ist es nicht grotesk, daß die Konfrontation bei uns sich nicht mildern will, obwohl die Umstände, die zu ihr führten, sich so sehr verändert haben?“

Das Bild scheint gemalt von merkwürdigen Vorstadtgartenbewohnern. Oder so: es ist dieser bestimmte Klassenblick eingerichteter Metropolenintellektueller, ihre Struktur.

Nichts ist erkennbar.

Die Untersten erfahren anderes — in den Slums und Lagern, in den Mehrwertpressen, oder als überflüssige, aus der Verwertung ausgespuckte, existierend als Nicht-Menschen, unter Massakern von Sondermilitär und Söldnerbanden, in den Metropolenstädten, in diesen Staatsschutzreichen, in Konzentrationslagern und Gefängnistrakten. Es ist eine andere Realität. Und die hat sie schon lang gelehrt — gegen die täglichen, kalt berechneten Verbrechen der Profit- und Unterdrückungsmaschine erkämpfen sie ihren Weg zu Menschenwürde und Befreiung in internationalistischer Solidarität, und Bewußtsein und Hand bewaffnet.

Die Untersten — da sind wir. Das ist unser Land, unsere Geschichte, unsere Politik und Identität: der Kampf um Befreiung. Ossendorf, Juli '88 Heidi Schulz

¹ Helmut Pohl

² Christa Eckes

³ BAW: Bundesanwaltschaft

VS: Verfassungsschutz

⁴ Christian Klar

Selbstverständlichkeit, mit der sich die Amnestie-Leute vor die Gehirnwäsche-Institutionen ihres Staates stellen und „abschwören, abschwören“ hineinrufen, kann sich auch ihre Basis nicht mehr wiedererkennen. Ausdruck einer dreckigen Haltung ist das allemal, vor allem aber Konsequenz einer Politik, die sich auf das etatistische Gleis begeben hat — und das in einer Zeit, wo die Distanz zwischen Staat und weiten Teilen der Gesellschaft immer größer wird. Längst unauflösbar an die staatliche Funktionslogik gekettet, entsteht so ein drängender und drückender werdender Widerspruch. Hatten sich Teile der Grünen vom Mitspielen in den staatlichen Apparaten und Mechanismen eine gewaltige Ausdehnung des eigenen politischen Bewegungsspielraums versprochen, müssen sie jetzt feststellen, daß größere Teile der Gesellschaft von Parlamenten, Parteien und anderen staatsförmigen Organisationsformen der Macht die Schnauze gestrichen voll haben — und damit allein sind diese Teile der Gesellschaft den Grünen-Leadernum viele Jahre voraus. Waren sie bereit, die in der BRD für ehemalige Linke vor Zulassung zum Staatsdienst obligatorische Pflichtübung zu absolvieren, sich als Ordnungsfaktor zu beweisen, in diesem Fall beträchtliche Teile der Linken, Alternativen, Frauen-, Anti-AKW- und Friedensbewegung zu entradikalisieren und zu entpolitisieren, müssen sie jetzt feststellen, daß sie sich damit selbst aufs Trockene gesetzt haben. Wir denken nicht, daß es eine „Konfrontation RAF — Staat“ ist, in der die Grünen zerrieben werden. Vieles ist möglich, aber offensichtlich kein Dialog mit offenem Ausgang. Das liegt nicht an uns. Es liegt daran, daß in der Bundesrepublik mehr noch als in anderen imperialistischen Staaten oppositionelle Politik sich exklusiv in etatistischen Bahnen abzuspielen hat — oder über kurz oder lang mit dem Polizeistaat konfrontiert ist. Dieses historische verwachsene und ungebrochene Verhältnis ändert sich nicht, indem man dort, wo der Polizeistaat am hartnäckigsten und brutalsten zuschlägt, zum Abschwören auffordert, sondern indem grundsätzlich die Legitimität von Gegengesellschaft und Gegenmacht von unten, von antistaatlichen und antiimperialistischen Kämpfen und Revolten, mit legalen und illegalen Mitteln verteidigt wird. So allein könnten polizeistaatliche Reaktionsweisen auf Kämpfe und Widerstand von unten überwunden werden. Darin läge nicht zuletzt die Überwindung der Staatsfrömmigkeit, wie sie im „Deutschen Herbst“ zum ersten Mal in der deutschen Geschichte in der Linken hochkam, und dem Staat einen unerwarteten — und so überschießenden — Handlungsspielraum eröffnete: Nicht die bewaffnete Politik ist überholt, überholt ist die

vor, zur endgültigen Lösung dieses Problems den Gefangenen aus dem bewaffneten Kampfe auf 12 Monate befristetes Ultimatum zu stellen — um abzuschwören (Antrag der Fraktion der Grünen im Niedersächsischen Landtag zur „Initiative zu einer Amnestie für Aussteiger aus dem Terrorismus“, Hannover 12.10.1987, Landtagsdrucksache 11/1632). Das hat schon seine Logik. Weder links noch rechts, dafür wertfrei.

Es ist nicht unser Problem alleine. Deshalb waren wir zu einem Gespräch bereit.

Wir haben einen ganz einfachen Vorschlag gemacht:

Bevor man einseitig irgendwelche Projekte macht, die man „Dialog“ nennt, sollte man doch erstmal schauen, was überhaupt los ist. Unser Vorschlag war, wir machen das zunächst einmal. Aber das richtig. Das heißt, nicht jene ominöse Hälfte der Gefangenen-Gruppe, die sich nach astrologischen Berechnungen der Amnestie-Leute innerlich gelöst haben soll, tritt zum Dialog an, sondern alle kommen zusammen, unter Umständen, unter denen man vergleichsweise frei reden kann, keine Bullen, kein verdinglichter Austausch von Statements, sondern etwas, wie es das im Knast als 'Gemeinschaftsaufschluß' gibt: Jeder kann mit jedem reden. Und dann, am Ende bzw. nachdem die Gespräche von allen verdaut wurden, schauen sich das alle an und sehen, ob und was für alle Beteiligten an Sinnvollem möglich ist. Danach die Überlegung, ob und wie das weiter- und weiterdurchgeführt werden soll und kann.

Mitte Oktober der Dialog-Aufruf, Mitte Dezember waren wir uns einig, über einen Anwalt wurde einer der Dialog-Teilnehmer wegen eines Besuches bei einem Gefangenen angesprochen. Der Besuch war Mitte März — Ende Mai schließlich wußten wir, was das ist, Dialog ohne Vorbedingungen und mit offenem Ausgang: fünf von uns, die aus NRW, sollten für vier Stunden mit einer 'Gesprächsgruppe' zusammenkommen, daß wir alle zusammenkommen, war nie ernsthaft im Gespräch. Ja, wir hören's schon — soll doch nur ein Anfang sein.

Nein, das ist keiner.

Glatte Terror, klar. „Terroristische Forderung“, Rebmann. Da fällt ihnen dann nichts mehr ein. Nur Antje Vollmer, der fällt immer noch was ein: „Wie soll man mit jenen Frauen ins Gespräch kommen, die sich als Soldatinnen verstehen, weshalb sie ihre Gefängniszellen demonstrativ spartanisch eingerichtet haben? Wie ansprechbar wird jener Gefangener sein, der seinen alten Vater beim Besuch ansuckt und anbrüllt?“ (Gespräch der 'Süddeutschen Zeitung' mit Antje Vollmer, 'SZ' 8.4. '88 — also Wochen, nachdem sie von unserer Gesprächsbereitschaft wußte).

Wer so redet oder reden läßt, will keinen gesellschaftsorientierten Dialog, der will den Monolog, die Teilnahme am 18-jährigen, gesellschaftsverdummenden dumpf-stumpfen Monolog der Macht. Wir sind der Staat.

Ein Zusammentreffen richtig zu machen, hätte heißen, daß da Leute in einen Austausch kommen, ein Stück Wirklichkeit, Wirklichkeit von Leben für uns, indem wir zusammen sind — und Wirklichkeit für sie, wenn sie uns zusammen erfahren hätten. Daß sie uns zusammen mitbekom-

men, das war der zweite Grund, warum wir es nur so wollten. Das hätte zumindest bei einigen die wahnhaften Bilder purzeln lassen — Soldatinnen, die ihre Zellen demonstrativ spartanisch einrichten, vom Fanatischen ins Pathologische changierend (Realität: jahrelanger Grabenkrieg um jeden Scheiß). Aber schon klar: Militant gegenüber den Gefangenen — augenzwinkernd gegenüber dem Polizeistaat. Wir sind der Staat.

Unsere Vorstellung war nicht, solche Zusammentreffen zu institutionalisieren. Wir dachten an eine Art Vorgespräch. Und dann hätte man weitergesehen. Sie und wir. Aber der zentrale Punkt war für uns dabei: alle zusammen. Was zusammen für uns bedeutet, hat Brigitte¹ in einem Brief zu einem früheren Zeitpunkt dieser „Dialog“-Geschichte geschrieben, den wir jetzt mitveröffentlichen.

Es war nicht unsere Idee — ein Gespräch mit Prominenten aus dem satten und garantierten Teil der Gesellschaft ist nicht unser dringendstes Bedürfnis. Aber wenn Leute, die sich aufgrund ihrer Prominenz zu etwas berufen fühlen, und sich in ihrem Aufruf auch noch zu Repräsentanten der ganzen Gesellschaft erklären, eine Sache beginnen, die sie fast schon zu einem „historischen Einschnitt“ aufdonnern, dann gehen wir nicht mehr davon runter, daß sie dann auch einen Ausgangspunkt setzten wollen müssen, der wirklich ein Kontinuum unterbricht. Sie wollten das nicht, sie wollten ein Dutzend Aussteiger, ja anders ergibt das Ganze auch gar keinen Sinn. Nachdem klar war, daß sie sich da verrechnet hatten, wurde nicht mehr der Dialog aller Gefangener untereinander und mit draußen verlangt, sondern Klartext gesprochen:

„In Celle, in Lübeck, in Moabit wiederum sind Häftlinge in Dreiergruppen zusammengefaßt — eine Lösung, die wegen des dabei zwangsläufig entstehenden Gruppendrucks von einer Expertin wie Antje Vollmer für sehr wenig sinnvoll gehalten wird.“ ('SZ' 8.4. '88)

Nicht wir, die Gefangenen-Gruppe, verweigerten das Gespräch, die Weigerung geht schlußendlich von denen aus, deren soziale Utopie in der Identifikation mit dem imperialistischen Staat ihren stillen Winkel gefunden hat, ohne daß allerdings der missionarische Eifer ebenfalls nachgelassen hätte. Worüber sonst sollten sie reden als über: Wir, die (Repräsentanten der) Gesellschaft, wir sind der Staat? In der Logik dieses neuen, alten Denkens liegt es, wenn schnell anderen Spaltungsversuchen zugestimmt wurde. Von denen wir ahnten, daß sie kommen würden, und zu denen wir vorsorglich, beim Besuch im März, schon mal nein gesagt hatten. Was Vollmer nicht davon abhielt, mit Krumsiek den nordrhein-westfälischen Hochsicherheitskleinstgruppenisolationdialog mit der Gesellschaft auszukungeln.

Gegen die Legende von den Hardlinern beider Seiten, eine Legende, die ein breites Mittelfeld von Versöhnen statt Spalten suggeriert, erinnern wir daran: Isolationsfolter in der Bundesrepublik und der Einstieg in die Isolationsfolter in Westeuropa geht nicht auf Leute wie Strauß, Zimmermann und Rebmann zurück, auch wenn die sich, wie so oft in der Geschichte, auf dem eindeutig strukturierten Terrain aufbauten. Es sind die Namen Brandt, Schmidt, Posser, Hemfler, Baum, Aug-

stein, Genscher, Herold, Krumm und andere aus der sozialliberalen Ära „Modell Deutschland“, die damit historisch verbunden sind. Eine der ersten Reformen der Regierung Brandt 1970 war die Auflage eines Programms Innere Sicherheit — mit diesem Programm wurde 1970 der Grundstein für die zentrale Rolle des BKA und somit für die heutige Struktur von Paralleljustiz und Parallelpolizei gelegt — ein Programm im übrigen, das vor der Befreiung von Andreas Baader am 14.5. '70 beschlossen wurde. Der erste Tote Trakt wurde 1972 in Köln-Ossendorf mit Ulrike² belegt, der erste Mordversuch lief 1973 im sozialdemokratisch regierten Hessen: Wasserentzug bei Andreas³ im Hungerstreik. Die brutalsten Formen der Isolation gibt es noch heute, ein dreiviertel Jahr nach der zum Fenster hinaus verkündeten Nachdenklichkeit, in den sozialdemokratisch regierten Bundesländern: die nordrhein-westfälischen SPD-Hardliner vollstrecken noch heute eines der rigidesten Isolationsprogramme, in Köln-Ossendorf gegen Heidi Schulz und Christa Eckes, Hofgang nur mit Neo-Faschistin oder gar keiner; in Bielefeld-Brackwede gegen Siegelinde Hofmann und Ingrid Jakobsmeier, unerbittlich wie 1977; Rolf Klemens Wagner wird in Bochum von einer Station auf die andere verlegt, weil er Kontakt mit anderen Gefangenen hatte; aus demselben Knast werden dieser Tage Prügel gegen einen Gefangenen aus dem Widerstand bekannt; das Oberlandesgericht Düsseldorf verurteilte vor ein paar Wochen einen Genossen zu 18 Monaten ohne Bewährung — er hatte einem Gefangenen in einem NRW-Knast einen Bericht über eine Veranstaltung geschickt, in dem das Wort Zusammenlegung vorkam. Die Hamburger SPD-Hardliner haben bis vor kurzem ein Isolationsprogramm gegen Barbara Ernst vollstreckt — bis zum letzten Tag, der Entlassung. Findig, wie die sozialdemokratischen Macher nun einmal sind, haben sie nach 18 Jahren noch eine Lücke in der Isolation entdeckt — und gestopft: Briefe aus der laufenden Korrespondenz mußte Barbara kurz nach Empfang wieder abgeben, sonst hätte sie keine neue Post bekommen, somit war selbst diese über die Knastzensur geführte Restkommunikation ausgehebelt: Dialog zwischen drinnen und draußen.

Schließlich besteht eine der reformerischen Errungenschaften der sogenannten rotgrünen Koalition in Hessen in der Zustimmung und Errichtung eines basisdemokratischen und absolut gewaltfreien Hochsicherheitsgefängnisses, ein Stück in Beton gegossener Zivilisationsverlust, ausgeklüngelt und gebaut nach dem Vorbild des weltweit berühmten Marion Prison in den USA.

Wir sind der Staat.

Historische Zäsur — hieße, von den Tatsachen der letzten 18 Jahre ausgehen, um zu einer Auflösung im Sinn von Gesellschaft und Macht von unten zu kommen, nicht im Sinn einer Grünen Alternativ-Verstaatlichung der Gesellschaft. Die Zusammenlegungsforderung entspricht tradiertem internationalen Recht für politische Gefangene, in der Haft zusammen zu ein. Daß diese internationale Norm auch in der Bundesrepublik respektiert würde, damit hat schließlich der Vertreter der Bundesregierung im April 1986 vor dem UNO-Menschenrechts-

Erklärung von Lutz Tauber

Um einen Dialog mit offenem Ausgang geht es nicht, es geht darum, jedem Widerstand, ob bewaffnet oder unbewaffnet, den Boden zu entziehen. Das spüren viele, das ist die Wut, die den Amnestie-Leuten in den Veranstaltungen entgegenschlägt, eine Wut auch aus enttäuschter Hoffnung, die die Grünen für manche noch vor ein paar Jahren waren. In der

Staatsfixierung der Grünen.

Deshalb ist die Frage nach der Reaktion auf 18 Jahre extralegalen staatlicher Zwangsgewalt gegen politische Gefangene, die das Ziel hatte und noch immer hat, revolutionäres Bewußtsein zu brechen, nicht eine Frage, die uns alleine, das Gefangenenskollektiv, angeht. Es gibt Grüne, die schlagen der Celler-Loch-Regierung Albrecht

ausschub in New-York — befragt nach unseren Haftbedingungen — Eindruck zu schinden versucht.

Der real existierende Sonderstatus, den wir, die Gefangenen aus der Guerilla, seit 18 Jahren als repressiven Sonderstatus haben, löst sich nicht dadurch auf, daß politische Gefangene nach einem Jahrzehnt Gehirnwäsche abschöpfen. Nur wer sich in einer Partei heimisch fühlt, die dem Bau von Hochsicherheitsgefängnissen zustimmt, kann so etwas für normal halten. Normalität ist die

Normalität des imperialistischen Staates.

Das ist der blinde Fleck, der, das ist richtig, in der Folge all- dings dazu führt, sich gegen die Irregularität von Widerstand ganz generell zuzusperren, schließlich ihn militant zu bekriegen. Der erste Schritt zur Überwindung des real existierenden Sonderstatus wäre die Zusammenlegung der politischen Gefangenen zu großen Gruppen und die Schaffung von Bedingungen, unter denen unzensierte Debatten zwischen drinnen

und draußen möglich werden, kurz, die Durchsetzung der Selbstverständlichkeit für gefangene Menschen, im Knast zusammenarbeiten und leben zu können. Juli '88 Lutz Tauffer

¹ Brigitte Mohnhaupt
² Ulrike Meinhof

Erklärung von Brigitte Mohnhaupt

Wir lesen, Kinkel¹ hat erschreckende Eindrücke von einer Reise durch die Trakte gewonnen; taz stellt nach alle den Jahren besonders menschenverachtende Einzelhaftbedingungen fest usw., in der Glotze, überall wird plötzlich die Isolation entdeckt.

Was ist los? Sie wissen, daß sie politisch nicht mehr zu halten ist. Das ist das, was wir im letzten HS² endlich durchgestoßen haben: das ganze Gebäude, das sie darum hochgezogen hatten, ist ihnen in den Händen zerbrochen, und sie können es so nicht nochmal aufrichten.

Die Mobilisierung für die Zusammenlegung hat nicht aufgehört, und sie sind auch international immer wieder damit konfrontiert, daß die Isolation als Folter begriffen und geächtet ist. Vor der UN-Menschenrechtskommission hat sich der BRD-Vertreter '86 damit verteidigt, daß er den Delegierten dort vorgelogen hat, wir wären alle in Gruppen zu dritt und den ganzen Tag zusammen. In den revolutionären Gefangenenkämpfen überall wird für kollektives Zusammenleben und gegen die Isolation gekämpft; in Peru, Chile, El Salvador, Irland, Portugal, in Spanien, wo die Gruppen nach BRD-Muster zerschlagen werden, in der Türkei und Kurdistan, in Frankreich gerade der Streik unserer Genossen.

Daraus kommt das jetzt. Und konkret heißt es, daß das, was die BAW³ seit '77 will — am liebsten jeder von uns in einem extra Knast und dann ihr NVZ-Programm⁴ —, nun die endgültige Lösung sein soll. Gegen die Zusammenlegung und die Mobilisierung draußen, um all denen, die nicht viel wissen, aber die erschrecken, wenn unsere Mütter mit Plakaten auf der Straße stehen und ihnen sagen, wie es ist, zu erklären: Die Isolation haben wir jetzt abgeschafft.

Sie ist nicht abgeschafft. Aber sie ist politisch und praktisch gescheitert. Zuerst an uns, weil sie ihren Zweck nie erreicht hat. Das ganze Projekt, in den sechziger Jahren an US-Soldaten getestet und hier gegen die Gefangenen umgesetzt als die Methode in der NATO-Demokratie — sauber, nichts zu sehen, nur das Ergebnis — hat ihnen in den 18 Jahren zwei Gefangene aus der RAF gebracht, die Aussagen gemacht haben, Ruhland und Müller. Aber es haben auch nicht alle die Kraft gehabt, dagegen zu kämpfen, ihre Erfahrungen und ihr Bewußtsein von draußen nicht aufzugeben. Viele sind liegengeblieben auf

diesem langen Weg. Und wir haben viele, mit denen wir angefangen haben, in dem Kampf verloren. Holger, Siegfried, Katja, Ulrike, Andreas, Gudrun, Jan, Nina und Sigurd⁵, der mit uns zusammenwollte.

Aber uns als Gruppe konnten sie nicht liquidieren. Wir sind die Gruppe geblieben, auch so, voneinander getrennt und alleine, weil das die existentielle und politische Erfahrung ist, die wir nicht loslassen: unser Kollektives Leben und kollektive Praxis. Das Wichtigste, was jeder von uns erlebt, begriffen, gelernt hat, kommt aus dieser Erfahrung, und ein anderes Leben gibt es für uns nicht mehr.

Der Guerilla ist die Gruppe — das ist es draußen. Hier in den Bedingungen, die dir alles wegfressen, wo der sinnlich-praktische, der direkte Prozeß von Politisierung zusammen, sein Stoffwechsel abgeschnitten ist, ist das der Kern, den sie nicht zerstören können, wenn man es nicht selbst zuläßt. Wenn du es dir jeden Tag erkämpfst, die Beziehung zu den anderen, zum Leben, zur eigenen Realität, durch alles durch, die Mauern und die ganze Schinderei. Das ist der Grund, warum die Isolation nicht gesiegt hat. Und in den kollektiven Streiks haben wir uns immer wieder Luft verschafft und sie zurückgedrängt. Für eine Weile.

Die grundsätzliche materielle Veränderung, die wir wollen, haben wir nicht durchgesetzt, aber aus unserem Widerstand hat sich ein Begriff entwickelt, wofür wir in diesen Löchern kämpfen, der jetzt mit den neuen Erfahrungen, Lebens- und Kampfzusammenhängen in den Prozessen draußen zusammenkommt. Und wogegen wir kämpfen, das war ja im letzten HS zu spüren, das ist keine Frage mehr. Es ist klar, daß es nicht mehr geht. Deswegen jetzt das „grüne Licht“ für die NVZ-Offensive. Die Entpolitisierung, die Dressur andersrum.

Über den NVZ will ich mich nicht auslassen, da haben die Frauen in der Plötze⁶ auch wirklich alles gesagt. Und jeder, der was verstehen will, hat verstanden, was sie gefordert haben: freie Entscheidung über das Wie und mit wem zusammenleben im Knast, Menschen sein gegen die Entmenslichungsmechanik.

Der Staat bekämpft die Zusammenlegung auf diese Weise, auf dieser Ebene, weil in ihr alles ist, was er haßt und überall plattmachen will, wo es sich in der Gesellschaft herausbildet und artikuliert, weil als Mensch zu leben überhaupt der Antagonismus ist zur imperialistischen Struktur, zu dieser ganzen Tödllichkeit und Perversion. 24 Stunden selbstbestimmt und sozusammen. Die Fähigkeit, frei zu sein, und daraus das Verhältnis zueinander. Den Raumsich zu nehmen, in dem man nachdenken, arbeiten, und leben kann. Auch in den Betonnestern hier.

Weil es immer wieder benutzt wird, sag ich es jetzt nochmal: Es geht um das materielle Ziel, nicht um etwas Weitergehendes wie den rechtlichen Status, die Anerkennung als politische Gefangene. Wir sind, was wir sind. Das ist ihr Problem, nicht unseres. Sie wollen die politische Realität in der BRD seit 18 Jahren zwanghaft wegdücken, und es gibt kein Mittel, das sie dabei ausgelassen haben.

Wir kommen alle aus der Guerilla und dem Frontprozeß, aus dem Politisierungs- und Revolutionierungsprozeß seit '67. In der Zusammenlegung drückt sich nichts anderes aus als diese Wirklichkeit, die Wirklichkeit des revolutionären Prozesses hier. So ist sie politisch — und ihre Verhinderung zur strategischen Position für den Staat geworden.

Sie hat auch nichts mit Ideologie, Anspruch oder was weiß ich zu tun. Es ist unser Leben und unsere Identität, was wir verteidigen in dieser Gewaltsituation, und die einzige Möglichkeit, ganz zu bleiben. Die einzige Möglichkeit, daß der Sinn wieder praktisch und konkret erfassbar wird.

Es gibt nichts anderes mehr. Nicht den NVZ, halb, dreiviertel oder voll, und es gibt keinen Kompromiß zu den großen Gruppen. Nach dieser Zeit nicht mehr, dafür ist es zu spät. Es ist die Lebensgrundlage für uns, ohne die es nicht geht. So einfach ist es, und genauso absolut.

April '88 Brigitte Mohnhaupt

¹ Kinkel: Klaus Kinkel, Staatssekretär im Bundesjustizministerium

² HS: Hungerstreik

³ BAW: Bundesanwaltschaft

⁴ NVZ: Normalvollzug

⁵ Holger: Holger Meins

Siegfried: Siegfried Haussner

Katja: Katharina Hammer Schmidt

Ulrike: Ulrike Meinhof

Andreas: Andreas Baader

Gudrun: Gudrun Ensslin

Jan: Jan-Karl Raspe

Nina: Ingrid Schubart

Sigurd: Sigurd Debus

⁶ Plötze: Frauen-Justizvollzugsanstalt Plötzensee, Berlin-West

Bundesanwaltschaft

Rebmann weitet seine Tätigkeit aus

Eine weitere Ausweitung der Verfolgung nichtstaatstragender politischer Tätigkeit durch die Bundesanwaltschaft ist zu erwarten. Das jedenfalls muß man aus den von Generalbundesanwalt Rebmann auf der Halbjahrespressekonferenz am 21. Juli vorgelegten Materialien und seinen Äußerungen auf dieser Konferenz entnehmen. Rebmann weitet es als Erfolg der Razzien- und Verfolgungstätigkeit von Bundeskriminalamt und Landkriminalämtern, daß die sogenannten „linksterroristischen“ Anschläge — gemeint sind Anschläge auf Einrichtungen von Atomenergieunternehmen, der Rüstungsindustrie, Genforschungseinrichtungen und Einrichtungen, die die imperialistischen Umtriebe der BRD in der Dritten Welt fördern — in den letzten drei Jahren von Jahr zu Jahr weniger geworden sind. Daraus folgert die Bundesanwaltschaft aber keineswegs, daß sie nun ihre Tätigkeit einschränken könne. Mit ihren Methoden wird die Bundesanwaltschaft immer rabiater. Allein im letzten Jahr führten Bundeskriminal- und Landkriminalämter drei zentral koordinierte, bundesweite Razzien gegen westdeutsche und ausländische Organisationen und Gruppen durch. Auf diesem Weg will die Generalbundesanwaltschaft weiter verfahren. Die verstärkte Zentralisierung von Bundes- und Länderpolizeien soll das Material zur Verfolgung liefern.

Ende Mai räumte die Kölner Polizei ein besetztes Haus und beschlagnahmte dabei die persönlichen Archive der Bewohner. Die Polizei übergab diese Sammlungen von Zeitungsausschnitten, Broschürenentwürfen, Flugblättern, Zeitschriften usw. dem Bundeskriminalamt, und die Bundesanwaltschaft bemüht sich nun, aus den vermutlichen Besitzern der beschlagnahmten Schriften „zum militärisch-industriellen Komplex“ eine Vereinigung nach § 129a (terroristische Vereinigung) zu konstruieren. (1) Auf ähnliche Weise ging die Bundesanwaltschaft bei der Verfolgung von I. Strobl, U. Penselin und vier weiteren, zur Zeit mit Haftbefehl gesuchten Leuten vor: Als für die Anklage wichtige Tatsache führt Rebmann in der entsprechenden Pressemitteilung auf, daß sich alle sechs intensiv mit der Kritik der Gentechnologie befaßt hätten. Um tätig zu werden, reichen der Bundesanwaltschaft und dem Bundeskriminalamt also zunehmend Hinweise auf die politische Kritik an den Tätigkeiten und Bestrebungen westdeutscher und internationaler Konzerne. Solche Hinweise kann jede Polizeirazzia in Kreisen der politischen Opposition für die Bundesanwaltschaft beschaffen.

Ein zweiter seit der Gesetzesänderung zum 1. Januar 1987 zunehmend wichtiger Schwerpunkt der Bundesanwaltschaft ist die Verfolgung von Ausländern. Rebmann führt etwa 60 Leute der politischen Opposition, gegen die er ermittelt bzw. Anklage erhoben hat, namentlich auf. Davon sind die Hälfte Ausländer, 20 Kurden, fünf Palästinenser und fünf Tamilen, außerdem berichtet er über Fahndungen nach Mitgliedern irischer, iranischer und palästinensischer Organisationen. Von den Bundeszentralregister eingetragenen verurteilten 4,5 Millionen Personen sind etwa 20 Prozent Ausländer.

(1) Kölner Stadt-Anzeiger, Die Welt v. 22.7.88; weitere Quelle: Pressemitteilung des Generalbundesanwalts v. 21. Juli 1988 mit Anlagen

Duisburger-Verfahren

OLG will § 129 a erweitern

Gelsenkirchen. Am 17.5.1988 begann vor dem OLG Düsseldorf der Prozeß gegen vier Leute aus Duisburg wegen „Mitgliedschaft in der RAF“ sowie zwei Sprengstoffanschlägen, die ihnen zugerechnet werden sollen. Die Verteidigung geht davon aus, daß die unterstellten konkreten Straftaten sich nicht beweisen lassen.

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ) vom 18.5.1988 umschreibt die Zielsetzung des Prozesses so: „Wenn es der Bundesanwaltschaft gelingen würde, in diesem ... Prozeß ein Urteil herbeizuführen, in dem diese ‚illegalen Militanten‘ als Gruppen innerhalb der RAF ... definiert würden, dann wären Terroristen in Tatbereichen künftig auch von vornherein als ‚terroristische Vereinigung‘ zu erfassen und anzuklagen.“

Wie dies geschehen soll, ergibt sich aus Anklageschrift und bisherigem Prozeßverlauf. Die FAZ: „Die Angeklagten ... waren ... noch nicht in den Untergrund abgetaucht. Sie waren als Atomkraftgegner, Friedensdemonstranten, auch als Hausbesetzer bekannt. Wann die Hemmschwelle zur direkten Gewaltkriminalität sich senkte, wird noch zu untersuchen sein.“ In der Anklageschrift wird als Beleg u.a. folgendes aufgeführt: Sammeln von linksextremistischem Schriftgut, Anlegen von Archiven, Besitz von Unterlagen zum „Frankfurter Kongreß“, von Kopien aus „RAF-Publikationen“, Teilnahme an Veranstaltungen zum „Hungerstreik“, Briefwechsel und Besuch von RAF-Inhaftierten.

Auf dieser Linie wurde der Prozeß eröffnet. Die Entwicklung von Mitgliedern der RAF wurde dargelegt, um von den Schulnoten der Angeklagten bis zu ihrer Teilnahme an Demonstrationen den Eindruck zu erwecken, diese hätten dieselbe Entwicklung hinter sich. Aus der Anklageschrift ergibt sich, wie die Anwendung des § 129 a StGB auf politische Gegner dieses Systems ausgeweitet werden soll. Die RAF gliederte sich in „Guerilla“, „Widerstand“ und „Gefangene“. Zum „Widerstand“ werden sog. „illegale Militante“ und „Kämpfende Einheiten“ gezählt.

Die Verteidigung hatte zu Beginn Befangenheitsanträge gegen die Richter und den psychiatrischen Gutachter gestellt; gegen die Richter u.a. wegen der schleppenden Bearbeitung dringender Anträge. Die Anträge wurden alle in der bekannten Kürze abgelehnt, u.a. sinngemäß damit, daß dies alles nur Propaganda sei.

Für die FAZ ist schon alles klar: „Es fällt schwer, diese Angeklagten angesichts ihres Verhaltens im Gerichtssaal und ihrer ungebrochenen Bekenntnisbereitschaft zu militanten Aktionen noch als nur mutmaßliche Terroristen zu bezeichnen.“ Darum geht es auch. Die Verteidigung schrieb in einer Pressemitteilung: „Mit dem Instrument des § 129 a StGB sollen hier ein weiteres Mal ... nicht erwünschte politische Gesinnung und Kontakte zu RAF-Gefangenen beispielhaft strafverfolgt werden.“

DIE ENTWICKLUNG DES KLASSENKAMPFES UND DES BEWAFFNETEN KAMPFES

die entwicklung des imperialistischen kapitals im iran beschleunigte die klassenersetzung in der gesellschaft, sie verursachte das verschwinden der nationalen bourgeoisie, sie bildete aber auch ein günstiges gelände für die entwicklung des proletariats und im allgemeinen der arbeiter der städte und der provinz, und verwandelte das iranische proletariat in eine klasse, die eine entscheidende und einzigartige rolle in der sozialen bewegung und der zukunft der revolution spielt.

die theorie des marxistisch-leninistischen bewaffneten kampfes muß sich entwickeln und ihre pflichten bestimmen, indem sie auf all diese sozialen und politischen veränderungen achten muß.

die gründenden genossen der iranischen neuen kommunistischen bewegung sahen einen solchen entwicklungsprozeß voraus, deshalb organisierten sie, einerseits, den praktischen und theoretischen rahmen ihres kampfes auf solch eine art und weise, daß er die allgemeinen probleme der demokratischen und anti-imperialistischen revolution des irans umfaßt, und andererseits, obgleich die konkreten probleme der ersten phasen des kampfes und die aufgaben der revolutionären avant-garde auf dieser ebene vorausgesagt und erklärt wurden, ließen sie der entwicklung und der vertiefung der theorie und der praxis freien lauf. in wirklichkeit setzen die entwicklung des klassenkampfes und die sozialen und politischen veränderungen, bedingt durch die entwicklung des kapitalismus, den prozeß der klassenersetzung, sowie die wirkungen, die durch den bewaffneten kampf auf die allgemeine atmosphäre der gesellschaft verursacht werden, die subjektiven und objektiven grundlagen der popularisierung des bewaffneten kampfes zusammen. die popularisierung des bewaffneten kampfes schafft bedingungen, die vollständig mit denen am anfang des bewaffneten kampfes verschieden sind. in dieser phase der entwicklung des klassenkampfes, verändert die entwicklung der politisch-militärischen organisation auf allen ebenen und ihre umwandlung in eine wichtige soziale strömung, radikal die qualität und das praktische, organisatorische und politische ausmaß der avant-garde.

die neue praktische, organisatorische und politische qualität der (marxistisch-leninistischen) avant-garde, muß ihren ausdruck in der organisation der massen, in kleinen oder großen militärischen aktionen, finden, die qualitativ und quantitativ von den zielen der ersten phase des bewaffneten kampfes verschieden sind. die rolle und aufgaben des bewaffneten kampfes in jeder phase, werden durch die weiterentwicklung der bewegung und das erscheinen von sozialen und politischen bedingungen des umsturzes des regimes, das vom imperialismus abhängt, bestimmt.

erinnern wir hier daß die mechanische vorstellung auf jeden fall verhindert werden muß, die die veränderungen nur im quantitativen wachstum des bewaffneten kampfes sieht, und der die entwicklung der klassenqualität des bewaffneten kampfes ignoriert.

der bewaffnete kampf, als marxistisch-leninistische praxis, besitzt eine qualitative und sehr präzise klassenentwicklung: sie fängt mit parolen und einer propaganda mit allgemeinem charakter an, um durch ihre gleichlaufende entwicklung in der bewegung im allgemeinen, zu einer spezifischen propaganda und parolen zu münden.

in anderen worten, mit der entwicklung der bewegung der arbeiterklasse, ihrer ökonomischen und politischen veränderlichkeit, wird die organisatorische und politische bindung des bewaffneten kampfes mit dem proletariat deutlicher, enger, und in einer bestimmten phase wird das proletariat der hauptstützpunkt dieses kampfes.

aufgrund der wichtigkeit dieses problem hat, versuchen wir uns besser auszudrücken. im allgemeinen, solange sich das revolutionäre potential der massen nicht befreit hat, hat der marxistisch-leninistische politisch-militärische bewaffnete kampf hauptsächlich propagandaziele und gibt seine politische mitteilung an alle sozialen kräfte weiter, aber wenn das revolutionäre potential der massen anfängt sich durch verschiedene formen der sozialen kämpfe auszudrücken, wenn die massen und besonders die arbeiterklasse, beeinflußt durch die kämpfe der revolutionären avant-garde, anfangen zu protestieren und gegen die gegenwärtigen bedingungen zu kämpfen, wenn die bewegung ein soziales und volksausmaß annimmt, muß die politisch-militärische organisation den bewaffneten kampf auch im volk verbreiten, gleichlaufend mit der erscheinung und der entwicklung dieser bedingungen. in dieser phase dreht sich der wesentliche inhalt der politik und des programms der avant-garde um die probleme des proletariats und über seine entscheidende rolle in der demokratischen und anti-imperialistischen revolution. dies ist in der tat das wesentliche kettenglied das die anfangsphase des bewaffneten kampfes mit der schlußphase verbindet. ohne diesen übergang von den einfachen phasen zu den schwierigeren phasen des kampfes, kann man nicht von der entwicklung des bewaffneten kampfes und der politisch-militärischen organisation sprechen.

wenn wir die geschichte der organisation der fedayins guerilleros des iranischen volkes und der anderen gruppen, die den bewaffneten kampf geführt haben, studieren, stellen wir fest daß diese organisationen es nicht geschafft haben, diese zwei kampfphasen zu verbinden, und daß sie alle in der ersten, der allgemeinen phase, die des bewaffneten kampfes, stecken geblieben sind. dies, obwohl die sozialen und politischen bedingungen und die entwicklung des klassenkampfes - in dem der bewaffnete kampf sicherlich eine entscheidende rolle gespielt hat - die popularisierung des bewaffneten kampfes an die tagesordnung setzte. dies beweist wie weit die mechanische und falsche vorstellung des bewaffneten kampfes in der iranischen kommunistischen bewegung verbreitet war. eine solche vorstellung reduziert den bewaffneten kampf auf eine einfache taktik, entkräftet seinen proletarischen inhalt und wenn, dank der entwicklung des klassenkampfes und der rolle des bewaffneten kampfes in der inbetriebsetzung des revolutionären potentials der massen, eine günstige politische

atmosphäre und die massenbewegung in erscheinung treten, dann schätzt diese vorstellung ein daß sich die aufgabe der bewaffneten propaganda verwirklicht hat, und stellt sich vor, daß die politische arbeit und die organisation der volksbewegung und der arbeiterklasse genügen, um das regime umzustürzen. eine solche vorstellung führt zur wiederlegung des bewaffneten kampfes.

und wenn die massenbewegung dann die harten schläge der reaktion erleidet und auseinandergeht, und wenn sich dann gleichzeitig die organisationen, die den bewaffneten kampf wiederlegen und die sich vorstellen daß die massenbewegung ein schutzmittel zwischen ihnen und der durch die reaktion organisierten repression ist, unter den terror-, und repressionsschlägen des regimes zersetzen und passiv werden, dann geben sie auf und suchen die versöhnung mit der macht.

die realität des klassenkampfes bestätigt daß sich der bewaffnete kampf zunehmend und gleichzeitig mit der entwicklung der volkskämpfe erweitern und entwickeln muß, und neue aufgaben festsetzen muß. diese aufgaben haben natürlich einen sozialistischen inhalt und ziel. diese aufgabe besteht in der aktuellen etappe darin, das abhängige regime umzustürzen und die imperialistische herrschaft zu brechen; es sind also die schaffung der volksarmee und die bildung von präzisen pfeilern im rahmen der anti-kapitalistischen und anti-imperialistischen kämpfe, um die achse herum, die den bewaffneten kampf bildet, unter der führung der marxistisch-leninistischen politisch-militärischen organisation, die an der tagesordnung stehen.

fassen wir zusammen: wenn wir den entwicklungsprozeß des bewaffneten kampfes grob in zwei phasen teilen, dann ist die erste die der propaganda, der entwicklung und des aufbaus des zusammenhangs der politisch-militärischen organisation und die vorbereitung der bedingungen für die inbetriebsetzung der volkskraft. die zweite ist die der mobilmachung, der politischen führung der massenbewegung, besonders der arbeiterkämpfe, und die organisation der revolutionären kräfte (das heißt, die am meisten politisch interessierten, kämpferischsten und aufopfernden elemente der kommunistischen bewegung), die bildung der volksarmee und die erweiterung und die entwicklung des sozialen einflusses und anklangs der politisch-militärischen organisation. die entwicklung und die erweiterung der letztgenannten, die schaffung der kommunistischen partei, vollziehen sich in dieser zweiten phase. es ist klar daß wir hier nicht alle einzelheiten über den formierungsprozeß der kommunistischen partei wiedergeben können, denn eine große anzahl von faktoren, die in diesem prozeß in betracht gezogen werden müssen, sind für uns unter den aktuellen bedingungen noch nicht klar, und sie können auf jeden fall nicht im voraus, auf eine mechanische art und weise, bestimmt werden.

die marxisten-leninisten betrachten die partei als ein notwendiges mittel um den klassenkampf zu organisieren und die vorherrschaft des proletariats in der revolution abzusichern.

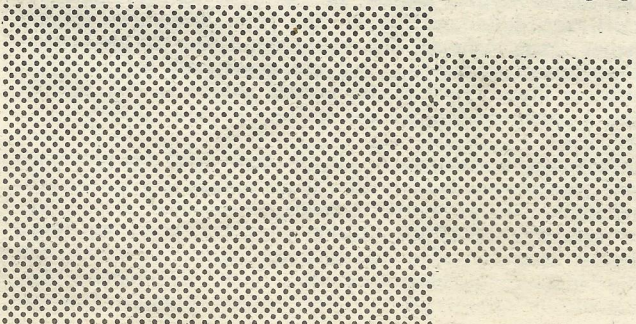
deshalb nimmt die einzigartige organisation des proletariats, einerseits, im praktischen prozeß des kampfes gegen den imperialismus (kapitalismus) und das abhängige regime gestalt an, und andererseits, im rahmen eines politischen und ideologischen kampfes gegen die verschiedenen abweichungen innerhalb der kommunistischen bewegung. dies ist ein weg den eine politisch-militärische organisation notwendigerweise während ihrer entwicklung gehen muß.

folgerichtig ist das problem der formierung der partei nicht klar in alle ihren einzelheiten bestimmt, und es folgt keinem schema das im voraus entschieden wurde. die entwicklung der politisch-militärischen organisation und die bildung der kommunistischen partei sind probleme die sich im prozeß des kampfes zum umsturz der imperialistischen macht und des kapitalistischen regimes stellen. also, die partei ist kein selbst-zweck, sondern ein instrument der das proletariat und die anderen arbeitenden schichten in ihrem kampf gegen die bourgeoisie und den imperialismus führt.

der formierungsprozeß der partei, als teil des allgemeinen prozesses der kämpfe des proletariats und der kommunisten gegen den imperialismus und das abhängige kapitalistische regime, durchläuft zahlreiche etappen. es wäre falsch und vollständig abstrakt jetzt zu versuchen, während es noch keine politisch-militärische organisation auf nationaler ebene gibt, und wir uns noch in den ersten etappen des kampfes befinden, die art und weise zu bestimmen, wie sich eine politisch-militärische organisation entwickeln/weiterentwickeln wird.

als marxistisch-leninistische strömung dürfen und müssen wir auf die absolute notwendigkeit der schaffung der partei (das heißt eine bestimmte phase der entwicklung der politisch-militärischen organisation) in einer präzisen etappe der entwicklung des klassenkampfes bestehen, um die vorherrschaft des proletariats in der revolution abzusichern, um die kräfte der revolution zum sieg zu führen, und sie als eine unserer aufgaben festzulegen. aber wir haben auf keinen fall das recht die formierung der partei von den revolutionären kämpfen und prozeß zu trennen, und uns vorzustellen daß sie sich unter bedingungen vollzieht, die unabhängig von diesen kämpfen sind.

militanten der iranischen neuen kommunistischen bewegung



ERKLÄRUNG VON ZWEI IRANISCHEN KOMMUNISTISCHEN MILITANTEN WÄHREND IHRES PROZES IN PARIS. JULI 1988.

wir erscheinen zum zweiten mal vor einem französischen gericht, das uns anklagt gegen das regime der islamischen republik irans zu kämpfen. das erste gericht hat uns zu acht jahren inhaftierung und zu 20 jahren aufenthaltsverbot in frankreich verurteilt, indem wir beschuldigt wurden, den umsturz des regimes von ayatollah khomeiny vorbereitet zu haben! auf unserer frage, worin wir "kriminelle" seien, hat der staatsanwalt geantwortet, daß wir gut in den rahmen des delikts der kriminellen vereinigung passen würden, denn wir hätten die absicht den bürgerkrieg und die revolution im iran zu organisieren! dieses gericht hat also geschätzt daß der kampf der iranischen revolutionäre und arbeiter gegen eines der am meisten gehaßten und kriminellsten regimes der geschichte der menschheit, in den rahmen der "verbrechen" und "missetaten" passen würde, es stimmt somit mit einem gericht des khomeiny-regimes überein; dies erlaubt uns zu folgern daß der französische staat und justizapparat ein terroristisches regime verteidigen und unterstützen, dessen kriminellen taten die grenzen des irans überschritten haben, um in den anderen ländern der welt und selbst in frankreich begangen zu werden. das erste gericht war so beeilt abzuschließen, daß wir nicht einmal die notwendige erklärungszeit bekommen haben.

seit einem jahr waren wir in frankreich zeugen von einigen ereignissen, die mit dem iranischen regime und den terroristen der islamischen republik in verbindung stehen. diese ereignisse haben es erlaubt, das wahre gesicht des französischen staates und justizapparates bei den arbeitern und der öffentlichen weltmeinung zu entlarven. einerseits wurden terroristen wie wahid gordji, der nach dem bekenntnis eures präsidenten der republik einer der hauptverantwortlichen der terroristischen taten vom september 1986 war, mit aller achtung zum flughafen begleitet wo ein privatflugzeug auf ihn wartete, nach einem kurzen abstecher, der form halber, in das büro des richters bouloque. kurz danach wurde ein anderer, der aus den selben gründen verhaftet wurde, freigelassen, und andere werden, so scheint es, es bald sein. und andererseits wurden iranische gegner in frankreich provoziert, verhaftet, gefoltert, inhaftiert und des landes verwiesen!

man braucht sich also nicht über die begeisterung verwundern, die diese maßnahmen innerhalb der iranischen medien und regierung bewirkt haben. nach unserer verurteilung, am 29. april 1988, durch ein französisches gericht, brachten die offiziellen zeitung des iranischen regimes, wie kayhan und islamische republik, folgende schlagzeilen: "das gericht von paris hat drei iraner, wegen angehörigkeit in einer kriminellen organisation, zu ...jahren gefängnis verurteilt". weiter wurde gesagt das diese verurteilung eine der positiven maßnahmen der französischen regierung zu gunsten des irans sei. kurz danach wurden die drei französischen geiseln, die im libanon festgehalten wurde, freigelassen...

es wird also unmöglich den inhalt der geheimen verhandlungen zu bezweifeln, die seit monaten zwischen den französischen und iranischen regierungen geführt werden: der französische staat hat die iranischen revolutionären militanten als austauschmünze benützt, um seine verbindungen mit dem iran zu "normalisieren" und die gunsten eines terroristischen regimes zu erhalten. es ist für niemanden mehr ein geheimnis daß es die politischen und ökonomischen interessen sind, die den französischen imperialismus dazu geführt haben, geheime verhandlungen mit der islamischen republik zu führen und die iranischen revolutionäre unter druck zu setzen, um auf eine der drei bedingungen zu antworten, die der iran für die "normalisierung" seiner verbindungen mit frankreich bestellt hat. denn nur die alte kolonialistische logik, mit ihren programmen und taktiken die auf die verlängerung der ausbeutung der völker aus der dritten welt hinzielen, um die interessen der kapitalisten, der banken und der multinationalen zu sichern, erlauben es, unseren rechtmäßigen kampf gegen eine faschistische und islamische diktatur als "kriminell" zu bezeichnen.

jeder weiß heute daß das khomeiny-regime sich nicht auf das massaker und die brutale repression des iranischen volkes beschränkt, sondern daß er seine militärischen kräfte (die pasdarans) in den libanon schickt, um sich gegen die palästinensischen und libanesischen völker zu verschwören, und dieses land in ein großes gefängnis von geiseln zu verwandeln.

jeder weiß daß die terroristischen söldner des khomeiny-regimes in zahlreichen ländern terroristische aktivitäten gegen die iranischen gegner und bevölkerungen dieser länder ausüben, unter dem deckmantel des diplomatischen status, und daß die iranische botschaft in paris eine der hauptbasen ihren aktivitäten in europa ist.

jeder kennt die folgenden tatsachen: seit 10 jahren sind 45 millionen iraner die geiseln eines blutgierigen und unmenschlichen regimes, sie erleiden eine permanente unterdrückung in der das leben, die ehre und die freiheit des menschlichen wesens keinen wert mehr haben; seit 8 jahren hat ein ungerechter krieg den iran in eine wahre hölle verwandelt, und die bevölkerungen der verbrannten städte und auf dem land leben in jedem moment des tages in der angst, die ziele der bomben und luft-boden-raketen zu sein.

die iranischen frauen leben in einer permanenten und erdrückenden erniedrigung; sie haben nicht das kleinste recht in der islamischen republik; die iranischen kinder, anstatt in die schule zu gehen, werden auf die minenfelder geschickt und die schuler und studenten werden beim ausgang der schuleinrichtungen aufgegriffen, um zur front geschickt zu werden.

der umfang der vernichtung der materiellen und moralischen kraft des iranischen volkes auf den fronten, unter den bomben und raketen, in den gefängnissen und auf den hinrichtungsgeländen des regimes ist entsetzlich; die armut, der hunger, die arbeitslosigkeit, die prostitution und die drogenabhängigkeit sind die einzigen errungenschaften in 10 jahren diktatur diese anti-volks regimes; die iranischen arbeiter schuften den ganzen tag unter den bomben, unter unmenschlichen arbeitsbedingungen, für armutslöhne.

das reaktionäre und terroristische regime der islamischen republik wird durch die völker, die arbeiter, die bauern und die intellektuellen gehaßt, die nur eine parole im mund haben: "nieder mit khomeiny!"

ihr kennt genau diese unlegbaren tatsachen, aber die klasseninteressen, die sozialen vorteile und die riesigen profite, die durch die konzerne und multinationalen realisiert werden, das heißt durch die imperialistische bourgeoisie eurer länder, dank der waffenverkäufe, durch die plünderung der natürlichen reichtümer bis zur ausbeutung der arbeitskraft der iranischen arbeiter und der anderen beherrschten völkern, zwingen euch dazu das kapitalistische und terroristische regime von khomeiny zu unterstützen, koste es was es wolle, das geht so weit daß ihm in der repression der iranischen revolutionäre und kommunisten geholfen wird.

diese konter-revolutionäre rolle des französischen imperialismus gegen das iranische volk ist nicht neu, denn er hat während all den jahren, auf seiten des amerikanischen imperialismus, ökonomische beziehungen, zu den verschiedenen marionettenregimes, die im iran an der macht waren, unterhalten. er hat stets diese diktaturen unterstützt, mit dem ziel seine interessen zu sichern und zu entwickeln. seine rolle ist vor allem sehr bezeichnend in der unterstützung der konter-revolutionären kräfte, die es geschafft haben die demokratische und anti-imperialistische bewegung des iranischen volkes in den jahren 1978-79, in die falsche richtung zu bringen. jeder erinnert sich daran daß der ayatollah khomeiny im herbst 1978 durch die französische regierung empfangen wurde, und diese spielte eine entscheidende rolle auf seiten anderer imperialistischer mächte, wie die vereinigten staaten, deutschland und japan, in der ersetzung des schahs durch khomeiny. so beschreibt ebrahim yazdi, der in dieser epoche einer der nahen mitarbeiter von khomeiny in neauphle-le-chateau war, die ereignisse in seinem buch: "kurz vor der reise des französischen präsidenten nach guadeloupe, bat der ayatollah ghotbzadeh zu versuchen ob der präsident während der konferenz auf das problem des irans hinweisen würde. (konferenz der industrialisierten länder, die in guadeloupe am anfang des jahres 1979 organisiert wurde). "ghotbzadeh, der dem französischen präsidenten das projekt des imam schon mitgeteilt hatte, damit er es studiert und entscheidungen trifft, richtet sich an das außenministerium der ihm nach einigen stunden eine positive antwort gab, der präsident würde während der konferenz in guadeloupe auf das problem des irans hinweisen, und er hat das projekt studiert das mitgeteilt wurde... und der imam dankte dem französischen präsidenten für seine stellungnahme während dieser konferenz..." (buch von yazdi, seite 98). er fährt fort: "giscard d'estaing sagt: wenn der schah bleibt, wird der iran in einem bürgerkrieg untergehen. die französische regierung hat entgültig entschieden auf den schah zu verzichten..." (den bürgerkrieg zu verhindern, das heißt die revolution im iran, ist somit die ständige sorge aller französischen verantwortlichen!) er schreibt zum ende: "während der konferenz in guadeloupe, haben sich die staatschefs der vier großen länder der welt über die ausscheidung des schahs geeint" (seite 95).

Natürlich hat herr giscard d'estaing unglücklicherweise "vergessen" diese episode in seinem letzten buch zu erzählen.

aber schauen wir uns an was giscard und die anderen imperialistischen staatschefs 1979 dazu geführt hat, eine solche entscheidung zu nehmen. was befürchteten sie?

in den jahren 1978-79 lehnten sich die iranischen arbeitermassen, die arbeiter, die bauern und die anderen entrechteten schichten der gesellschaft gegen die diktatur der pahlavis auf, die seit 60 jahren herrschte. diese dynastie benutzte schon den islam um das iranische volk in der rückständigkeit zu halten und um jede entwicklung eines progressiven und revolutionären gedankens zu verhindern, dies um eine starke militärische, ökonomische und politische abhängigkeit des landes gegenüber dem imperialismus aufrechtzuerhalten; sie unterstützte die verbreitung einer dekadenten und chauvinistischen kultur, die mit dem islam gefärbt war. trotz der riesigen repression die durch die savak (politische polizei des schahs) und die armee ausgeführt wurde, trotz der verstärkung der folter, der hinrichtungen und massaker von demonstranten, gelang es dem schah-regime nicht mehr die weite bewegung des volksprotests einzudämmen. die imperialistischen mächte brauchten eine sichere alternative zum pahlavi-regime, die fähig war die anti-imperialistische bewegung des iranischen volkes einzudämmen, da diese anfang die anderen völker im nahen-osten zu beeinflussen. sie brauchten ein regime das fähig war, die revolutionäre bewegung brutaler zu unterdrücken, den aufstieg des kommunismus zu verhindern und die imperialistischen interessen abzusichern, indem das kapitalistische system im iran nicht angerührt wurde. giscard fand diese alternative, als er das "projekt" von khomeiny studierte. so kam es, wie es einer der hohen befehlshaber der armee des schahs ausdrückte, "daß ein amerikanischer oberst den schah am schwanz nahm, wie eine tote ratte, und ihn aus dem iran warf".

direkt nach seiner machteinführung fing khomeiny mit der repression der anti-imperialistischen bewegung an, mit der hilfe der reste der savak und den kommandanten der kaiserlichen armee, die bereit waren mit ihm zusam-

menzuarbeiten, dank den ratschlägen des generals huyzer, rechterarm des generals haig, befehlshaber der NATO in brüssel (für mehr informationen, siehe "meine aufgaben in teheran" des generals huyzer, das buch von sullivan, us-botschafter in teheran, und die bücher von yazdi und bazargan, architekten der islamischen republik). die politischen organisationen, die gewerkschaften, die roten arbeiter- und bauernräte, sowie die progressiven zeitung, wurden verboten und ihre verantwortlichen und aktiven mitglieder wurden verhaftet, inhaftiert oder hingerichtet. die pasdarans und die banditen des hezbollah griffen die gymnasien und die universitäten an, sie verhafteten, massakrierten und richteten die progressiven und revolutionären lehrer und studenten hin. die schergen des regimes veranstalteten riesige bücherverbrennungen in der straßen, mit tausenden progressiven und wissenschaftlichen büchern.

die kaiserliche armee griff den kurdistan an, diesmal im namen des islam und unter der führung von banisadr, um das kämpfende kurdische volk zu vernichten, das seit vielen jahren und wie die anderen unterdrückten völkern des irans, gegen den persischen chauvinismus kämpfte. die städte und dörfer dieser gegend wurden mit napalm bombardiert und die bevölkerungen wurden massakriert.

das arabische volk des khuzestan erlitt dasselbe tragische schicksal nach dem angriff, der durch die pasdarans und die streitkräfte der islamischen republik organisiert wurde, und dies unter der führung des admirals madani, oberster offizier der armee des schahs, und der seitdem "henker des arabischen volkes" genannt wird.

die iranischen frauen, die einen wichtigen anteil an der revolutionären bewegung genommen hatten, waren seit monat märz 1979 die ersten opfer des islamischen regimes. ihnen wurde jede beteiligung am sozialen und politischen leben vorenthalten; tausende weibliche lehrer, ingenieure, ärzte... wurden erniedrigt und gezwungen zuhause zu bleiben. die gefängnisse des regimes waren voll mit kämpfenden frauen. die praxis der steiligung und der geißelung findet noch immer statt. ohne die strafen zu rechnen, wie die verbote zu arbeiten oder zu studieren, wegen dem verstoß gegen die islamische tracht. die arbeiterfrauen sind die klasse der iranischen gesellschaft die am beschämendsten ausgebeutet wird und die die größte ungerechtigkeit erleidet.

seit dem monat februar 1979 wurden mehr als 50 tausend gegner hingerichtet oder sind unter den folter gestorben. tausende sind verschwunden. mehr als 150 tausend politische gefangene verkommen in den grauenregenden gefängnissen der islamischen republik. diejenigen die widerstand leisten oder die sich weigern kollaborateure und reuige zu werden, werden am ende ihrer strafe hingerichtet, oder sterben viel früher unter der folter.

sofort nach den ersten monaten seiner errichtung, war das regime mit riesigen ökonomischen und politischen problemen sowie mit einem immer größer werdenden volksprotest konfrontiert, er suchte einen ausweg um das gleiche schicksal wie das des schahs zu verhindern. der krieg mit dem irak war das beste mittel um die krisenmomenten zu verstecken und um sich zu stärken, indem die massen um die parolen "der verteidigung des vaterlandes und des islams" mobilisiert wurden.

man bemerkt die konstante präsenz des französischen imperialismus, vom ausbruch des krieges zwischen den zwei ländern und während der ganzen zeit seiner dauer. in der tat, ein krieg eines solchen ausmaßes hätte nie beginnen können, oder weitergeführt werden können, ohne das einverständnis und die taktische unterstützung der imperialistischen mächte. die letztgenannten konnten, unter dem vorwand dieses krieges, ihre militärische präsenz in der gegend des golfes verstärken, im rahmen ihrer konkurrenz um die einflußzonen. dieser krieg hat ihnen erlaubt die ausdehnung der iranischen revolutionären bewegungen in der gegend zu verhindern und hat die anti-imperialistischen bewegungen der gegend geschwächt, unter anderem die der palästinensischen und libanesischen völker und hat das zionistische regime gestärkt.

dieser krieg hat den iranischen und irakischen völkern nur tod, vernichtung, armut und krankheit gebracht. aber er war eine riesige profitquelle für eure banken und waffenkonzerne. er hat mehr als eine million tote unter den bevölkerungen der zwei länder verursacht, tausende kriegsbeschädigte, kriegsgefangene und kriegsflüchtlinge, ohne unterkunft und die seit 8 jahren unter den schlimmsten existenzbedingungen in behelfsmäßigen räumen leben. die ökonomische und industrielle infrastruktur des landes wurde im größten teil zerstört und zahlreiche städte sind nur noch einen haufen ruinen. die nervlich bedingten krankheiten der städtebewohnern, die durch die angst der bombardierungen und der raketenschüsse verursacht wurden, werden diese bevölkerungen, und vor allem die kinder, während zahlreichen jahren beeinträchtigen.

der größte teil der verantwortung dieser lage trägt der französische imperialismus. dritter waffenexporteur der welt, hat er zwischen 1980 und 1987 für mehr als 11,5 milliarden dollar waffen an den irak verkauft und für milliarden dollar waffen an den iran. diese zwei länder haben schon mehr als 400 milliarden dollar für die kriegsbedürfnisse ausgegeben. fast die gesamtheit der erdöleinnahmen dieser zwei länder kommt wieder in den taschen der multinationalen und der waffenkonzerne zurück.

seit 8 jahren haben mehr als 40 länder, und hauptsächlich die vereinigten staaten, die sowjet-union und frankreich, milliarden dollar an profit durch die waffenverkäufe verwirklicht, während 45 milliarden iraner und 14 milliarden iraker zwischen dem tod und der armut schweben, um die gier eurer kanonenhändler, euer waffenindustrien, auf die ihr so stolz seid, zu befriedigen: dassault, thomson,

aérospatiale, matra, snpe, luchaire, manhurin, trt, usw.... die französische ökonomie wurde auf eine solche art und weise organisiert, daß wenn die regionalen kriege aufhören würden, mehr als 300 tausend arbeiter arbeitslos würden. ihr seht wie eure ökonomie sich auf der armut und dem tod von milliarden menschenwesen auf der ganzen welt, stützt.

keiner von euch, der so schnell war sich über die hinrichtung eines todeshändlers wie der general audran zu empören, reagiert wenn einer seiner komplizen, guy chevalier, franzose, leiter der cnpe, general-sekretär des sprengstoffkonzerns, am 4. februar 1984 erklärt: "die RDX-bestellungen sind vollständig für 1983 und es gibt bestellungen für 1984. aber es gibt politische risikos, das heißt daß der krieg zu ende geht!" ihr geht mit dem zynismus sogar so weit daß ihr die ehrenlegion an daniel dewawrin verleiht, direktor von luchaire, traurig berühmt für seine granatlieferungen an den iran, und ihr sperrt die französischen militanten ein, die sich über den tod von audran glücklich schätzen! eure zärtlichen gewissen empfinden mitleid für die frau und die kinder eines todeshändlers, aber wer von euch hat einen gedanken für die hunderten toten kindern die man aus den ruinen herausholt, ruinen die durch die raketen entstanden sind, die er verkauft hat?

die massiven waffenverkäufe genügen den banken und multinationalen nicht, die schätzen daß die iranischen arbeiter noch nicht genügend ausgebeutet werden! deshalb haben die aufeinanderfolgenden französischen regierungen alles getan um die diplomatischen beziehungen mit dem iran wiederaufzunehmen. der neue botschafter des irans war knapp aus dem flugzeug gestiegen, daß horden von französischen kommerziellen delegationen, mit säftigen projekten und verträgen in der tasche, nach teheran führten. diese schakale sind dabei sich in den iranischen ministerien zu drängeln, wer am besten das blut der iranischen arbeiter aussaugen wird, wer die verträge für den wiederaufbau der städte, der straßen und der fabriken erhält, die durch den krieg zerstört wurden...

seit 10 jahren hat sich die ökonomische abhängigkeit des irans gegenüber den westlichen ländern nur verstärkt. mehr als ein drittel der devisen des landes werden für den import von basislebensmitteln gebraucht. die iranische industrie, die hauptsächlich aus elementen besteht die im ausland hergestellt werden, wäre ohne den import von rohstoffen blockiert, aber es ist vor allem der sektor der handwerklich hergestellten produkte der am meisten von den imperialistischen ländern abhängig ist, besonders der länder der ocde. die iranischen kapitalisten, die die vermittler im import von produkten und den imperialistischen kapitalen spielen, werden durch die gesetze der islamischen republik geschützt, die es ihnen erlauben das proletariat und die iranischen arbeiter schamlos und mehr als sonst auszubeuten und auszuplündern. die löhne sind extrem niedrig und die preise sind ohne verhältnis zu den löhnen, dies führt dazu daß 80 % der bevölkerung einen lebensstandard hat der sich unter der minimalen stufe befindet.

das regime der islamischen republik ist dabei die aufgabe gewissenhaft auszuführen, die ihr zugefallen war: das demokratische und anti-imperialistische trachten des iranischen volkes unerbittlich zu bekämpfen, das lager der reaktion und des zionismus in der gegend zu verstärken, das kapitalistische ausbeutungssystem und die imperialistischen interessen im iran zu schützen. aus diesen gründen, trotz dem anschein, ist die islamische republik einer der besten verbündeten des imperialismus in der gegend des nahen osten.

unter diesen bedingungen ist es die pflicht jedes revolutionärs, jedes kommunisten, die waffen zu nehmen und dieses regime zu bekämpfen. der kampf der iranischen arbeiter und revolutionäre ist sozial und historisch legitim... er ist legitim, weil er sich darauf versteht dieses ganze leid, dem krieg, der armut, der arbeitslosigkeit, dem hunger ein ende zu setzen. er ist legitim weil er auf die befreiung des iranischen volkes und der unterdrückten völker der gegend abzielt, die alles aufgrund des krieges und des terrorismus des khomeiny-regimes verloren haben, und die nur ihre ketten zu verlieren haben.

ehe wir abschliessen, möchten wir einige bemerkungen zu euren "mensenrechten" machen. es ist wichtig, wenn man die propaganda sieht, die um die feier der zweihundert-jährigen französischen revolution im nächsten jahr organisiert wird, zu sehen was wirklich von der menschenrechtserklärung übrig bleibt, die eine der größten errungenschaften des französischen proletariats war. nach dem artikel 35 dieser erklärung, die im jahre 1793 verfaßt wurde, ist der aufstand die notwendige und heilige pflicht des volkes wenn ein staat die rechte eines volkes mit den füßen tritt.

wir fragen euch also: gibt es noch den anschein eines zweifels, über die tatsache daß die menschenrechte systematisch und alltäglich im iran verunglimpft werden? gibt es noch jemanden der nicht weiß, daß die politische macht die heute in iran herrscht, die rechte des iranischen volkes, auf allen ebenen, mit den füßen tritt, und daß es ein tief reaktionäres und unmenschliches regimes ist?

aber hat das gericht, während unseres ersten prozesses, etwas anderes getan als zu erklären, daß der aufstand gegen eine kriminelle diktatur, die die rechte des volkes systematisch und alltäglich verunglimpft, eine kriminelle tat darstellt? wir sind also neugierig zu wissen, was ihr wirklich feiern werdet. die revolution oder die diktatur? lenin hatte recht als er sagte daß die bourgeoisie in der epoche der französischen revolution diese parole (artikel 35) angenommen hatte, um sie später besser zu verraten.

auf jeden fall haben wir selber, jetzt schon seit fast

zwei jahren, ausführlich die tragweite eurer "menschenrechte" messen können: anlässlich unserer verhaftung, wurden wir während vier tagen in den unter-geschossen der DST durch eure politische polizei gefoltert. sie haben die köpfe mit plastiksäcke umhüllt, die jede atmung unmöglich machte, wir wurden beschimpft, auf alle teile des körpers geschlagen, gezwungen auf den knien sitzen zu bleiben oder stehen zu bleiben, wir haben den knebel erlitten, schelnhinrichtungen mit den revolver, wir wurden mit der ausweisung unserer freunde und unserer familien in den iran bedroht, um durch das khomeiny-regime hingerichtet zu werden. die mitglieder unserer familien wurden durch die politische polizei und den justizapparat als gel-seln genommen. zwei jahre später wurde die mutter unserer genossin, als sie aus den prozeß ihrer tochter herauskam, körperlich durch die schergen der politischen polizei in der u-bahn durchsucht. andere freunde die an unserem prozeß teilgenommen hatten, wurde bei der erneuerung der aufenthaltskarten durch die agenten der DST bedroht. in euren gefängnissen haben wir monatelange isolation erlitten, wochenlange strafzellen, wiederholte verlegungen von einem gefängnis in das andere, monatelange sprechzimmer-verbote, das blockieren und die zensur unserer post. nach jetzt fast zwei jahren inhaftierung beschlag-nahmt ihr, ihr die die meister der menschenrechte seid, jede post die nicht auf französisch ist, unter dem vorwand daß die übersetzung zu teuer ist! wir erlitten und erleiden permanente schickanen in euren gefängnissen wenn wir gegen den verbot der zeitschriften und veröffentlichungen in "fremder" sprache protestieren! die moralistische und materielle armut, die wir in euren gefängnissen beobachten konnten, ergibt ein recht trauriges bild eurer demokratischen gesellschaft und eurer menschenrechte!

wir schließen damit ab, indem wir sagen daß, trotz allem, wir fest davon überzeugt sind daß die französischen ar-beiter und revolutionäre dieses landes uns unterstützen und mit unserem kampfe solidarisch sind, und das ist das was für uns wichtig ist. wir wissen daß wir auf die soli-darität aller völker und der proletarier der welt, mit dem kampfe des iranischen volkes für die freiheit und die wahre demokratie, die proletarische demokratie, für den sozialis-mus, für eine brüderliche, menschliche und freie gesell-schaft zählen können.

ES LEBE DIE REVOLUTION !
ES LEBE DER KOMMUNISMUS !

azita monachipour
djaber kalibi

paris, den 1. juli 1988



DIE WETTE DER ILLUSIONEN **frédéric orlach**

wird der tag endlich kommen, wo jemand laut und klar schreien wird: "wählt nicht, vorallem wählt nicht, nie mehr!?"

denn wenn es stimmt, daß durch zu viele erforschen des abgrunds, dieser sich in uns verankert, so scheint die betrachtung der demokratie ebenso die am wenigsten ent-fremdeten seelen mit ihrer unergründlichen mittelmäßigkeit zu durchdringen.

mit welch angeblicher debatte will man uns tatsächlich einkreisen, wenn das transparent "wahlperiode" an die tür des politikergartens angeschlagen wird? wir werden also aufgefordert zwischen wahlzetteln zu wählen, und welch mitreißende wahl!

ein barre und ein chirac, die nur die korpulenz unterschei-det. eine rechte die nicht den mut ihres ebenbildes hat, und die nie etwas anderes als die liberalste tendenz der sozialdemokratie war, sie optiert also für ein bißchen weniger staat, während die linke tendenz der selben so-zialdemokratie ein bißchen mehr staat befürwortet.

ein lajoinie, dessen wahlresultate nur das ergebnis der barmherzigkeit der mitfühlenden menschen sein werden, wenn man den beklagenswerten zusammenbruch einer partei sieht, dessen verhältnis zum kommunismus vergleichbar ist wie der canada dry mit dem champagner. zusammenbruch in form von opportunismus, ungeschickter demagogie und der langen tradition der bloßstellung dieser partei; denn es geht darum zu wählen um zu erlauben daß einige PCF-minister die politik der PS ausführen, so ist es besser direkt die PS zu wählen, dies spart zeit und politisches jonglieren.

ein waechter, der so mitreisend und neuerungssüchtig ist wie ein provinznotar, der eine gesellschaftswahl mit einem technischen vorzug verwechselt und für den das hygienische gleichgewicht des ausbeutungsrahmens vorrang über die ausbeutung selbst hat. es wäre für ihn nicht unlogisch vorzuschlagen, daß jeder polizist mit einem sack (unbehandelter) sägespänen ausgestattet wird, um die fehler abzudecken.

ein juquin, anwerber der PS, der im dienst der sozialdemo-kratie die willensschwachen zivilen rechte, die zu sehr verteilt sind, der linksradikalen einfangen geht, die sehn-süchtigen des 68iger mythos und anderer radikal-reform-isten, unvergängliche schweinemücken der ewigen linken.

ein le pen, der sehr weit von der radikalität eines faschis-mus entfernt ist, der ihm durch die wahnvorstellungen der humanisten zugeschrieben wird, die nach teufel suchen. seine formelle donnerstimme steht letztendlich nur im dienst eines vermischten reaganismus des poujadismus.

eine lagullier und ein lambert, mit der sympathischen protestierenden leidenschaftlichkeit, von denen man nur sagen kann "sie sind sehr brav, die armen..."; ein bißchen verzweifelt jedoch durch die schwierigkeit, die die extrem-linke diesmal hätte, eine "PC-PS regierung ohne bürgerliche minister" zu fordern, nach dieser alten tradition die die linksradikalen dazu treibt, (entschlossen) nach omeletts ohne eier und gefängnisse ohne glitzer zu fordern.

letztendlich, ein obszöner mitterrand, entgültig obszön durch seinen unveränderlichen persönlichen machthunger, der zwanghaften aufbau seiner künstlichen olympischen persönlichkeits, ohne anderen sinn und grund als geschäfte-hudeleien und unordnung, alter krabbe aller kolonialis-tischen kriege, aller imperialistischer erfahrungen seit vierzig jahren; es gibt keine einzige niederträchtigkeit die durch dieses land gegen die völker der welt ausgeübt wurde, die nicht durch ihn geführt oder unterstützt wurde. meister aller kategorien der allianz, der brutalsten repres-sionen bis hin zu den schlimmsten demagogischen ablen-kungen und der scheinheiligsten verwertungen von verrate-ten illusionen. wenn er eines tages vor gericht erschei-nen wird, wird es einfach für ihn sein seinem lieben léon blum treu zu bleiben und, wie dieser im prozeß von riom, seine großen erfolge in der verwaltung der interessen der bourgeoisie, in der manipulation der gewissen, in der handhabung der illusionen zu erklären, um alle arbeiter- und volkskämpfe besser zu entschärfen und dann zu zersetzen.

von maurras, "léon blum, das ist der mensch der zu er-schießen ist!", bis aragon "feuer auf léon blum", gab es zeiten wo verschiedene gewissen frei sein wollten und wo die parole, die schreie, die wut, die hoffnungen nicht im ekelhaften, meergrünen, abstoßenden ablaufrohr der "demokratischen" übereinstimmung untergingen.

aber, der schrei hört auf, der schrei verliert sich, den schrei gibt es nicht mehr und es gibt die graue zeit der unterwerfung und des klagens, unter der gewalt eines republikanischen monarchen, eines bürgerlichen königs, des ehrgeizigen bastards der aus dem koitus zwischen louis-philippe und machiavel entstanden ist, der paarung von herrn thiers und diesem greisen, der in diesem land zu unumgahbaren statue des kommandeurs erklärt wurde, charles de gaulle.

jeder kennt im voraus das resultat dieser wahlen, die die letzte etappe des sehr dialektischen mitterrand-projek-tes aufzeigen werden: these, die machen der linken sozial-demokratie; anti-these, das rechts-linke zusammenleben, und nun kommt die synthese, die allgemeine angleichung in der "mitte", die am günstigsten für die falschen ab-wechslungen, in aller ruhe, zwischen einer großen partei mitte-rechts und einer großen partei mitte-links sein wird, an sich zwei sich vollkommen ergänzende tendenzen dieser "einzigen partei der bourgeoisie", die marx schon ankün-digte, und die wenigstens die nützliche wirkung haben wird, die letzten parlamentaristischen illusionen verschwin-den zu lassen.

so soll man also aufhören uns mit diesen lächerlichen wahlbetrug zu behelligen, es gibt sogar keine spieleiden-schaft mehr gegenüber solch einer mittelmäßigkeit, in dem es keinen einzigen einsatz oder sogar verfälschte debatte gibt; diese leute haben sogar keine taschenspieler mehr um uns vorzustellen, es ist sogar nicht mehr witzig. ohne die goldkörnchen der illusionen und der roten nasen der traummanipulationen, wäre die theaterbühne nur noch durch traurige schatten beseelt. man soll auch damit auf-hören das geld der steuerzahlenden zu verschwenden; vereinfachungen sind möglich und notwendig, sie würden eine genauere tragweite der wahl über die konkrete realität dieses landes widerspiegeln, und sie würde es der logik der universellen wahl erlauben, bis zu ihrem ziel zu ge-langen.

ich schlage also vor, daß einzigartige wahlzetteln eingeführt werden, auf denen man dann gleichzeitig den lotto, die pferdewette, das fernsehprogramm und die wahlen ankreu-zen kann.

es wäre zeit zu verstehen, daß die bürgerliche revolution, die vor zwei jahrhunderten begonnen hat, heute beendet ist. sie hat ihre aufgaben ausgeführt - ob man sie jetzt für gut oder schlecht hält, steht hier nicht zur frage-die die geschichte ihr zugeteilt hatte.

damit die herrschaft der händler erscheint und sich durch-setzt, damit der gott geld siegt, war die "demokratie" notwendig; heute ist dies durchgeführt, beendet, abgerie-gelt. der parlamentarismus und alle formen der charakteris-tischen demokratie, die formellen freiheiten, ohne die sich die ausbeutungsfreiheit nicht vollständig realisieren könnte, all dies hat eine äußerste vollkommenheit erreicht, und die verschiedenen schwierigkeiten dieser funktionsweise können überhaupt nicht die illusion rechtfertigen, daß man andere demokratie-freiräume im rahmen dieses systems erobern könnte.

heute wird es dringend diese selte umzudrehen, dieses kapitel zu beenden und die geschichte mit einem atem von neuen rechtmäßigkeiten zu machen. es ist unerläßlich mit der herdenübereinstimmung, um den republikanischen und "demokratischen" schwindel herum, zu brechen.

umgestaltungen sind nicht mehr möglich. eine neue gesell-schaft muß aufgebaut werden, und dies kann nur durch die radikale zerstörung der alten gesellschaft geschehen, durch den umsturz der alten werthe, die schaffende und zerstörende befreilung der lebensnotwendigen kräfte, die heute entfremdet, verdrängt und unterdrückt werden.

die einzige alternative ist von jetzt ab der bruch. einen radikalen bruch, ohne kompromiß; einen unversöhnlichen bruch, die die naivität, die einzig und allein den aufstän-

dischen seelen die kühnheit gibt, die schönsten utopien zu träumen, mit der klaren gewalt der sonnenmacht und diese authentische kraft die aus unseren träumen die reali-tät aufbauen wird:

REVOLUTION !

SCHAFFT EIN, ZWEI, DREI... TAUSEND GEDANKENPO-LIZEIEN !

erklärung von Frédéric Orlach während seines berufsungs-prozesses am 8. juni 1988.

zuerst muß ich die bedingungen anprangern, unter denen dieser prozeß stattfindet. ich habe mich freiwillig zu den vorladungen des untersuchungsrichters begeben, und dann zu den ersten gerichtssitzungen dieses prozesses. wenn ich zur letzten gerichtssitzung der 17. kammer hätte er-scheinen können, wäre ich dann zu einer gefängnisstrafe verurteilt worden? die justizgewohnheiten zeigen, daß dies natürlich nicht der fall gewesen wäre.

also hat man zu einer list gegriffen, um die bedingungen einer gefängnisverurteilung zu schaffen.

kurze zeit vor der gerichtssitzung, die mich verurteilt hat, hat man mich unter vollständig absurden vorwand verhaftet. es wurde eine große werbung um diese verhaf-tung gemacht, natürlich aus reinen wahlgründen, und man hat der presse absolut falsche, erlogene informationen über erträumte elemente geliefert, die eine schwerwiegende anklage wegen krimineller angehörigkeit rechtfertigen sollten.

dies hat dazu geführt daß mir, direkt nach meiner ankunft in den justizpalast, eine neue justiz-niederträchtigkeit mitgeteilt wurde, die darin bestand daß ich plötzlich ein jahr gefängnis absitzen mußte, ein jahr gefängnis das ich vor mehr als 10 jahren auf bewährung bekam, und das weiter durch das berufsungsgericht, in anwendung des amnestiegesetzes von 1981, amnestiert wurde. dieses amnestiegesetz, das durch euer parlament gewählt wurde, wird also in meinem fall für nichtig erklärt. dies ist eine kompetenzüberschreitung, die in den justizannalen dieses landes, noch nie dagewesen ist.

wenn ich davon spreche, dann ist es weil dieser kontext wichtig ist, und daß er sich jetzt radikal verändert hat. heute ist der vorwand dieser inhaftierung vollständig ent-larvt, die anklage die die inhaftierung begründet hat, steht nicht mehr aufrecht, und der untersuchungsrichter hat überigens jeden haftbefehl zurückgezogen. ich werde also nicht mehr für diese absurde anklage inhaftiert, die man künstlich, auf eine schwefelige art und weise, aufbauen wollte.

all dies ist extrem schlimm, denn ohne diese politische justizfalle hätte ich frei vor der 17. kammer erscheinen können, und es ist klar daß man mich dann nicht zu einer festen gefängnisstrafe verurteilt hätte. mit solchen vülgären wahlpropagandamanövern versucht man im voraus diesen prozeß zu fälschen, und den notwendigen kontext, für solch eine schwere verurteilung, künstlich herzustellen.

wie die person von kafka, joseph k., weiß ich noch immer nicht genau, weshalb ich angeklagt bin. es scheint, weil ich, irgendwie, ein ketzer sein soll. also, da dieser prozeß uns in die fröhlichen zeiten der heiligen inquisition zurück-bringt, bleiben wir dieser tradition treu und opfern wir uns der religion der geständnisse: ich gebe zu daß ich kommunist bin, daß mein leben ein ziel hat: die revolution, und deshalb schätze ich es richtig, dringend, daß es einen sehr radikalen bruch mit dem gibt was ihr verteidigt, das ganze system der herrschaft, der unterdrückung, der ausbeutung, der ungerechtigkeit, das momentan herrscht. also ein bruch mit euren werten, eurer legalität, eurer moral.

kommunismus, revolution... dies scheint überaltet und totalitär, oder nicht? diese hoffnung hat jedoch immer die gesamtheit der geschichte der menschheit durchlaufen und heute noch wird sie durch hunderte von millionen menschen auf 3/4 des planeten geteilt. die einstellungen derjenigen die vom ende der geschichte sprechen, die fröstelnden aposteln der "soft-ideologie" und der überein-stimmung, derjenigen die nur die abdankung gegenüber der geldherrschaft predigen können, die verleumdung jedes befreienden willens und jeder historischen hoffnung, all derjenigen dessen gedankenarmut die hoffnung der völker nur auf das schreckgespenst gulag zurückführen können: all dies ist unwichtig, eine bedeutungslosigkeit die mich nicht einen millimeter vom weg der geschichte abbringen wird.

die bekanntschaften sind gemacht, und ihr könnt jetzt wenigstens in einem punkt versichert sein: ich werde nicht versuchen euch vor eure widersprüche zu stellen, indem ich von ausdrucks- und meinungsfreiheit sprechen werde, oder indem ich euch darauf hinweise daß sogar niemand im chile von pinochet ins gefängnis geworfen wird, weil er sich geweigert hat den tod eines soldaten, oder eines generals, zu bedauern. ein soldat der in der ausübung seiner funktionen gestorben ist, und der beruf eines soldaten ist der krieg. der general jeannou lacaze, oberbefehlshaber der französischen armeen, hat übrigens die hinrichtung von general audran als "kriegstat" bezeich-net. ich werde nicht der verteidiger der demokratie und des rechtsstaat sein, den ihr repräsentiert, da ich sein gegner bin.

es geht nur darum daß ihr einfach diese frage beantwortet: wenn wir, die revolutionäre, die faschisten und die ras-sisten angreifen, indem wir sagen daß es keine freiheit für die feinde der freiheit geben kann, dann werden wir des "totalitarismus" bezichtigt. könnt ihr im gegenteil aus dieser anklage entkommen, indem ihr denkt, wie ihr es anscheinend tut, daß die demokratie den ausdruck der-jenigen verbieten muß, die ihr als feinde derselben demo-kratie betrachtet? denn es geht genau darum. der staats-anwalt, vor der 17. kammer, beendet er seine anklagerede nicht mit der äußerung: "die demokratie braucht Frédéric Orlach nicht ausdrücken zu lassen?"

oder eure schwäche, und der kleine glaube den ihr in eurer legitimität besitzt, daß ihr den ausdrück meiner äusserungen derart fürchtet, daß ihr nur mit dem gefängnis antworten könnt, mit einer verurteilung die es wenigstens seit dem algerienkrieg noch nicht gegeben hat?

in der ersten instanz, bestand die anklage gegen mich aus verstellbaren tragflächen. zuerst hat man gesagt daß ich die hinrichtung des generals audran gerechtfertigt hätte, indem ich ihn als internationalen waffenhändler angeprangert hätte. vor der 17. kammer habe ich ausführlich erklärt warum dieser general direkt für den tod von hunderttausenden menschen verantwortlich sei, als leiter der angelegenheiten im verteidigungsministerium, also, wichtigster waffenlieferant in verschiedenen konflikten auf der ganzen welt, und besonders erster lieferant des iraks, mit dem was das bedeutet: man spricht von einer million toten in diesem krieg, der sorgfältig durch die interessen der kanonen- und erdölhändler unterhalten wurde. das ist der leider nur legale teil der geschichte, der es erlaubt von händler zu sprechen, d.h. im alten sinn des begriffs, der den händler bezeichnet. aber das wort schmuggler hat ebenfalls einen mehr vertraulichen sinn, vollständig ungünstig, wenn er sich auf einen illegalen handel beruft. und der general audran befand sich ebenfalls in diesen rahmen.

der allgemeine aufseher der armeen, jean-francois barba, ist für mich nichts anderes als ein terrorist, genau so wie jeder militär im dienst des französischen imperialismus. ich gehe jedoch davon aus, daß ihr ihn nicht wie ich, als einen abscheulichen "terroristen" betrachtet. und ihr habt recht, ich kann euch versichern daß wir keine komplizen sind, und daß wir keine kriminelle vereinigung bilden. seine kriminelle vereinigung nennt sich französischer staat. was sagt der general aufseher barba in seinem bericht vom 6. juni 1986, der vom verteidigungsminister, andré giraud, bestellt wurde, und der sich jedoch auf eine belustigende art und weise erlaubt hatte, gegen mich klage einzureichen, weil ich die selbe sache gesagt hatte wie er?

im kapitel II seines berichts wird gesagt, daß der direktor des vorstands der internationalen angelegenheiten im verteidigungsministerium, über die betrügerischen exporte der gesellschaft luchaire in den iran, in kenntnis war.

im kapitel III steht daß audran mündliche anweisungen von h. dubos, kabinettndirektor des ministers hernu, bekommen hatte, um die betrügerischen genehmigungen, die der gesellschaft luchaire gewährt wurden, zu vereinfachen. im gleichen kapitel wird enthüllt daß der admiral lacoste, verantwortlicher der DGSE, den general audran am 18. mai 1984 getroffen hatte, um ihn gegen den laufenden schmuggel zu warnen, doch ohne resultat.

in seinen schlußfolgerungen, kapitel IV, erklärt jean-francois barba, daß nur sehr wenige leute innerhalb des verteidigungsministeriums über die einstellungen des kabinetts hernu, die die betrügerischen exporte in den iran begünstigt haben, beschied wußten, außer des hauptingenieurs blanc, hauptvertreter für die bewaffnung, und der hauptingenieur audran, direktor der internationalen angelegenheiten.

es ist also klar, daß ihr mich nicht wegen der verherrlichung der hinrichtung audran anklagen könnt, weil ich ihn als waffenhändler bezeichnet habe - so als ob die tatsache waffenhändler, seine hinrichtung rechtfertigen würde. denn wenn dies der fall wäre, müßtet ihr den hauptaufseher barba aus dem selben grund verfolgen. dieses argument der anklage ist vollständig erlogen und muß somit beseitigt werden.

andererseits stellt die anklage, die gegen mich gerichtet ist, meine äusserungen auf eine tendenziöse art und weise dar. der untersuchungsrichter, nach einem aufmerksamen hören der sendungsaufnahme von europa 1, um die es geht, hat nicht verfehlt dies vorherzuheben und hat folgerichtig die lautschrift meiner äusserungen verbessert. das heißt, daß ich mich zu keinem moment über den tod des generals audran gefreut habe; ich habe schon oft gesagt daß ich mich nicht über den tod eines menschen freuen könnte, auch wenn ich natürlich eine politische meinung darüber haben kann. ich habe mich sogar nicht über den richtigen oder falschen politischen charakter dieser hinrichtung geäußert; man hat mich das übrigens nicht gefragt, dies ist nur ein politisches problem, und es ist nicht der platz hier um darüber zu sprechen. das was ich einfach gesagt habe, während eines gesprächs über die aktualität des moments, ist daß ich den tod dieses generals nicht "bereue", daß ich nicht darüber weinen würde. den tod von jemanden nicht zu bereuen, bedeutet nicht die art und weise zu verherrlichen, wie diese person gestorben ist, und ich habe es nicht getan.

bedeutet das fehlen von bereuen, daß man etwas verherrlicht? da einige eine besonders seltsame vorstellung von der französischen sprache zu haben scheinen, müssen wir zum wörterbuch greifen. was ist ein bedauern? das folgende kann ich im "kleinen robert" lesen:

1.-"zustand eines schmerzhaften bewußtseins, der durch den verlust eines guts verursacht wird". das kann hier nicht der fall sein: dieser general gehörte mir nicht. die französische armee ist nicht meine armee, genau so wie die gesamtheit der institutionen der französischen republik, zu der ich mich auf keine fall als bürger zähle, ich bin deren gegner und ich verwerfe genau so ihre rechte wie ihr pflichten. wenn ihr diese nationalität zurücknehmen wollt, die ich irrtümlicherweise im alter von achtzehn jahren bekommen habe, dann könnt ihr es tun, und ich werde mich darüber glücklich schätzen, denn euer sogenanntes land der menschenrechte zeigt mit solchen meinungsprozessen, die absolut grotesk sind, was eure scheinheiligen prinzipien wert sind.

2.-"unzufriedenheit oder verdruß (diese oder jene sache) in der vergangenheit getan, zu haben. schuldgefühl. reue." nach meinen kenntnissen wäre es schwer mir irgendeine verantwortung in der hinrichtung des generals audran zuzuschreiben, da ich mich während seines todes im gefängnis befand. also kann dieser art von bedauern mich nicht betreffen.

also, auch wenn ich eines tages bei der durchfahrt eines leichenwagens spucken würde? was gar nicht zu meinen gewohnheiten gehört. steckt man die leute heute deswegen in das gefängnis? diesmal gehen wir von kafka zu orwell über, wir sind mitten in "1984". einen solchen prozeß zu rechtfertigen, macht es legitim und sogar notwendig ein ministerium der wahrheit und einer gedankenpolizei zu gründen. dieses gericht wäre dann dem sekretariat der gefühle angebunden, dem büro der todesfälle und der vorgeschriebenen fröhlichkeiten!

aber ich habe vorher auf die inquisition hingewiesen. ich hatte unrecht, auf jeden fall teilweise. wenn das ziel dieses prozesses das gleiche ist wie das der prozesse der inquisition, indem es darum geht zu verteuflern, gefühle und meinungen zu kriminalisieren, so gibt es doch einen wesentlichen unterschied, die ehemaligen inquisitoren beriefen sich auf eine transzendenz, die eurer institution vollständig fehlt. sie beriefen sich wenigstens auf gott: ob man daran glaubt oder nicht, hat schon seine bedeutung. während ihr nur durch eine erlogene exegese, die an den haaren herbeigezogen wurde, durch meine äusserungen geführt werdet, durch den einzigen grund der politischen verbissenheit die gegen mich geführt wird; zuerst auf der basis von konkreten tatsachen, dann für schriftstücke, und jetzt für einfache worte die vor einem mikro ausgesprochen wurden, bald für die träume und die gedanken die ich heutenacht haben werde.

deshalb war die inquisition stark und konnte siegen, deshalb, trotz der tatsache daß ihr ihr beispiel folgen wollt, zeigt dieser prozeß nur eure schwäche auf, eure zerbrechlichkeit, die so groß ist daß ihr die worte eines politischen gegners, eines dissidenten, letztendlich eines ketzers, fürchtet, dessen verrat und abschwörung weder für heute noch für morgen sind, denn diese unermessliche schwäche eurerseits, so wie das meine verurteilung wegen meinungsäußerung, wegen gefühlverbrechen aufgezeigt, kann nur den unvermeidlichen charakter eurer niederlage ankündigen.

ich werde damit abschließen, aber ohne zu vergessen daran zu erinnern daß die anklagen, die dazu geführt haben, daß ich heute hier bin, durch den ehemaligen verteidigungsminister, andré giraud, erlassen wurde, es ging darum die ehre der französischen armee zu verteidigen, eine ehre die durch die tatsache in frage gestellt wurde, daß einer ihrer generale als waffenschmuggler bezeichnet wurde. man will also daß ihr das auf meinen rücken tut, die aufgabe ist schwer! denn um diese armee zu respektieren, müßte man sie zumindest respektieren können, aber seit jahrzehnten sehe ich kaum gelegenheiten, in denen sich die französische armee auf eine ehrenvolle art und weise verhalten hätte. die letzten ereignisse geben mir auf eine tragische art und weise recht. massenverhaftungen, die zerstörungen von wohnungen, folter, massaker, hinrichtungen ohne gerichtsverfahren von kriegsgefangenen, in kanaky ist die französische armee als das erschiene was sie ist: eine bande von blutgierigen söldnern, ohne glaube und ohne gesetz, kriegskriminelle, kriminelle gegen die menschheit.

also fragt man euch die flagge zu waschen, die dreckige wäsche dieser kriminelle, der kanonenhändler, des niederträchtigsten und deckigsten handels, der widerlichsten geschäftshudeleien, aller verbrechen gegen die menschheit, die im namen der staatsräson begangen wurden. wenn ihr diese dreckige wäsche unbedingt waschen wollt, dann tut es, aber ich hoffe für euch daß ihr euch nicht fürchtet eure hände noch ein bißchen dreckiger zu machen.

BEITRAG DER AFAPP (ANGEHÖRIGE UND FREUNDE DER POLITISCHEN GEFANGENEN) AUF DER VERANSTALTUNG IN PARIS AM 12.04.1988

Sobald die Konfrontation zwischen den Revolutionären und dem Staat den Grad erreicht hat, daß die Repression intensiviert wird, die Gefängnisse sich mit Militanten füllen, wird es notwendig, daß ihre Angehörigen und Freunde sich draußen organisieren. In ganz Europa, vor allem in Spanien, Deutschland, Belgien, Italien, Portugal konnte man in den 70er Jahren erleben, wie zahlreiche Assoziationen von Angehörigen und Freunden der politischen Gefangenen entstanden sind. Ihr Handeln war oft entscheidend bei der Unterstützung der Kämpfe der gefangenen Militanten und für die Möglichkeiten, die sie hatten, ihre politische Identität und Arbeit zu behaupten.

Man könnte sich jedoch fragen, welchen Sinn es hat, in einem Land wie dem unsrigen von politischen Gefangenen zu sprechen. Denn die westlichen Länder haben eine demokratische Fassade aufgebaut, die die Realität ihres Funktionierens im Inneren vergessen lassen soll. Aber für die Afapp geht es darum, über die Realität zu sprechen und nicht über die Fassade, die die man als konsensuell qualifizieren kann, weil sie die Fundamente der Autorität des Staates nie in Frage stellt. Dennoch, die Fundamente ermöglichen es genauer wollen diese "Auswüchse" rechtfertigen, wie es die "Schönheitsfehler" der Polizei und alle Angriffe auf die Rechte der Staatsbürger sind. Täuschen wir uns nicht: die Schönheitsfehler der Polizei, die Angriffe auf das Recht zur Verteidigung, die illegalen Festnahmen, die mißbräuchlichen Inhaftierungen, der Druck auf diejenigen, die den gefangenen Militanten nahestehen, nicht zu vergessen die politischen Morde gehören zum Wesen des Staates. Letzten Endes handelt es sich nicht um Schönheitsfehler der Polizei: die Polizei ist eine Repressionskraft, die sich nicht um die Menschenrechte schert. Ohne so weit zu gehen, die Schönheitsfehler der Polizei als ihre normalen Aktivitäten zu bezeichnen, muß man feststellen, daß sie aus ihrer eigenen Sicht nicht als anomal angesehen werden...

Kehren wir also zum Begriff politischer Gefangener zurück. In einem Land wie Frankreich davon zu sprechen, hat offensichtlich nicht die gleiche Bedeutung wie in den Diktaturen, denen so viele Länder im Süden des Planeten unterworfen sind. Dennoch ist die Bezeichnung Assoziation

von Angehörigen und Freunden der politischen Gefangenen keine Provokation. In diesem Land gibt es nämlich zahlreiche Gefangene, die offensichtlich politische Militanten sind und die nur wegen ihrer revolutionären Aktivität ins Gefängnis gebracht wurden.

Diese polizeilichen und juristischen Praktiken, die Militante ins Gefängnis bringen sind weder unschuldig noch unkontrolliert. Die Gerichte bei den Prozessen von Militanten sind nur noch Protokollierungskammern von Entscheidungen, die höheren Ortes getroffen wurden. Währenddessen wird gleichzeitig die Polizei immer aktiver.

Aber es müssen auch einige Worte zu den Medien gesagt werden. Als Gehilfen der Justiz lenken sie die öffentliche Meinung und versuchen die Entscheidungen der staatlichen Macht zu rechtfertigen. Indem sie den Weg vorgeben, die Verdienste der Repression rühmen und nicht zögern, Desinformation zu verbreiten, zeigen die Medien klar, daß sie mit der staatlichen Macht im Bunde sind. Sie sind nichts weiter als die Relais für ihre Lügen.

Der einfache Fakt, bei einer solchen Desinformation von politischen Gefangenen zu sprechen, hat schon eine Wirkung in sich: gegen den Konsens vorzugehen und an bestimmte peinliche Wahrheiten zu erinnern.

Die gesamten politisch-juristischen Praktiken und die der Medien, Praktiken die reichlich antidemokratisch sind, stützen sich auf die Staatsräson. Sie ist überall, diese Staatsräson! In den Büros der Richter, der Redaktionschefs, in den Gerichtssälen, den Gefängnissen, den Isolationstrakten, beim Abhören der Besuche, überall. Selbst wenn sie sich zu viele Rechte herausnimmt, ist sie nur ein Alibi, das gegenwärtig nur zu oft herangezogen wird. Wenn die Staatsräson ihr dreckiges Maul zeigt, dürfen wir nicht mehr nur diskutieren und alles akzeptieren.

Aber die Revolutionäre haben niemals die Absicht gehabt, ihr Aktionsfeld auf das zu beschränken, was ihnen der Staat anbietet. Natürlich, politische Aktionen als kriminelle Aktionen hinzustellen, ist eine Waffe, über die die staatliche Macht verfügt. Das wußten unsere Freunde, die heute im Gefängnis sind. Die Afapp ihrerseits kann weder die Aktionen der verschiedenen revolutionären Gruppen beurteilen noch sich an ihnen beteiligen.

Jedoch die Angehörigen und Freunde der politischen Gefangenen fühlen sich durch ihre Verhaftung betroffen. Und übrigens auch eine Anzahl von demokratischen und humanistischen Persönlichkeiten haben während des Hungerstreiks von AD ihre Bedenken angesichts der nicht endenden Einschränkung von Formen und Räumen für genehmigte oder auch nur geduldete politische Aktionen ausgedrückt. Und tatsächlich hat der Konsens über die innere Sicherheit in den westeuropäischen Ländern seit einigen Jahren zu einer drakonischen Einschränkung der Ausdrucksmöglichkeiten der Revolutionäre geführt. Der sogenannte Sicherheitskonsens zielt auf das Verbot jedes antagonistischen Ausdrucks. Das konzentriert sich z.B. in der Benützung dieses vagen Begriffs von Umfeld durch die staatliche Macht und die Medien, der auf der juristischen Ebene seine Entsprechung in der Anklage wegen krimineller Vereinigung findet.

Aus dem oben gesagten resultiert eine wachsende Zahl von politischen Gefangenen in der BRD, in Belgien, Spanien, in Italien aber auch in Frankreich: Kanaken, Guadelouper, Basken, Korsen, Action Directe, L'Internationale etc.

Wenn die revolutionären Gefangenen schon im Gefängnis sind, setzt die staatliche Macht ihr Bestreben fort, ihre politische Identität zu leugnen. Das alles ist logisch und es geht nicht darum, weder für die politischen Gefangenen selbst, noch für die Afapp, um irgendeine Anerkennung durch den Staat zu betteln. Nein. Doch die Genossen von AD haben ihre Position klar formuliert: das Kollektiv ist für sie eine Notwendigkeit, es ermöglicht ihnen und allen gefangenen revolutionären Militanten, ihre politischen Aktivitäten und Überlegungen weiterzuverfolgen. Die Afapp hat deshalb in ihre Plattform einige Forderungen aufgenommen, die eine bessere Arbeit der gefangenen Militanten ermöglichen sollen.

Man könnte uns noch vorwerfen, daß wir den Status für politische Gefangene nicht explizit in die Plattform unserer Assoziation aufgenommen haben. Doch dazu muß man wissen, daß die gefangenen Genossen untereinander sich über diesen Punkt nicht einig sind. Ihre Vorstellungen von militanter Arbeit innerhalb der Gefängnisse sind oft unterschiedlich. Es ist nicht an uns, ihre Praxis zu beurteilen. Die Afapp will sich als eines ihrer Mittel sehen, ist aber nicht Ausdruck einer einzigen Tendenz unter diesen Revolutionären. Die Afapp ist also keine politische Organisation in dem Sinne, daß sie über eine politische Strategie oder Theorie verfügt. Sie ist ein taktisches Mittel für einen umfassenden Kampf zu einem gegebenen Zeitpunkt. Es ist zweifellos überflüssig zu präzisieren, daß diese taktisches Mittel den Notwendigkeiten entspricht, die sich aus der Tatsache der Gefangennahme einer wachsenden Zahl von Militanten entspricht.

Der Name der Assoziation ist eine Bestätigung ihrer politischen Rolle. Tatsächlich, die Existenz solcher Gefangener in einem Land wie Frankreich vor die Öffentlichkeit zu bringen, ist eine eminent politische Aktion. Aber die Denunzierung von dem was ist, ist nicht das einzige Ziel der Afapp. Es geht vor allem darum, den gefangenen Militanten materiell zu helfen, besonders bei ihren Möglichkeiten, sich zu äußern, ihnen die Mittel zu geben, ihren Kampf fortzusetzen, indem ihre Verbindung mit der Realität draußen gesichert wird, sowohl für ihre Arbeit im Gefängnis als auch wenn sie irgendwann herauskommen.

Die Afapp ersetzt keine politische Gruppe, weil sie nicht die Absicht hat und weil das nicht ihre Rolle ist. Doch der Platz, den wir einnehmen, kann nicht von jemand anders ausgefüllt werden. Die besondere Absicht der Afapp ist es, die Angehörigen und Freunde der gefangenen Revolutionäre zusammenzuschließen.

Um alle diese Projekte gut umsetzen zu können, zählt die Afapp vor allem auf ihre eigenen Kräfte und wird alle Möglichkeiten nützen, die Informationen unter den

politischen gefangenen zirkulieren zu lassen. Das wird es ihnen möglich machen, sich untereinander zu äußern und nach draußen, selbst wenn ihre Praxis konkret verhindert oder schwierig ist durch ihre Gefangenschaft. Kurz: ihre politische Identität aufrechtzuerhalten, die Diskussion untereinander weiterzuentwickeln mit der revolutionären Bewegung in Frankreich und in Europa. Das alles sind neben anderen die Aufgaben der Affapp.

SOLIDARITÄT MIT NASSER HASSAN EL-ALI

Hassan Nasser El-Ali ging 1970 im Alter von 13 zur PLO. Ein Jahr später, nach der Ausweisung der fedajines aus Jordanien kämpfte Nasser ca. 10 Jahre in palästinensischen Einheiten unter der Führung von Abu Mussa an der Südgrenze des Libanon gegen die Zionisten... 1982 wurde er als Spezialist für anti-panzer-minen bei der Besetzung beiruts durch Israel von einer zionistischen Granate getroffen und schwer verletzt. Er zog mit dem größten Teil der PLO nach Tunesien, wo er im Lager Wadi el Zarka endgültig mit der Arafat-Linie brach. Danach kehrte er in den Libanon zurück und erhält dort 1986 die Anordnung nach Europa zu reisen, um sich von seinen Verletzungen zu wiederholen. Er trifft am 17.4. in Frankreich ein und beschließt am 28.4. nach Madrid zu reisen. Dort wird er am 26.6.86 am Flughafen verhaftet und beschuldigt eine Bombe in dem Koffer eines reisenden versteckt zu haben, der mit der israelischen EL AL nach Tel Aviv flog. Die Bombe explodierte auf dem Transportband des Madrider Flughafens und verletzte mehrere Personen, darunter den israelischen Sicherheitschef... aufgrund der Anschuldigungen eines anderen palästinensers, der offensichtlich mit der spanischen Polizei Beziehungen unterhält, wurde Nasser durch die Audencia Nacional (spanisches Sondergericht für politische Prozesse) zu 47 Jahren Knast verurteilt. Seine Anwältin geht davon aus, daß er in eine Polizeifalle geraten ist. Nasser ist einer der drei palästinensischen Gefangenen die in Spanien im Knast sind. Bis zu seiner Verlegung nach Puerto de Santa Maria (Cadix) war er im Knast von Alcala-Meco wo es eine Abteilung für politische Gefangene gibt, und wo sich die anderen beiden palästinensischen Gefangenen und Mitglieder aus ETA, GRAPO und PCR befinden. Er hat nach seiner Verlegung einen Hungerstreik geführt, um zu erreichen, daß die spanische Regierung ihn als politischen Gefangenen anerkennt und ihn in ein Gefängnis mit politischen Gefangenen interniert. Nasser: "die spanische Regierung hat die Verpflichtung mich als Kriegsgefangenen zu behandeln, weil ich ein palästinensischer Soldat bin, und gegen den israelischen Zionismus kämpfend gefangen genommen wurde" und "was ich will, daß man mich als politischen Gefangenen anerkennt und als solchen behandelt. Ich bin kein normaler Verbrecher, ich will während meines Aufenthaltes im Gefängnis studieren und diskutieren können, damit ich, wenn ich rauskomme weiter gegen die Zionisten kämpfen kann." Der Hungerstreik wurde nach ca. zwei Monaten, ohne daß die Rückverlegung durchgesetzt wurde, abgebrochen. Während des Streiks gab es Solidaritätshungerstreiks von den Gefangenen der ETA, GRAPO/PCR, BR und der palästinensischen. Außerdem eine Menge Solidaritätserklärungen und Veröffentlichungen in den Medien der Linken.

Der militante Palästinenser Nasser Hassan El Ali befindet sich seit dem 1. März im Knast von Puerto Maria im Hungerstreik, wohin er verlegt wurde, nachdem er zwei Jahre im Knast von Alcala-Meco verbracht. Dieser Revolutionär, der 1986 in Madrid verhaftet wurde, wird von der PSOE-Regierung eingesperrt, weil er gegen den Genozid seines Volkes kämpft. Er verlangt mit seiner Aktivität, daß man ihn in einen anderen Knast verlegt, in dem er mit anderen politischen Gefangenen zusammen sein kann, und daß die repressiven Mittel der Isolations- und Folter aufhören, denen er ausgesetzt ist.

Die spanische Regierung ist dabei, diesen kämpfenden Palästinenser in den Tod zu treiben, während sein Volk von den Zionisten massakriert wird.

Die Politik der Vernichtung der Israelis gegen die Palästinenser: Die Verhaftungen, die Folter, die hunderten ermordeten Kinder, Frauen und Männer des Volkes - wird ergänzt und vervollständigt durch die Arbeit der westlichen Regierungen, wie die spanische, welche die Unverfrorenheit und den Zynismus besitzen, sich als "Freunde und Verteidiger des palästinensischen Volkes" zu erklären. Sie "verurteilen" mit einer grenzenlosen Heuchelei ihre zionistischen Freunde, während sie sie gleichzeitig bei ihrer Arbeit an der Liquidierung der palästinensischen Revolution unterstützen.

In Solidarität mit Nasser und zur Unterstützung seiner Forderungen, haben die politischen Gefangenen, die im Knast von Alcala-Meco eingesperrt sind, seit dem 6.4. erklärt, daß sie im Hungerstreik sind. In diesem Moment ist es eine Verpflichtung für alle Demokraten und für alle Revolutionäre und für alle Völker Spaniens, unsere Solidarität und Unterstützung für die palästinensische Revolution zu aktivieren, durch die Unterstützung von Nasser.

Verhindern wir dieses Verbrechen der spanischen Regierung gegen das palästinensische Volk! Organisieren wir die Solidarität mit Nasser und dem palästinensischen Volk!

Politische Gefangene im Knast von Soria, 18.4.88

GEGEN DIE AUSLIEFERUNG VON MILAGROS Solidarität mit Milagros

Unsere Genossin Milagros Caballero Carbonella ist Opfer einer neuen internationalen Verschwörung zwischen den spanischen und französischen Polizeien und Gerichten, mit dem Ziel, sie aus den französischen Knästen direkt an die spanischen zu übergeben und sie lebenslanglich zu verurteilen.

Milagros, Militante der Grapo, wurde im Januar 1986 in Paris verhaftet und eingeknastet. Unter der Beschuldigung des Waffenbesitzes wurde sie zu 6 Jahren Gefängnis verurteilt und sitzt aktuell im Knast von Rennes. Die ganze Operation war, wie sie in ihrem in Paris vollzogenen Prozess denunzierte, der Schlußpunkt einer Serie von Schwindeln, die die französische Polizei gegen die spanischen Revolutionäre in ihrem Exil durchführt. Aber ihre Einknastung befriedigt die französischen Polizisten und Richter nicht, der französische Außenminister hat ihre Ausweisung verfügt, wenn ihr Urteil abgesessen ist. Ein Urteil, was aktuell im Rechtsstreit vor dem Staatsrat (wohl ne Berufung vor dem höchsten Gericht A.d.U) ist. Obwohl Milagros einen noch nicht entschiedenen Antrag auf den Status eines politischen Flüchtlings hat, ist nicht Gutes vorauszu sehen. Im April 88 haben die franz. Behörden die Eröffnung eines neuen Prozesses gegen diese gefangene Kommunistin gebilligt und warten somit auf das Auslieferungsgesuch der Audencia Nacional in Madrid, in dem ein Verhör durch einen spanischen Richter eingeschlossen ist.

Noch einmal mehr alarmierend an dieser Angelegenheit sind die falschen und willkürlichen Beschuldigungen, auf denen das Auslieferungsgesuch basiert: man beantragt, daß sie abgeurteilt wegen "Mord" (30 Jahre), wegen "Zugehörigkeit zu einer terroristischen Organisation" (12 Jahre), wegen "Besitz von Waffen" (6 Jahre). "Delikte", die alle im Zusammenhang stehen mit einer von der Grapo im Juni 1984 durchgeführten Aktion, bei der zwei Policías Nacionales in Madrid niedergeschossen wurden. Aber Milagros hat zu jener Zeit in Barcelona politische Aktivitäten als Militante der PCE/r gemacht, was die spanischen Richter und Polizisten ganz genau gewußt haben; die Audencia Nacional beschuldigt unsere Genossin, "die Aktion von weitem gedeckt zu haben", und zwar soweit, daß sie weder in der Grapo eingesetzt war, noch sich in Madrid befunden hat.

Es ist allen bekannt, wie die Richter der Audencia Nacional gegen die pol. Gefangenen vorgehen; im Fall daß ihre Auslieferung anerkannt wird, wird Milagros direkt in einen spanischen Knast befördert werden - nach einem 5 Minuten Prozeß, in dem sie ohne jede Überprüfung und nur mit dem Polizeigutachten, zu vielen Jahren Knast verurteilt wird. Das ist das Ziel, welches die franz./span. Formierung verfolgt.

Angesichts der engen Zusammenarbeit der europäischen Regierungen bei der gemeinsamen Verfolgung der Revolutionäre in allen Ländern, zu der sie sich treffen, wo sie sich begegnen, ergibt sich klar, wie die Haltung der franz. Richter sein wird.

Milagros wird die Liste der politischen Flüchtlinge vergrößern, die Frankreich an Spanien auf dem Weg der Dringlichkeit übergibt - mittels Auslieferung, oder direkt ohne größere gesetzliche Grundlage, so wie sie es in der letzten Zeit mit den baskischen, italienischen etc. Flüchtlingen machen.

Wenn die Möglichkeit besteht, einen ähnlichen Schlag aufzuhalten, dann ist dazu überzugehen, breit das Komplott gegen Milagros zu denunzieren, die franz./span. Kollaboration gegen die Revolutionäre; die Gerichtsfarce der Audencia Nacional. Und genauso auch uns mit ihr zu solidarisieren, um die franz. Richter wissen zu lassen, daß sie nicht allein ist und daß wir nicht wollen, daß Milagros nach Spanien zurückkehrt damit man sie zu lebenslanglich verurteilt, sondern daß sie in Sicherheit ist. Das ist unser Aufruf an alle Volkswiderstandsbewegungen, in Spanien wie in Frankreich und speziell an alle Solidaritätsorganisationen mit den polit. Gefangenen.

- Alle mit Milagros!
- Weder Ausweisungen noch Auslieferungen von polit. Flüchtlingen!
- Gegen den europäischen Polizei- und Rechtsraum - internationale Solidarität!

Politische Gefangene der PCE/r und der GRAPO,
im Knast von Soria
Mai 88

GEGEN DIE AUSLIEFERUNG VON MILAGROS!

Vor kurzen schickten wir euch eine Erklärung in der wir die Vorbereitung eines Prozesses gegen Milagros Caballero Carbonella denunzierten, welcher entscheiden soll ob der französische Staat, der durch das spanische Justizministerium ersuchten Auslieferung unserer Genossin nachkommt. Die letzte Neuigkeit ist, daß der Prozeß am 16. Juni durchgeführt wird. Wie ihr alle verstehen werdet, ist die Überstürzung bestimmt um zu verhindern, daß Milagros große Solidaritätsbeweise erhalten kann, und damit die Denunziation auf halben Wege abgeschnitten stehen bleibt, und an Effektivität verliert um die franz. Richter rechtzeitig unter Druck zu setzen. Es ist nicht so, daß wir der franz. Justiz und ihrer Kollaboration mit der span. Polizei groß vertrauen, eher gar nicht, aber wir sehen es als sehr wichtig an, daß sie erfahren, daß Milagros nicht allein ist und daß zahlreiche span. demokratische, antifaschistische und fortschrittliche Sektoren gegen diese Maßnahme der Auslieferung sind.

Zu diesem Zweck bitten wir euch, daß ihr in diesen Tagen die Erklärung veröffentlicht, die wir euch schon geschickt haben, oder andere Denunziationen die man machen kann, und ebenfalls, neben Initiativen jeder Art die euch einfallen, ein Beweis der Solidarität mit Milagros und des Protestes ist das Schicken von Telegrammen vor dem 16.6. an den Richter, der das Auslieferungsgesuch behandelt.

der Text könnte dieser sein, oder was ihr für zweckmäßig anseht: "wir solidarisieren uns mit Milagros und weisen das Auslieferungsgesuch der span. Behörden zurück" oder "keine Auslieferung von Milagros Caballero an Spanien" die Adresse an die man die Telegramme schicken kann:

Monsieur Choleux

Chambre D'Accusation de Rennes

wir danken euch für eure Solidaritätsbeweise und ermuntern euch weiterzumachen in der Verteidigung dieser Sache.

DENUNZIEREN WIR DIE AUSLIEFERUNG VON MILAGROS!

ES LEBE DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT!

politische gefangene der PCE/r und der GRAPO
im Knast von Soria, 2. Juni 1988

SOZIALDEMOKRATISCHE AUSLIEFERUNGSPRAXIS ZWISCHEN FRANKREICH/SPANIEN/ITALIEN IN KAMPF GEGEN DIE BR ZUR VERFÜGUNG GESTELLT

In Kürze soll der italienische Genosse Francesco Tolino von Spanien an Italien ausgeliefert werden. Die italienische Justiz beschuldigt Francesco der Mitgliedschaft der kämpfenden kommunistischen BR und der Teilnahme an dem Attentat gegen General Giorgieri am 20.03.87 in Rom.

Mit dieser Auslieferung zeigt die internationale Sozialdemokratie wieder einmal, daß ihr Kampf gegen Guerilla und Widerstand die eigenen internationalen Vereinbarungen und Gesetze aktuell von geringem Wert sind und faktische Aufstandsbekämpfung bevorzugt. Von Frankreich werden seit 1986 vermutliche ETA-Mitglieder ohne gesetzliche Grundlage und bisher ohne großen internationalen Widerstand an Spanien ausgeliefert. Ohne Einschaltung eines französischen Gerichts werden diese von französischen Bullen an die spanische Grenze verschleppt und der dortigen Policía Nacional übergeben. Dieser Praxis sind mittlerweile bereits 182 Etarras zum Opfer gefallen. Diese Praxis stellen jetzt Frankreich und Spanien auch anderen Ländern zur Verfügung.

Bis zum 7.11.87 nämlich saß Francesco in Frankreich im Knast (Gebrauch falscher Dokumente). Da zwischen Frankreich und Italien aber (noch) keine Auslieferungsabkommen besteht (zwischen Spanien und Italien besteht eins), wurde Francesco an diesem Tag von französischen Bullen und 2 italienischen "Bürgern", wie die Zeitungen schreiben, in Nordspanien den dortigen Bullen übergeben. Diese Verschleppung hatte keine anderen Sinn als den, Francesco in ein Land des Auslieferungsrechtes zu bekommen. Noch wagt Frankreich es nicht, politische Aktivistinnen in alle Länder direkt auszuliefern. Absprachegemäß stellte dann im Dezember 1987 Italien an Spanien einen Auslieferungsantrag, dem das spanische zuständige Gericht am 28.04.88 zustimmte. Von November 1987 bis April 1988 saß Francesco ohne Grund im spanischen Knast... (In Spanien wird Francesco weder gesucht, noch beschuldigt ihn der StA in irgendeiner Sache)

Noch ist Francesco wegen einer Eingabe seines Anwaltes, in der die rechtswidrige Verschleppung und grundlose Einknastung angeprangert wird, an die spanische Regierung noch nicht ausgewiesen. Von dort wird man aber keine für Francesco günstige Entscheidung erwarten können. Denn schon vorher hatte die spanische PSOE bereits der Auslieferung des BR-Militanten Umberto Passigatti, der auf gleichem Wege das erste Opfer der trilateralen Zusammenarbeit wurde, an Italien zugestimmt.

- Keine Auslieferung von Francesco!
- Freiheit für alle politischen Gefangenen!

ANLAGE ZU DEN RICHTERSAKTEN DES PROZESSES MOROTER

Als gefangene Kommunisten wollen wir beim Prozeß Moroter unsere Meinung äußern über die Aktion der Organisation Rote Brigaden für den Aufbau der kämpfenden kommunistischen Partei gegen den christ-demokratischen Senator Roberto Ruffilli, denn wir halten es für wichtig, alle revolutionären Kräfte und Initiativen zu unterstützen, die sich in Richtung Stadtguerillakampf für den Kommunismus bewegen.

Unserer Ansicht nach wird durch diesen Angriff einer der Punkte deutlich, an dem die Bourgeoisie ihr Machtssystem wieder anzupassen versucht, um sich sämtlicher Strukturen und Formen des Staates beim wirtschaftlich-politisch- und militärischen Integrationsprozeß des westlichen Imperialismus bedienen zu können.

Die sog. "institutionelle Reform", bei der die politischen Kräfte jeder Couleur gerade wieder an einem gemeinsamen Strang ziehen, ist ein notwendiger Schritt hin zur Anpassung der Regierungsstruktur an die Umstrukturierungsprozesse des italienischen Produktionssystems, die auf internationaler Ebene schon seit Jahren im Gange sind. Innerhalb des Konflikts zwischen Bourgeoisie und Proletariat wurde durch diese Aktion ein Beitrag dazu geleistet, die Bestrebungen politischer Stabilisierung und Zentralisierung der Entscheidungen in der Exekutive aufzudecken und die soziale Befriedung anzugreifen, die der Staat der gesamten Klassenstruktur aufzuzwingen versucht. Gleichzeitig wurde dadurch allen Kommunisten die Notwendigkeit deutlich gemacht, vereint am Wiederaufleben der revolutionären Perspektive zu arbeiten.

Sowohl in Italien, als auch auf internationaler Ebene hat sich in den letzten Jahren gezeigt, daß der Guerillakampf die einzige revolutionäre Strategie ist, mit der die allgemeinen Interessen des Proletariats gegenüber den sozialen kapitalistischen Verhältnissen unserer Zeit vertreten werden

können. Das haben die Aktionen der RAF, von Action Directe, der BR-PCC und anderer revolutionärer Organisationen, die in Griechenland, Spanien, Portugal und Irland kämpfen, in West-Europa deutlich bewiesen. Trotz des konterrevolutionären Angriffs, den der Imperialismus gegen das internationale Proletariat führt, ist es diesen Organisationen gelungen, den historischen Erfahrungsschatz des Bewaffneten Kampfes im gesamten europäischen Raum lebendig zu halten und sie haben begonnen, die ersten Schritte hin zu einer internationalen revolutionären Strategie in der Metropole vorzugeben und zu konkretisieren. Das ist eine unumstrittene Tatsache, durch die all diese defätistischen und nihilistischen Tendenzen, mit denen in den letzten Jahren versucht wird, die revolutionäre Bewegung zu zersetzen, in Frage gestellt werden.

In Italien werden heutzutage im Konflikt deutliche Anzeichen für ein Wiederaufleben des Klassenkampfes sichtbar, in erster Linie bei den Kämpfen einiger Bereiche der Arbeiter (der Stahlarbeiter in Bagnoli, Genua und anderer Pole, gegen den Abbau von Arbeitsplätzen, der im EG-Plan vorgesehen ist, bis zu den jüngsten Unruhen der Metallarbeiter bei Fiat und Alfa), bei den ausgedehnten Kämpfen der Arbeiter im Dienstleistungsbereich und bei der anhaltenden Mobilisierung gegen das Kernenergieprogramm.

Diese Entwicklung von Kämpfen, in denen sich, wenn auch nicht ganz eindeutig, Elemente der Klassenautonomie und Selbstorganisation der Klasse abzeichnen beginnen, ist immer stärker konfrontiert mit den Umstrukturierungsprozessen, die die Bourgeoisie und die multinationalen Unternehmen vorantreiben, um weltweit wettbewerbsfähig zu sein und um verglichen mit den Integrationsplänen des europäischen und internationalen Kapitals entsprechend gerüstet zu sein.

Für die Proletarier bedeutet all das mehr Ausbeutung, Arbeitslosigkeit und Kriminalisierung jeglichen antagonistischen Kampfes. Angefangen bei Schlagstockhieben bei Demonstrationen über Anzeigen für Streikposten und Teilnehmer von Straßenblockaden bis hin zu einem Angriff auf das Streikrecht.

Genau diese Auseinandersetzung läuft schon seit einigen Jahren in verschiedenen europäischen Ländern, getragen durch die einheitliche Bewegung der durch die kapitalistische Krise und Umstrukturierung hervorgerufenen Widersprüche. Auf dieselbe Art und Weise weitet sich der Kampf gegen die imperialistische Raub- und Kriegspolitik gegenüber dem Proletariat und den unterdrückten Völkern auf der ganzen Welt immer mehr über die verschiedenen Schichten des Metropolen-Proletariats hinaus aus.

Die nationale Dynamik innerhalb der einzelnen europäischen Staaten ist heutzutage eng verknüpft mit der internationalen Rolle, die diese im internationalen imperialistischen System spielen.

So wird auch durch die in den letzten Jahren vom italienischen Staat geführte Politik offenbar, welche Rolle und welche wirtschaftlichen, politischen und militärischen Interessen er in den verschiedenen Krisenregionen der Welt wirklich verfolgt.

In erster Linie zeigt sich das durch die Unterstützung der amerikanischen und zionistischen Politik im Nahen Osten, die sich gegen das palästinensische, das libanesische, das arabische Volk im allgemeinen richtet. Diese Politik äußert sich vor allem in den bilateralen Abkommen mit Israel im Rahmen des sog. "Kriegs gegen den internationalen Terrorismus", der aktiven Unterstützung der "diplomatischen Mission" von G.Schulz und somit in der planmäßigen Unterdrückung der revolutionären Organisationen und der Befreiungskämpfe in der Region.

Die "demokratischen Erklärungen" der Politiker und der italienischen Massenmedien, in denen die Massaker Israels im Gazastreifen und in Jordanien und die Morde des Mossad in Zypern und Tunesien verurteilt werden, dienen nur dazu, die Verantwortung des italienischen Staates neben dem amerikanischen und zionistischen Imperialismus zu verschleiern.

Des gleichen ist der italienische Staat mit seiner Flotte, seinen Raketen, seinen Bomben neben den USA und den anderen europäischen Staaten im Persischen Golf präsent, um eine gesamte Region zu befrieden die lebenswichtigen Interessen zu wahren und den westlichen Imperialismus durchzusetzen (Folge davon ist die Mitverantwortung für die Ermordung Tausender Kurden und das volle Einverständnis mit den gemeinsamen Kriegsoperationen der USA und des Iraks gegen den Iran...).

Andererseits wird die imperialistische Rolle Italiens und der anderen europäischen Staaten auch in anderen Regionen, wie am Horn von Afrika, in Süd-Afrika, Südostasien, Lateinamerika usw. deutlich.

Deshalb erkennt das internationale Proletariat immer mehr, daß auch der italienische Staat als Feind bekämpft werden muß, was die zahlreichen Anschläge gegen seine pro-amerikanische und zionistische Politik beweisen, die verschiedene internationale revolutionäre Organisationen in Italien und im Ausland verübten.

Aber das ist noch nicht alles. In Italien zeugten die Massenbewegungen von einer weit verbreiteten und ausgeprägten kritischen Haltung der Proletarier gegenüber der imperialistischen Politik des Staates. Deutliches Beispiel dafür sind die Solidaritätsaktionen mit dem Kampf des palästinensischen Volkes und der Völker Latein-Amerikas, gegen die Apartheid in Süd-Afrika, gegen die Einmischung im Persischen Golf, gegen die NATO, gegen die USA...

Das ist ausschlaggebend für die Bildung und Verwurzelung des anti-imperialistischen und internationalistischen Bewußtseins im Leben der italienischen Klasse.

Die beginnende Gleichzeitigkeit der Kämpfe und der revolutionären Prozesse ist augenfällig und unserer Ansicht nach ist das das wichtigste Merkmal der Auseinandersetzung dieser Epoche, weil die gesamte kapitalistische wirtschaftliche und soziale Ordnung gekennzeichnet ist von einer Menge gemeinsamer Widersprüche, die abgesehen von den spezifischen Besonderheiten in jeder Region auf der Welt vorhanden sind.

Bei der Interaktion dieser Kämpfe und ihrer internationalen Verknüpfung entstehen Prozesse für eine Klassenbildung völlig neuer Qualität, werden Voraussetzungen geschaffen

für die Bildung einer internationalen revolutionären Strategie, die zum Todfeind des Imperialismus wird.

Der antiimperialistische und internationalistische Kampf bleibt nicht länger bei reinen Solidaritätsbekundungen und bei der Unterstützung von Befreiungsbewegungen stehen, sondern wird mehr und mehr zu einem gemeinsamen Kampf des internationalen Proletariats gegen das imperialistische System als Ganzes.

In diesem Zusammenhang macht die Perspektive der anti-imperialistischen revolutionären Front, deren Festigung die Guerillaorganisationen in den letzten Jahren in West-Europa angestrebt haben, die gemeinsame Basis deutlich, auf der sich die Aktionen des Kampfes zu entwickeln beginnen und auf der sich das dialektische Verhältnis mit der Klassenbewegung und revolutionären Bewegung aufbaut.

Innerhalb dieser theoretischen und praktischen Entwicklung konkretisierte sich ein erster Schritt hin zur Organisation für den Angriff auf den Imperialismus als einheitliches System in West-Europa, indem die wichtigsten Konfliktbereiche für die Machtverhältnisse zwischen den Klassen erkannt wurden.

Angeichts dieser Voraussetzungen kann die kommunistische Avantgarde ihr Wachstum und ihre Praxis in dialektischem Verhältnis und innerhalb der Kampforganisationen und der am weitesten fortgeschrittenen Gruppen des Proletariats in dieser historischen Phase realisieren.

KÄMPFEN WIR GEMEINSAM FÜR DEN AUFBAU EINER BREITEN UND KONKRETEN DIALEKTIK UNTER ALLEN REVOLUTIONÄREN, DIE IN WEST-EUROPA, IM MITTELMEERRAUM UND AUF DER GANZEN WELT GEGEN DEN IMPERIALISMUS KÄMPFEN.

ENTWICKELN WIR DEN PROLETARISCHEN INTERNATIONALISMUS IM KLASSENKRIEG GEGEN DEN IMPERIALISMUS.

SOLIDARITÄT MIT DEM PALÄSTINENSISCHEN VOLK.

EHRE ALLEN IM KAMPF GEGEN DEN IMPERIALISMUS UND DEN ZIONISMUS GEFALENNEN PROLETARIERN UND ARABISCHEN REVOLUTIONÄREN.

Rom, 26. April 1988

Susanna Berardi
Vittorio Bolognese
Lorenzo Calzone
Luciano Farina
Natalia Ligas
Giovanni Senzani

DEN GERICHTSAKTEN DES MOROTER-PROZESSES BEIGEFÜGTE ERKLÄRUNG VOM 26. APRIL 1988

Am Samstag, den 16. April führten die Roten Brigaden einen Angriff gegen das Vorhaben De Mitas, die Machtverhältnisse und die Regeln des Staates neu zu formulieren. Dieses vorherrschende politische Vorhaben zielt darauf ab, die Zentralisierung der eigentlichen Macht mit einer scheinbar weitreichenden Demokratie in Einklang zu bringen.

Mit der Neu-Regelung des Staates will die Bourgeoisie die neuen "Spielregeln" in antiproletarischem Sinne sanktionieren, um im internationalen kapitalistischen Wettbewerb einen besseren Platz einnehmen zu können. Mit diesem, schon begonnenen Vorhaben soll eine Reihe von Veränderungen im Staatsapparat und in den Vertretungs- und Regierungsstellen durchgeführt werden, um die Entscheidungsmechanismen noch besser an die kapitalistischen Bedürfnisse anpassen zu können.

Die Zentralisierung der Machbefugnisse in der Exekutive und die Neu-Definierung "neuer" Regierungsinstrumente sozialer Widersprüche sind Anzeichen für eine politische Wandlung, die sich in einer historischen Phase vollzieht, in der die Bourgeoisie versucht, das Verhältnis zwischen den Klassen in jeder Hinsicht zu verändern, angefangen bei Verhandlungen über die Arbeitskraft bis hin zu ganz allgemeinen Aspekten des politischen Verhältnisses zwischen Proletariat und Staat.

Mit der sog. "institutionellen Reformen" will der Staat geeignete politische Bedingungen schaffen, um die antagonistischen Bewegungen des Proletariats besser einschätzen und kontrollieren zu können. Des weiteren sollen die besten politischen Voraussetzungen für die Rolle, die Italien immer aktiver auch als Grundpfeiler der Südflanke der NATO auf internationaler Bühne einnimmt, geschaffen werden.

Ein solches Vorhaben anzugreifen, ist daher die höchste Erfüllung des allgemeinen Interesses des Proletariats gegenüber der Bourgeoisie und ihren Staat.

DEN ANGRIFF GEGEN DAS HERZ DES STAATES FÜHREN

STÄRKEN WIR DAS PROLETARISCHE LAGER, DAMIT ES IM KAMPF GERÜSTET IST !

GRÜNDEN WIR ANTIIMPERIALISTISCHE ALLIANZEN ZUR STÄRKUNG UND FESTIGUNG DER ANTIIMPERIALISTISCHEN FRONT IN DER REGION !

UNTERSTÜTZEN WIR DEN KRIEG DES PALÄSTINENSISCHEN UND LIBANESISCHEN VOLKES GEGEN DIE IMPERIALISTISCHEN UND ZIONISTISCHEN UNTERDRÜCKER !

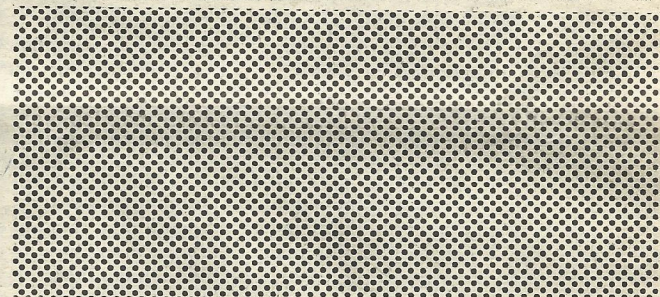
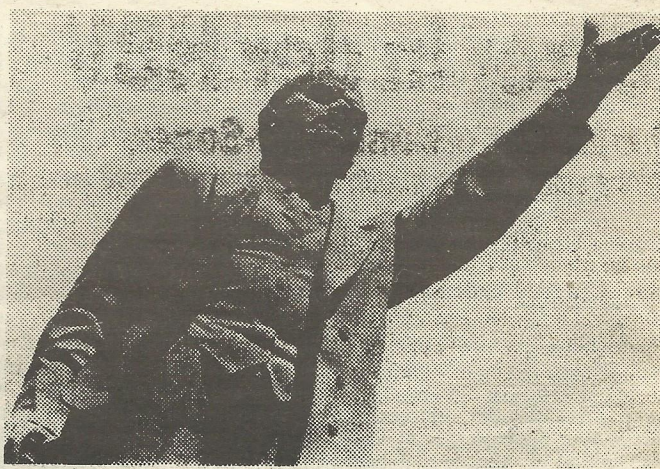
KRIEG DEM IMPERIALISMUS ! KRIEG DER NATO !

EHRE ALLEN IM KAMPF GEFALENNEN GENOSSEN !

Rom, 26. April 1988

Domenico Delli Veneri
Antonino Fosso

Alessandro Padula
Remo Pancelli



De Knipselkrant erscheint seit August 1978.

Themen: Antimperialistischer Kampf in Westeuropa, Antimilitarismus, Bullenapparat, Kampf der politischen Gefangenen, Counterinsurgency. Wir benutzen Erklärungen, Texte und werben weit über 150 Zeitungen aus ganz Europa aus. Unser Ziel ist die Verbreitung der gemeinsamen Diskussion. Informationen über Zusammenhänge, über die Vielzahl der einzelnen Kämpfe und Aktionen vermitteln die Stärke, die in der ganzen Bewegung steckt.

Als Kriterien sollten nicht die Formen des Kampfes oder der Radikalismus der Parolen dienen, sondern die politische Verwurzelung, die Position der Klasse, die reale militante Erfahrung bei den Massen, die Ernsthaftigkeit ihrer Überlegungen und der theoretischen Positionen. Kommunist zu sein ist kein Etikett, keine Proklamation und auch kein Seelenzustand. Natürlich will das auch sagen, daß es sich um eine bestimmte Form des Daseins, eine bestimmte Moral usw. handelt..., aber nicht nur das. Kommunist zu sein bedeutet ebenfalls zuallererst und im traditionellsten Sinne, will heißen, den Kommunismus zu wollen und dafür zu kämpfen. Und bis auf weiteres bedeutet, den Kommunismus zu wollen, etwas anderes als "Revolutionär sein", aber eine Revolution zu realisieren, im geläufigsten und eigentlichen Sinne des Ausdrucks, heißt, die Staatsmacht zu übernehmen (nicht ausschließlich natürlich, sondern auch und notwendigerweise). Marxist und Kommunist zu sein bedeutet also, unter anderen alltäglicheren und subjektiveren Dingen, die Staatsmacht zu übernehmen, für den Übergang die Diktatur des Proletariats einzuführen, den Kapitalismus zu vernichten.

Marxist zu sein bedeutet auch, sich auf die Klassenanalyse und auf Klassenpositionen zu stützen, das bestätigt sich theoretisch und in seiner Praxis, daß die Revolution nur durch eine revolutionäre Klasse ausgelöst werden kann, die die zuvor dominierende Klasse stürzt, um an ihrer Stelle ihre eigene Diktatur einzuführen, daß die Klasse, die die Revolution auslösen soll, das Proletariat mit seiner sozialen Avantgarde, welche die Arbeiterklasse und ihre politische Avantgarde die kommunistische Partei ist. Und selbstverständlich, außer man ist selbst ein petit-bourgeois oder Teil des Lumpenproletariats, wissen wir, daß das Proletariat kein ideologisches, politisches, subjektives und kulturelles Konzept ist, sondern eine präzise wirtschaftliche und soziologische Realität, die durch die Produktionsverhältnisse sehr genau und nicht anders bestimmt wird. Diese Verwurzelung ist nötig und sei es auch nur zur Sicherstellung der Erneuerung der Teile der Guerilla, der quantitativen Entwicklung ihrer Anhängerschaft, der Bildung kommunistischer Kader. Die Guerilla wäre ebenfalls zu einem riskanten Überlebenskampf sowie zu einer politischen und ideologischen Sklerose verdammt, einem Überleben, daß außerdem dann einzig und allein von den Unwägbarkeiten der Repression abhängig würde.

International trachten die Bullen wütend danach, Zeitschriften und Zeitungen, die die Politik der Guerilla und des antiimperialistischen Widerstands in Westeuropa transportieren, kaputt zu machen.

Diese Zeitungen haben eine wichtige Funktion, weil die Kommunikation über revolutionäre Politik in Westeuropa wichtig ist. Für die Entwicklung kommunistischer Perspektiven in den Metropolen ist eine revolutionäre antagonistische Praxis Mittel und Ziel, davor hat die Bourgeoisie Angst; über diese Praxis, über diese Analysen berichtet De Knipselkrant. Internationale Information und Diskussion ist notwendig, eine Voraussetzung, Theorie als Orientierung und Ansatz zum Handeln in einem dialektischen Prozeß mit der Praxis.

Schickt alles Material, das ihr für wichtig haltet - Erklärungen, Texte und anderes. Heutzutage ist es besser, wir bekommen Sachen doppelt als gar nicht.

Abonnement: 180 Gulden im Jahr inkl. Porto
Zahlungsmöglichkeiten: Ihr könnt eine beliebige Summe auf unser Postscheckkonto überweisen und wir schicken euch die Knipselkrant, bis diese Summe verbraucht ist. Mit einer der letzten Nummern kriegt ihr dann eine Zahlungserinnerung.
Zahlungswiese: Bar oder mit internationaler Postanweisung auf unser Postscheckkonto (Postscheckamt Arnheim).
Buchläden: erhalten 30% Rabatt bei Vorauszahlung auf unser Konto. Dieser Rabatt gilt für Bestellungen von mind. 5 Exemplaren.

De Knipselkrant, Postfach 7001, 9701 JA Groningen, Nederland, Postscheckkonto 4246655 (Postscheckamt Arnheim).

ZUR AKTION GEGEN DAS INSTITUT FRANCAIS AM 3.2.88 IN FRANKFURT

Vom 1. Dezember 1987 bis zum 26. März 1988 waren Gefangene aus Action Directe im Hungerstreik für ihre Zusammenlegung und die Schließung der Isolationsstrakte.

Seit dem 12.87 HUNGERSTREIK der Gefangenen aus AKTION DIREKTE für ihre ZUSAMMENLEGUNG und Schließung der Isolationsstrakte. ZUSAMMEN KÄMPFEN - FÜR DIE EINHEIT DER REVOLUTIONÄRE IN WESTEUROPA !

Wir sind ein Teil der Leute, die am 3. Februar 1988 in Frankfurt die Aktion gegen das Institut Francais gemacht haben.

Wir haben die Aufarbeitung der Aktion zum Teil so gemacht, daß jeweils Einzelne oder kleine Zusammenhänge die Erfahrungen und Diskussionen, die jeder/m am wichtigsten waren, aufgeschrieben haben. Wir wollten nicht versuchen alles in EINEN Text zu packen, weil sonst die Lebendigkeit untergegangen wäre. Und die kam viel daraus, daß wir zum Teil sehr unterschiedlich waren und davon ausgehend es (trotz der Unterschiedlichkeit) möglich war, einen gemeinsamen praktischen Schritt zu bestimmen und zu machen.

In den folgenden Texten sind Überschneidungen drin, zum Teil auch Wiederholungen. Aber wir denken, daß das nichts macht, weil es verschieden ausführlich oder auch jeweils von ner andern Ecke aus entwickelt ist. Die ganze Sache ist schon ziemlich lange her. Wir haben nicht früher geschafft aufzuhören immer wieder dran zu reden "was war uns wichtig", gleichzeitig hat sich der Anspruch ausgebreitet hier drin schon genau sagen zu können wie wir es uns weiter vorstellen, bzw. der Anspruch das zusammen zu entwickeln. Beides sind Formen von Festkleben an der Erfahrung, die wir zusammen gemacht haben. Wo es jetzt für uns so ist, daß wir von der gemeinsamen Erfahrung ausgehen können, es aber auch wieder neu drum geht, rauszufinden was jede/r denkt und will, wie wir das was wir angefangen haben konkret zusammen weiterentwickeln.

Sich aber in dem Ganzen - auch in den Diskussionen danach - Zusammenhänge für uns rausgebildet haben, die für unsere weitere Bestimmung und Praxis wichtig sind. Wir veröffentlichen das hier jetzt, weil uns die Auseinandersetzung mit anderen daran fehlt, bzw. wir wollen, daß ihr euch das so konkret wie möglich vorstellen könnt um es selbst anzuwenden und/oder Kritik/Fragen/Widersprüche dazu sagen könnt.

Jetzt zum Ablauf der ganzen Aktion und zu einzelnen Diskussionspunkten:

Wir haben zuerst die Bockenheimer Warte Nachmittags gegen 16.00 mit angeketeten, brennenden Autoreifen blockiert und gleichzeitig ein großes Transparent über die Straße gespannt. Das alles wurde von Leuten geschützt, die sich damit auseinandergesetzt hatten, Bullen oder Aktivbürger abzuhalten. (Insgesamt waren wir alle verkleidet, größtenteils mit Helmen, und ansonsten mit dem ausgerüstet was sich jede/r vorstellen konnte einzusetzen). Danach sind wir zum Institut Francais gegangen, einige sind rein und haben drinnen gesprüht und die Einrichtung soweit wie möglich zerstört, andere haben gleichzeitig davor eine Kundgebung gemacht und auch gesprüht. Wir hatten an 3 Zufahrtsstraßen drumrum Barrikaden aus quergestellten Autos aufgebaut um die Aktion im und am Institut Francais zu schützen und den Bullen klar zu machen, daß sie auf unseren Widerstand stoßen, wenn sie kommen. Als das Überfallkommando kam wurde es mit Leuchtschurmunition beschossen und traute sich darauf nicht weiter ran; wartete auf Verstärkung. Auch an diesen Barrikaden haben wir Transparente aufgehängt um unsere Aktion zu vermitteln. Von Anfang bis zum Schluß dauerte alles ca. 10 Minuten.

Für den konkreten Tag haben wir uns so organisiert, daß wir unsere Vorstellung von Anfang bis Ende durchführen konnten, und in jedem Moment die Initiative behalten. Deswegen hatten wir bis zum Schluß überlegt, wie der Rückzug zu nem bestimmten Punkt geht, an dem weitgehendst gesichert ist, daß für jede/n von uns die Möglichkeit besteht wegzukommen. Also nicht ne chaotische Flucht, bei der den Letzten die Hunde beißen. Dies war einer der wichtigsten und gleichzeitig schwierigsten Punkte.

Jetzt zu Fehlern, die wir dadrin gemacht haben und zu denen wir hier was sagen wollen:

1. Daß das zufällig aufgetauchte Feuerwehrfahrzeug von uns nicht zur Rückfahrt gezwungen wurde. Es stand an der ersten Barrikade und hat verhindert, daß die Reifen richtig zum Brennen kamen. Wir waren zu unentschlossen, weil wir nicht richtig wußten, was mit ihnen machen. Wir hätten uns aber die Zeit nehmen können, das kurz abzuklären. Wir findens richtig, wenn sie auf unsere Aufforderung, sich zurückzuziehen, NICHT reagieren, sie genauso anzugreifen.

2. Daß das Kommando am Ende zum Rückzug zu früh kam, wir es unter uns nicht mehr richtig im Griff hatten und dadurch Hektik aufkam. Wir insgesamt mehr Zeit gehabt hätten und somit auch mehr Ruhe unter uns hätten reinbringen können.

Wir wollten mit der Initiative Boden schaffen, von dem wir dann für weiter ausgehen können. Jede/r zu sich selbst, miteinander und in der Region.

Den Kreislauf von entweder drauflosmachen oder am Schreibtisch DIE Strategie entwerfen zu wollen, beenden und neues anfangen. Was uns - auch aus der ganzen Situation bei uns - wichtig war: offensiv im Denken und Handeln zu werden.

In unserer Auseinandersetzung war wichtig, daß wir das was wir machen wollen gegen die Bullen durchsetzen müs-

sen. Es war ein neuer Moment, kein "Hit und Run" (zuschlagen und schnell abhauen) zu machen, sondern eine ganz direkte Konfrontation einzugehen und von uns aus zu bestimmen. Als Diskussion und Entscheidung von allen, die Konfrontation so zu wollen und zu tragen, unabhängig davon was jede/r einzelne darin gemacht hat. (die Einen ganz direkt gegen Bullen und Aktivbürger, andere ins Institut rein, wieder andere Transparente, Sprühen usw.)

Der ganze Diskussionsprozeß, aus dem schließlich die Aktion hervorgegangen ist, war so, daß wir alle das entwickelt haben, politisch und praktisch, ohne daß wir jemals als Riesenhaufen zusammengewesen haben. Wo immer wieder die Diskussionen und Überlegungen aus den einzelnen Zusammenhängen zusammengetragen wurden, in der Vermittlung und Diskussion daran weiterentwickelt, und dann wieder zurückvermittelt wurden. Es war ein ständiger Kampf gegen technische und funktionale Strukturen, Delegiertenverhältnisse. Da wo wir als ganze Menschen drin waren (auch mit unsern Fragen, Unklarheiten, Widersprüchen...), egal ob wir im "eigenen" Zusammenhang geredet haben oder mit anderen, war es möglich, uns nicht einfach Ergebnisse zu vermitteln, sondern gemeinsam rauszukriegen wies gehen kann. Das war eine zentrale Bedingung dafür, daß wir schließlich in der kurzen Zeit handeln konnten.

Unsere Ziele waren, mit den Gefangenen aus Action Directe zusammen zukämpfen, das Kräfteverhältnis mit herzustellen und die Zusammenlegung in Westeuropa durchzusetzen und einen Schritt zu machen um als Widerstand Faktor in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu werden. Und so auch dahin zu kommen, zusammen mit der westeuropäischen Guerilla, den Gefangenen, den Militanten und allen, diesen Prozeß wollen, unsere Ziele durchzusetzen - Gegenmacht aufzubauen.

Darin wie der Kampf der Gefangenen aus AD und die Initiativen dazu hier und in andern westeuropäischen Ländern zusammengewirkt haben, hat sich konkreter abgezeichnet wie es werden kann in direkten Initiativen zusammen unsere Ziele durchzusetzen und gleichzeitig die Einheit der Revolutionäre in Westeuropa zu erkämpfen. Zu spüren, daß wir durch unsere Praxis selbst den Prozeß des Zusammenkommens mitbestimmen.

Wir begreifen die Broschüre hier auch als Teil für die Auseinandersetzung, die die Genoss/innen in der letzten "zusammen kämpfen" (Nr. 10) angefangen haben. Sie stellen darin Gedanken/Vorstellungen zur Diskussion, wie der Widerstand von sich aus die revolutionäre Front in Westeuropa mit aufbauen kann.

Wir finden darin Gedanken und Elemente wieder, die uns aus der Entwicklung und Durchführung der Aktion und aus den Diskussionen danach wichtig sind. Selbst initiativ werden, uns durchsetzen/zum Angriff kommen, regionale Prozesse aufbauen, die Vereinzelung und Fremdheit unter uns aufbrechen - Neues aufbauen. Für unsere nächsten Schritte können wir davon als konkrete Erfahrung ausgehen.

Wir reden hier für nen Teil von uns und zuerst, woraus für uns diese starke gemeinsame Initiative entstanden ist:

Die Situation in den Monaten vorher wurde für uns immer unerträglicher. Das läßt sich gar nicht allein in diesem Begriff "Defensive" fassen. Wie unsere Situation das ganze Jahr 1987 und auch schon vorher war, das war ne totale Diskrepanz zwischen Wunsch/Sehnsucht nach einem anderen Leben und unserer Wirklichkeit. Unsere Wirklichkeit war ne Entfremdung, die kaum schlimmer sein kann. Fast nix mehr hat gestimmt, wie wir waren, was wir gemacht haben und unsere Bedürfnisse. Alles Zwang, Anspruch und ne tierische Einsamkeit. Unser "Leben" bestand aus Terminen wie für andere der Beruf, die Schule... nur haben wir abstrakt über "politische Bestimmungen" geredet, abstrakte "Analysen" von Gesamtsystem, gesellschaftlichen Veränderung, Wirkung der Angriffe der kämpfenden Einheiten und der Guerilla 86... nur nicht über uns. Danach ist jede/r in sein Einzelloch gegangen und keine/r hat wirklich vom anderen und sich was rausgekriegt. Die Termine wurden immer mehr zur Legitimation und zum Schein "man will die Front", um die eigenen Realität zuzuschmieren. Allen gings total Scheiße und keine/r hat gesagt, was los ist. Eine Kälte untereinander, die alles abtötete. Die Monate waren geprägt von Ohnmacht der eigenen Probleme und so auch den Schweinen gegenüber.

Das mußte endlich aufhören. Was ist die "Sehnsucht nach einem anderen Leben"? Da ist etwas brutal in dir eingesperrt, was leben und kämpfen, ausbrechen will. Gefühle, Wünsche nach Leben, lieben, lachen, glücklich sein wollen, aber auf gar keinen Fall im imperialistischen Alltag, lieber tot. Nicht mehr die Einsamkeit, sondern mit anderen zusammenkommen im Kampf und kollektiv - aber wie? Zorn, Schmerz, Angst, Traurigkeit, Hass, alles eingesperrt. Keinen Bock mehr, sich selbst und andere in Schubladen reinzustecken, macht der oder die den Mund auf, aha, weißt du schon, was bei rauskommt, entweder sagt die oder der sowieso immer "das richtige", die oder der redet sowieso Scheiße und nicht von sich. Und ich bin so klein, doof, kann nichts und schon gar nicht von mir reden und die anderen denken das auch von mir, probierst es erst gar nicht. Das schreit nach Lösung und fäng im Sommer 1987 an: Wir müssen was ändern, so gehts nicht weiter. Was brauchen wir, was wollen wir; wie können wir gegen ihre Projekte intervenieren, wieder Kampf und Stärke entwickeln... Noch sehr abstrakt und zäh, aber rauskriegen wollen.

So fings an, wieder selbst in die Hand nehmen zu wollen. Die 17.10 Demo in Stuttgart war zwar keine Erfahrung von Stärke, aber seit langem wieder eine gemeinsame Erfahrung und daraus lernen wollen. Als die Gefangenen am 1.12. mit ihren HS angingen, hat uns das was mobilisiert, aber wir hätten beinahe wieder totgeredet: "Wir wollen nichts zu den Gefangenen machen, sondern selber", "nicht nur Solidarität", "wir wollen langfristig überlegen" und niemand wußte wirklich, was das ist... aber das Gefühl

überwog, mensch, du hast was mit den Gefangenen zu tun, die da jetzt so kämpfen, was mobilisiert dich dran; Da ist was eigenes. Jetzt bleib mal an dem dran, was dein Gefühl ist und fang an, dir Fragen zu stellen, die du auch beantworten kannst.

Wir können das jetzt so sagen:

Der HS der Gefangenen aus AD zeigt uns, was ne Menge mit uns zu tun hat. Wir woll(t)en nicht mehr Objekt der ganzen Scheiße und Zuschauer sein, sonst gehst du vor die Hunde, so existentiell war das für einige von uns. Endlich mal wieder zu spüren, daß du auch was kannst, auch wenn wir noch wenige sind - wir können das so schwer in Worte fassen - die Entschlossenheit, die wir von den Gefangenen mitbekommen, in dieser schwierigen Situation zu kämpfen: Knast/isoliert, in diesem Land, Frankreich, in dem es zwar Kämpfe in Schulen, Fabriken, Unis... gibt, aber getrennt von einander, revolutionäre, bewaffnete Politik noch schwach und isoliert ist - die Gefangenen aus AD setzen jetzt mit aller Kraft alles dran, sich und die Politik weiter durchzusetzen - unser Haß und Schmerz, nicht mehr gegeneinander und sich selbst reinziehen wollen, sondern unsere Bedürfnisse von Zusammenkämpfen und Leben, wie wir das wollen, ist für uns nur gegen die, die uns fertig machen wollen vorstellbar und zwar international, so gings und gehts uns. Das zeigen uns auch die Gefangenen mit ihrem Kampf jetzt und deswegen mobilisiert er uns.

Das war ungefähr die Ausgangssituation von Einigen von uns, als Anfang Januar der Vorschlag aufkam, gemeinsam ne Kundgebung machen zu wollen. Ein offensiver Schritt muß doch auch hier für uns mal wieder möglich sein! Unsere Situation und was wir ändern wollten, hängt eng damit zusammen, daß die meisten keinen Bock hatten, sich nur auf die Leipziger Str. oder sonstwohin zu stellen, eingekreist von Bullen, und nur was zu erzählen. Wie diffus auch immer am Anfang, wir wollten angreifen und mit einer gemeinsamen Initiative ein starke Wirkung erzielen.

Es war klar, all unsere Fragen können und wollen wir nicht auf großen Treffen reden. Wir haben uns dann in kleineren Gruppen zusammengesetzt u. bei uns fäng das so an, das wir stark nach unserem Gefühl gegangen sind, mit wem hast du Lust, wen magst du, mit wem denkst du deine Fragen, dein Chaos und alles reden und auflösen zu können. Das war zueinander zwar ganz unterschiedlich, manche kannten sich kaum. Das Wichtigste war, das zu nehmen was da ist, daß alle die Kundgebung wollen, da war ein starker Wille von den meisten, das jetzt zusammen hinzukriegen.

Wir haben das vorher noch nie so angepackt. Wir kamen aus der Enge, Kleingruppe, und Isolation u. auf größeren Treffen waren wir meist ätzend. Pausenlos Diskussionen, Tag u. Nacht in kleineren und größeren Zusammensetzungen u. die Versuche das so zu machen, wie es jeder braucht. Das ist uns nicht immer gelungen! Mal auf nem Haufen zusammengewesen, aber eigentlich keinen Bock mehr drauf gehabt, jetzt mit allen zu reden u. es trotzdem gemacht u. peng, die ganz Diskussion war Scheiße. Das war überhaupt immer das Schlimmste, nicht das Maul aufzumachen und zu sagen was los ist, sondern so zu tun als ob. Keine Schwäche, Angst, Unklarheit oder null-Durchblick zeigen, Rückzug. Aber du kennst das, u. weißt wo du damit landest.

Nee, also raus ausm Rückzug - Chaos, Fragen aufn Tisch, zwar nicht immer gemacht, aber wenn, das tat so wohl, du wolltest einfach nicht mehr dahin zurück, wo du herkamst u. jetzt das weitermachen, was du angefangen hast.

Und die Hilflosigkeit, vor jemandem zu sitzen - du erkennst dich in ihr/ihm wieder, ist nicht ehrlich und redet ganz fremd, bemüht sich aber total; obwohl du dich darin wiedererkennst, schnellst du nicht, was sie oder er meint, u. dann nein sagen zu müssen, selbst keine Kraft zu haben, dich darauf voll einzulassen, weil du im Moment selbst viele Fragen hast. Du brauchst grad jemand der dir Kraft gibt.

Wir hatten uns erst ziemlich spät dafür entschieden, was wir in der Aktion praktisch machen wollen. Zeitdruck, wir müssen noch total viel praktisch organisieren u. machen. Das geht so schnell, daß du dir in so ner Situation von Druck die Genauigkeit zueinander wegkippst - u. genau das haben wir gemacht.

Wir haben uns nicht mehr den Raum für uns genommen. Es kann sein, daß du trotz tagelanger z.T. intensiver Diskussion erst 5 Minuten vor 12 merkst, daß diese Konfrontation für dich oder jemanden anders nicht stimmt. Ob deine Zweifel stimmen oder nicht, läßt sich nur rauskriegen, indem du sie auf den Tisch packst, auch wenn man sie in so ner Situation evtl. nicht mehr zusammen auflösen kann.

Das nicht zu tun, daran hängen, daß für den o. diejenige die Konfrontation nicht stimmt - u. wenn dann was schliefgeht!!! Niederlage gemacht - u. das sind dann alle, die da nicht genau sind, wenn sowas läuft.

So wie das für uns war, ist es uns auch gelungen unsere abstrakte Scheiße zu durchbrechen und aufzulösen. Unser Ziel war, ne maximale Wirkung auch gegen die Verantwortlichen zu erzielen. Wichtig war uns, daß die Schweine mitkriegen, daß sie die Konfrontation nicht auf ein Land begrenzen können, es auch gegen sie losgeht, die Entwicklung, die sie so machen, wenn sich die Kämpfe bewußt aufeinander beziehen zusammenkommen "für die Einheit der Revolutionäre in Westeuropa" wie's auf einem unserer Transparente stand. Unsere Fragen waren: Was ist nen Teil von Druck gegen die Verantwortlichen? Was ist nen Teil von uns hinaus Wirkung in Frankfurt? Wie kommen wir auf französische Last?

Wir wollten für uns ne Bresche schlagen u. das, was "den" Widerstand die letzte Zeit auch blockierte, immer in der

Birne zu haben "was passiert, wenn ich das oder das mache?", wo du gar nicht dein Ziel zu Ende denkst, sondern gleich immer die Schweine, Knast, Repression dazwischen stehen. Das Ganze hätte auch schiefgehen können, sodaß jetzt einzelne oder mehrere im Knast saßen. Mit jedem neuen, offensiven Schritt riskierst du auch was. Das kommt in der Initiative nicht rüber. Unsere Bestimmung war, daß wir, um die Initiative praktisch umsetzen zu können, Bedingungen für uns durchsetzen müssen, die wir dafür brauchen, was sich praktisch in den Barrikaden ausdrückte, wo Genoss/inn/en postiert waren, die Bullen u. sonstige mögliche Angreifer zurückzuschlagen u. nicht zu warten, bis sie reingehen u. wir dann abhauen. (also nicht: was passiert wenn, sondern wie brauchen wirs). Das hatte für uns rein militärisch zwar ne Grenze, denn gegen mehrere Hundertschaften kommen wir nicht an - aber die Zeit, bis die anrücken haben wir für uns, u. alles unter dieser Schwelle können wir überwältigen. Das war ein starkes Gefühl, in diesen 10 Minuten ein Gebiet für uns zu haben, das wir bestimmen u. klar haben, wenn die Bullen einzelne rausgreifen wollen, daß alle alles daransetzen werden, eine/n wieder rauszuholen. Das ist für uns ein starker Ausdruck des intensiven Prozesses vorher untereinander, in dem sich neues und anderes Vertrauen untereinander entwickelt hat.

Dafür war uns auch der gemeinsame Rückzug wichtig und uns nicht in Einzelgruppen aufzuteilen, was den Bullen das Rausgreifen einzelner ermöglicht hätte.

Noch was wichtiges, für einige von uns Frauen hat sich in dieser Zeit unser entfremdetes Verhältnis zu Gewalt verändert. Anfangs waren mehr die Typen, die sich Prügeleien mit den Bullen vorstellen konnten u. für uns war das irgendwie was Fremdes. Wir können das jetzt so sagen, daß das mit allem zu tun hat was wir hier geschrieben haben. Unser Haß gegen sie ist direkter u. das Wofür ist greifbarer geworden. Aber nicht zum draufhocken.

Wir wollten mit den Genossen dort zusammen kämpfen und gleichzeitig Ansätze rauskriegen, wie wir hier den Kampf von uns aus entwickeln können. Wir wollten die konkrete Initiative, um unsere Situation zu verändern, die Phase der Stagnation - die ja auch ein Faktor für die Situation nach dem 2.11. war - durchbrechen; als Möglichkeit für viele, zusammen zu handeln, die eigene Diskussion weiterzuentwickeln und Schritte zu machen dahin, sich selbst so zu bestimmen, daß ne gemeinsame Entwicklung möglich wird - Front zu sein.

Wichtig war darin auch, die Überlegungen: gegen welche imperialistische Wirklichkeit wir hier langfristig Kampf entwickeln, gegen was wir uns durchsetzen müssen, wie wir ihr Gesamtprojekt blockieren können (in der konkreten Überlegung, das Institut Francais als teil ihres WE-Projekts anzugreifen), für uns auf den Boden holen.

Was stark war, daß es so viele waren, die sich entschieden haben: jetzt handeln, im Zusammenhang mit dem HS, die Situation für uns aufzubrechen, auch unter uns, und in dem was wir angreifen, die Diskussion um WE-Formierung konkret, greifbar zu machen. Und als Teil davon die praktische Bestimmung, das ganze gegen die Bullen zu verteidigen, bzw. durchzusetzen/die Überlegungen dazu, wie's gehen kann. Und was noch stärker war, - daß es lief: die subjektiven Entscheidungen von Leuten mit verschiedenen Ausgangspunkten gemeinsam umzusetzen.

Das lief allerdings alles nicht so glatt: seit die Genoss/inn/en am 1.12. den Streik angefangen hatten, herrschte bei uns erstmal Entscheidungslosigkeit. Einerseits mit ihnen zusammen kämpfen wollen und auch einfach angezogen zu sein davon, daß sie aus ihren Bedingungen raus die Initiative in die Hand nehmen und den Kampf weiterentwickeln und andererseits selber nicht wissen, wie wir so darin handeln können, daß wir gleichzeitig uns und den Kampf hier weiterentwickeln können.

Es stand sich ein paar Wochen gegenüber - zum einen im Kopf zu haben, daß dazu, revolutionäre Kraft zu werden auch gehört, uns in konkreten Situationen verhalten zu können; zum anderen, daß uns ja klar war, daß wir keine gemeinsame perspektivische Vorstellung haben, daß es für uns drum geht, die zu entwickeln. Erste starke Erfahrung war, als wir beides zusammengeknallt hatten und das als Widerspruch auflösen konnten. Wichtig war an dem Punkt vor allem, uns zusammen darüber klar zu werden, daß wir ne praktische Initiative zum HS so wollen, daß sie uns im Kampf hier weiterbringt.

Das umzusetzen war schwierig, auch weil wir uns in der Zusammensetzung nicht auf vorherige gemeinsame Diskussionen beziehen konnten. Wir haben unsere Fragen auf den Tisch gepackt und versucht, zu ner gemeinsamen konkreten Vorstellung zu kommen, in der vom Angriffsziel her drinsteckt, wie es danach weitergehen soll. - Fragen danach, wogegen wir kontinuierlich ne Praxis entwickeln wollen, auch mit der Mobilisierung gegen EG-Gipfel/IWF im Auge, und daß wir die in praktischen Schritten entwickeln wollen, damit zusammenhängend grundsätzliche Fragen/Gedanken: unsere Praxis nicht nur gegen die zentralen imperialistischen Projekte bestimmen zu wollen, sondern auch ausgehend davon, was uns jeweils für die Entwicklung des revolutionären Prozesses hier in der Metropole weiterbringt; Frage danach, wie und woran wir in der Region ne praktische Kontinuität entwickeln können;

Es ging nicht, die Diskussion ist abstrakt geworden. Es war zu verschieden, wie die einzelnen überlegt haben und insgesamt noch zu vage - selbst die Fragestellungen noch zu unkonkret zum Teil. Wir mußten feststellen, daß wir nicht soweit sind, und nicht aus dem Stand, gemeinsam strategische Fragen klarkriegen können.

Ne wichtige Erfahrung für uns ist, daß wirs danach gepackt haben, uns ranzuholen, was uns jetzt gemeinsam ist, welche Basis wir zusammen haben - und dann davon ausgegangen sind: mit den Gefangenen zusammen kämpfen, offensive Praxis, die eigene und insgesamt Lähmung durchbrechen. Das ist ganz entscheidend, daß wir versucht haben, perspektivische Fragen mitzudiskutieren, und daß wir in dem Moment, als uns klar wurde, daß wir so schnell nicht zu ner einheitlichen Vorstellung kommen, mit dem, was gemeinsam da war, gehandelt haben. Wir haben oft genug die Erfahrung gemacht, an solchen Punkten keine Auflösung zu finden oder aber von vorneherein uns mit dem Zufriedenheitsgebe, was da war (Aktionsbündnis, nebeneinander). Wo dann entweder praktisch gar nichts läuft, oder aber Sachen, die uns im ganzen nicht weiterbringen/punktuell Mobilisierungen bleiben.

In der ganzen Entwicklung der Aktion haben wir den Kern unseres Kampfes immer mehr selber gespürt, weil die Kraft dafür, unsere konkrete Vorstellung auch umzusetzen, nicht da raus kam, was wir da angreifen, sondern aus unserem eigenen Prozess: mit so vielen zusammen und mit unseren Unterschieden das Ganze zu diskutieren, immer wieder neu zu bestimmen, zu organisieren und aufzulösen, hat uns das mobilisiert und Mut gemacht und die Erfahrung umgekehrt: daß es Kraft wegnimmt, wenn wir uns gegenseitig nicht mehr ernstnehmen, nur noch "die Sache durchziehen" und darin nicht um uns selbst und umeinander kämpfen, weil dann eben für uns selbst nicht mehr greifbar ist, wofür wir kämpfen/sich für uns nichts ändert.

Jetzt nochmal kurz zur Funktion des Institut Francais.

Die Diskussion daran hat in der Gesamtvorbereitung nicht soviel Raum eingenommen und hatte außerdem auch für die Einzelnen von uns unterschiedliche Bedeutung. Wichtig finden wir für uns selbst/den Widerstand, die westeuropäische Formierung in ihren konkreten Projekten anzugreifen, bzw. die Instrumente, mit denen sie durchgesetzt werden.

Das IF führt Sprachkurse und vermittelt französische Kultur, es gibt da Literatur und sie führen Filmabende durch. Sie propagieren z.B. auch "weg mit den Sprachbarrieren" usw.

Wichtig ist die Funktion davon in der aktuellen imperialistischen Strategie:

Die Formierung der westeuropäischen Staaten zu einem Block, der auf wirtschaftlicher, politischer und militärischer Ebene einheitlich handelt. das weltweit operierende Kapital braucht diesen Machtblock um ihr System gegen den internationalen Kampf der Menschen um Befreiung aufrechterhalten zu können. Projekte wie der einheitliche europäische Binnenmarkt, die Zusammenarbeit bei der Aufstandsbekämpfung, die deutsch-französische Brigade, usw. sind Mittel im Krieg gegen den weltweiten Befreiungskampf und Schritte zur Verwirklichung der Formierung. BRD und Frankreich sind durchgängig Motor dafür.

Eins ihrer Probleme bei der Verwirklichung der Projekte ist die unterschiedliche Sprache. In verschiedenen Verträgen und Absprachen (z.B. Elysée-Vertrag) bestimmen sie den deutsch-französischen Kulturaustausch u.a. als Mittel zur Überwindung dieses Problems: sinngemäß "Sprachlosigkeit und gegenseitiges Unverständnis behindern oft die wirtschaftliche und technische Kooperation in Forschung, Verwaltung und Betrieben... daß tragfähige wirtschaftliche, politische, technische und militärische Zusammenarbeit nur möglich ist, wenn die Partner zu gemeinsamen geistigen Grundlagen finden."

Was über diese Institute noch läuft - andere Kultur kennenlernen, Völkerverständnis über Grenzen hinweg usw. - wird gezielt eingesetzt um die Kriegsobjekte der westeuropäischen Formierung zu legitimieren.

Und es läuft ganz direkt, z.B. haben das Dolmetscherinstitut der Universität Heidelberg und das IF 1967 eine Veranstaltung unter dem Motto ausgeführt: "Lage der Kernenergie in Frankreich". Redner war der Präsident des französischen Atomforums.

Ich hatte mich nach einigem unentschlussem Hin und Her für eine Funktion entschieden, die nicht die direkte Konfrontation zwischen vielen von uns und den Bullen bedeutet.

Das Unentschlusene/ohne eigene Orientierung, war die Schiß davor rauszufallen, wenn ich nicht da bin wo die anderen sind; und "Schritt" als was Objektives, Festgelegtes für mich zu begreifen: für mich liegt jetzt an, das mit den Bullen klarzukriegen. Daß das nicht stimmte, daß ich das was mir da im Weg steht, nämlich "Selbstbestimmung" für mich sowas wie ein Fremdwort, ein politischer "Begriff" war und daß ich ohne ne eigene Orientierung (von mir ausgehen) nicht kämpfen kann und auch die Schwierigkeiten mit den Bullen nicht angehen kann - genau das war/ist die Erfahrung, die für mich gelaufen ist.

Das hatte auch was mit dem Institut Francais zu tun. Für mich lief daran, daß "eigenen Kriterien" eben nicht bloß bedeutet, die von ihnen besetzten Bereiche abzulehnen (Kunst und Kultur) und mich davon abzuschneiden, sondern mir das zurückzuholen, es von ihrer Besetzung freizukämpfen.

Sie genau in diesem Bereich anzugreifen, wo sie uns als Menschen - vereinnahmen wollen, bedeutet für uns, den Bruch zum System zu vertiefen und umzusetzen. Bedeutet, ihrem Umstrukturierungsprojekt/Herrschaftssicherung in uns eine Grenze zu setzen.

Ich hab darin meinen Haß direkter gespürt - produktiv. Gespürt, daß es das ist, was sie von mir wollen, was ich ihnen zwar verweigere; daß ich sie genau da angreifen will, wo ihre letzte Bastion der Herrschaft in mir ist - und mir das zurückzuerobern. Gespürt: Bruch ist nicht einfach ne Distanz/Verweigerung ihren ganzen Realität

aus Kohle, Verkauf, Verrat, sondern ist, mir mein Leben, meine Kreativität zurückzuerobern - im Angriff gegen sie. Bruch, was auch heißt, Fremdbestimmung kapitalistische Besetzung/Kolonialisierung in uns zu durchbrechen - mir im Angriff die eigene Orientierung/ Identität zurückzuerobern. Eben nicht dabei stehenzubleiben, daß ich mit den Gestzen des Marktes, Leistung, Konkurrenz nichts zu tun haben will, sondern mit eigenen Kriterien erkämpfen, ne eigene Orientierung gegen die ganze Scheiße. Für mich hieß/heiße das konkret, die eigene Entscheidung nicht an dem zu orientieren, was andere sind, sagen, bringen und nicht an Anspruch, sondern von mir aus, von meinen Fähigkeiten, Möglichkeiten - aus ner Verantwortung fürs Ganze zu treffen. Das was/ist aber nicht was durchgängiges.

Eben den Prozeß des Angriffs selber führen, nicht sich kleinnmachen, um sich hinter den anderen zu verstecken - nebendranzustellen und es den anderen zu überlassen, die Vorstellung zu entwickeln.

Der Angriff hat die Sau eingekreist, die den Kampf um Perspektive und Veränderung anderen überlassen will, weil sie keine Ahnung hat, weil sie Einheit immer noch als Angleichung versteht, nicht als den lebendigen, kollektiven Prozess, in dem sich jede/r Orientierung erkämpft und die eigene Produktivität entwickelt und reinbringt. (Gedanken und Fähigkeiten)

Es hängt unmittelbar zusammen, der Begriff von kämpfen und wie Mensch zu ner Entscheidung kommt und das Verständnis von Bruch als Ablehnung, Verweigerung, Abwehrkampf.

Zuerst hat sich da wieder sowas durchgesetzt, Entscheidung/Handeln als Produkt/Ware, wo Mensch sich irgendwie hinschafft und wie das zu sein hat, orientiert an Anspruch und an anderen. Und so es als etwas Mechanisches, Konserviertes anwenden wollen - also: da muß ich hin und aus eigener Erinnerung/Erfahrung und aus dem, wies andere machen: aha, so funktioniert das. Kämpfen ist kein Mechanismus, den Mensch einmal für sich tickt (oder irgendwo abguckt) und dann anwenden kann.

Das ist einfach total kaputt, sich ne Technik aneignen zu wollen, wie Mensch zum handeln kommt.

Das Gefühl, mir was zurückzuerobern, war/ist neu und genau da ist das gelaufen, diesen ganzen kaputten Kram von Anspruch und Fremdbestimmung zu durchbrechen.

Mit war es zum Einen wichtig, aus der bestehenden Situation von Ohnmacht u. Perspektivlosigkeit herauszukommen - nicht nur, weil sie nach dem 2.11. nochmal stärker aufbrach.

Viele von uns versuchten, von punktuellen Angriffen zu einer organisierten Gegenmacht zu kommen - die Isolierung von Nebeneinander u. Schublade aufzubrechen. Es gab verschiedene Ansätze und Erfahrungen in kleineren Zusammenhängen u. im großen Rahmen, die eine ungefähre Vorstellung davon lieferten, wie ein gemeinsamer Prozeß hier gehen kann.

Am 2.11. ist aber nochmal deutlich geworden, welches Verhältnis viele Menschen zum Kampf haben, von verwachsenen Feindbildern über unverbindliches, ungenaues Umgehen miteinander bis zum offenen Verrat.

Aus dieser Situation heraus war der gemeinsame Angriff ein Schritt zur revolutionären Gegenmacht - durch den gemeinsamen Prozeß, der dahin geführt hat u. weil er zeigt, wie es aus einer defensiven Situation heraus gehen kann, selbstbestimmt zu kämpfen.

Es ging mir nicht in erster Linie darum, mich zum Hungerstreik verhalten zu müssen, mir war wichtig, im gemeinsamen Prozeß zu handeln, in dem die Gefangenen ein Teil sind, also nicht auf eine Initiative oder Offensive aufzuspringen, die wieder zusammenfällt, wenn sich die Ausgangssituation verändert.

Ziel war es deshalb, eine eigene Strategie nach unseren Möglichkeiten zu entwickeln, die sowohl die praktische Durchsetzung, als auch Kontinuität beinhaltet.

Meine eigenen Grenzen in diesem Prozeß spürte ich weniger bei der praktischen Durchsetzung unserer Ziele, als auf dem Weg dahin.

Der permanente Kampf, das Ziel nicht aus den Augen zu verlieren u. die Notwendigkeit der genauen Umgehensweise miteinander umzusetzen.

Mit so vielen Leuten zusammen was anzugehen, hat jede/n von uns immer wieder an seine Grenzen stoßen lassen. Im Kampf in sich selbst, um immer wieder eine Vorstellung zu entwickeln. Die Ansätze, Fragen, sowie Ängste einzubringen, sowie sie von anderen mitkriegen zu wollen.

Das war eine unheimliche Anstrengung, immer wieder um Offenheit zu kämpfen, wenn zum X-ten Mal alles in Frage steht, aber auch nicht zuzukleistern u. so zu einer Lösung bzw. Entscheidung zu kommen.

Das hat keiner von uns durchgängig geschafft.

Es sind Erfahrungen von denen wir jetzt ausgehen können, Erfahrungen mit sich selbst, sowie mit anderen.

Was sich konkret für mich darin verändert hat, ist, daß ich ein konkretes Verhältnis zum eigenen Ziel gespürt habe, das ich im letzten Jahr nur noch abstrakt entwickeln konnte.

Kollektivität u. Selbstbestimmung ist in der Praxis immer wieder zur konkreten Frage an mich selbst geworden, mich für das Zusammen zu entscheiden u. dann auch darum zu kämpfen.

Eine wesentliche Erfahrung ist, daß die konkrete Praxis das Spiegelbild von dem ist, wie genau es jede/r einzelne von uns angepackt hat. Fehler sind genau da gelaufen, wo Ängste, Fragen zueinander, mit sich selbst u. zum Konkreten, nicht auf den Tisch kamen. Genau da, wo es von mir aus nicht mehr gemeinsam bestimmt ist, kann ich das Ganze nicht mehr im Kopf haben, kann ich mich nur noch an meiner Funktion festhalten. So kommt es zu Panik, Durchmarsch, oder Alleingang.

Wichtig daran ist die Erfahrung, daß es geht, an konkreten Fragen, die Scheiße auf die ich immer wieder stoße zu überwinden, und nicht mehr der Berg ist, mit dem ich

mir selbst, gegenüber den Zielen, nur noch klein und hilflos vorkomme.

Was sich noch für mich verändert hat, ist das Verhältnis zu dem Projekt der Herrschenden, an dem ich mir bisher nur theoretisch vorstellen konnte sie anzugreifen u. zu blockieren. Das ein Europa ohne Grenzen wie sie es wollen, für uns nichts Gutes ist, für die Menschen nur grenzenlose Ausbeutung bedeutet, Sprache u. europäische Werte für sie nur die Funktion hat, Westeuropa als ökonom. u. militär. Machtblock aufzurichten, hab ich schon lange kapliert. Was bislang gefehlt hat, war das eigene konkrete Verhältnis - Einheit im Kampf - was dem, was sie wollen grundsätzlich gegenübersteht. So war es möglich an die Fragen, die ich schon länger hab, ranzugehen, die ich mir bisher nur abstrakt stellen konnte. Den Kampf gegen sie haben wir konkret zum Kampf um unsere Einheit gemacht. So wurde die Frage, an welchem Punkt, an welcher Linie zur praktischen Frage, wo wir denken, dies am besten ausdrücken zu können u. was wir praktisch für leistbar halten.

Wir hatten noch nichts zusammen gemacht. Die unmittelbaren Sachen an denen jede/r vorher überlegte waren unterschiedlich. Was uns zusammengebracht hat, war die Entscheidung, daß es so nicht mehr weitergeht wie bisher, daß jeder u. jede die eigene Defensive ganz unmittelbar in den eigenen Diskussionen gespürt hat - wir jetzt anfangen das zu verändern.

Das wars auch was uns am Streik der Gefangenen mobilisiert hat: daß zusammen kämpfen nur im Angriff gegen die Schweine läuft; daß es geht, aus der äußersten Defensive der Bedingungen u. gegen den gesamten Counterapparat u. die Lügen von ihnen, in die Offensive zu kommen. Neuen Boden für die Weiterentwicklung des revolutionären Prozesses in Frankreich u. Westeuropa zu erkämpfen. Wir haben das nicht in abstrakten theoretischen Diskussionen rausgekriegt, sondern haben uns kennengelernt in der Entscheidung für die konkrete Aufgabe in der ganzen Aktion. In der praktischen Organisierung u. politischen Bestimmung.

Die Diskussion fing zusammen an im praktischen Anpacken. Also wie stellt sich jede/r vor, aus den eigenen Erfahrungen wie's gehen kann. Was ist uns zusammen dabei politisch wichtig. Welche Diskussionen brauchen wir jetzt, damit wir die gemeinsame Vorstellung praktisch umsetzen können.

Die Barrikade war für uns darin das praktische Moment, wo die Vorstellung als nen konkreten Teil der ganzen Aktion greifbar wurde: daß wir uns jetzt die Bedingungen schaffen, die wir zum Handeln brauchen, daß wir uns aus unserer konkreten subjektiven Situation im Widerstand nicht in kleine Gruppen zersplittern wollen, sondern sagen: wir wollen jetzt, hier mit allen zusammen kämpfen, die das auch wollen.

Nicht als Rezept oder starren Plan. Sondern konkret aus der Situation von uns die Form zu finden, die den Prozess unter uns fasst. Deshalb nicht in kleinen Gruppen, sondern jetzt - mit allen Unterschieden zusammenkommen an der konkreten Entscheidung - die Aktion zusammen zu machen. Das war ein wichtiges Moment, was den Prozess unter uns immer wieder offen gemacht hat.

Wir haben dann einige praktische Vorschläge diskutiert, wo drin war, ein Stück Weg geschlossen u. militant durch die Stadt zu ziehen. Sich von Bullen nicht hetzen zu lassen, sondern sie auch direkt anzugreifen, wenn sie kommen - als Ausdruck unserer Entschlossenheit, hier gegen die Schweine vorzugehen.

Bald merkten wir, daß wir zwei Schritte auf einmal taten u. für einige von uns das "Zusammen" noch nicht so greifbar war.

Da unsere Bestimmung aber die war, zusammen nen Boden zu schaffen haben wir nochmal neu überlegt, wo das dann rauskam, was wir gemacht haben - es dann auch für dast alle gestimmt hat.

So funktionierte das Ganze überhaupt nur: von der eigenen Entscheidung ausgehen, den praktischen Punkt für sich anpacken. Dadrin die Diskussionen zu organisieren, es wieder mit anderen zusammenzukriegen.

Also keine starre Organisationsform, sondern nen lebendigen Austausch untereinander zu organisieren. Dadrin auch die ganze Ungleichzeitigkeit der Prozesse - weils jede/r aus einer anderen Situation angepackt hat, die Diskussionen nie gleich waren. Einzelne Zusammenhänge schon praktisch am organisieren waren, wo andere noch dabei waren, sich erstmal ne Entscheidung fürs Ganze zu erkämpfen - zusammenkriegen und dadrin den gemeinsamen Punkt zu finden.

Schwer, aber gut.

Zum Schluß war die Barrikade zwar schon noch ne direkte Grenze für die Bullen, und um den Verkehr zu blockieren, aber aus der unmittelbaren Situation raus mehr ne Sache, die im Zusammenhang mit einem großen Transparent Aufsehen erregen sollte. Wir haben es dann "offensive Propaganda" genannt.

Wie wichtig es ist, das es nur zusammen geht, als Prozess: politisch-praktisch, und wie eins ohne das andere kippt, haben wir an einem Punkt gemerkt, wo wir noch an dem anderen Objekt überlegt haben.

Klar wurde dann: Hätten wir das gemacht, wäre die Konfrontation schärfer gewesen, wäre die Möglichkeit einzufahren viel direkter da gewesen. Wir habens da nochmal direkt gespürt, was es heißt: wir oder sie, ob es für alle einfach stimmt, jetzt diese Konfrontation zu führen mit der möglichen Konsequenz Knast.

Sich da hinzuschaffen war nicht so einfach für uns, weils erstmal ein ziemlicher Fight war, sich selbst und zusammen gegen alle Ängste und Zweifel dahin zu bringen, es machen zu wollen und zu können. Dann, wo fast alles klar ist, sich gegen das konkrete Objekt mit allem was dranhängt zu entscheiden.

Jetzt haben wir ne Ahnung davon gekriegt, was es heißt zu sagen: daß das wichtigste im Aufbau von einer revolutionären Kraft der Prozess untereinander ist, der dann

seinen konkreten Ausdruck in der Praxis findet - daß die Schärfe der Praxis nur Ausdruck des Kampfs sein kann, den wir umeinander führen gegen die eigenen Dreckstrukturen - daß sich dadrin jede und jeder entwickelt. Die kollektive Initiative von jeder und jedem, das Ganze weiterzubringen, den Boden und der konkrete Inhalt von revolutionärer Gegenmacht ist, daß es nur da läuft, wo wir uns offensiv gegen sie durchsetzen.

Sind jetzt ein paar Erfahrungen, die uns wichtig sind - die drinstecken in dem, wenn wir jetzt sagen: hier den revolutionären Widerstand entwickeln, eine kämpfende Bewegung aufbauen aus der ganzen Erstarrung der letzten Jahre:

ein Stück davon was es heißt: einen politisch-praktischen Prozess selbst zu entwickeln, im Gegensatz zur Offensive 86, wo viele von uns "Zuschauer/innen" waren, nicht von sich aus überlegten.

Anders jetzt, wo wir anfangen uns zu organisieren mit dem Ziel, das Terrain des Widerstands zur Front auszubauen. Die Initiative behalten. Der Prozess hat eben gerade angefangen - ein langer Weg bis dahin. Es gab Fehler bei der Diskussion und auch während der Aktion, aus denen aber lernen wir - durch den Kampf, für den Kampf.

Bericht aus der Foto-Gruppe

Wir haben schon länger ne Auseinandersetzung mit anderen, erfahren aber erst kurzfristig von der Notwendigkeit die Aufgabe zu übernehmen:

X: Bisher hatte ich über den Widerstand gelesen u. geredet, aber noch keine eigenen Erfahrungen gemacht. Es blieben nur ein paar Stunden mich zu entscheiden. Das war blöd. Gut u. neu für mich war, daß ich mich gefühlsmäßig dafür entscheiden konnte, weil ich es richtig und wichtig fand, daß es die Fotos gibt. Da war was u. ich konnte da auch was tun, rauskriegen wie es für mich ist. Ab da mal mehr mal weniger Angst. Dann allein: alles ist abgesprochen, meine Angst es zu vergessen, alles falsch zu machen.

Y: Ich hatte lange nicht mehr gekämpft. Auch jetzt zögerte ich. Ich entschied, ich mache es, oder es gibt keine Fotos. Mir genügte es, daß der Kampf in meinem Leben wichtig ist, zu wissen welche Bedeutung dieser offensive Schritt für mich, die Genossen/Genossinnen u. die Gefangenen hat, die Vereinzelung u. Lähmung hier zu durchbrechen. Die Entschlossenheit u. Lust, den Ballast aus Anspruch u. abstrakten Diskussionen, die Angst abzuwehren in gemeinsamen Handeln ermöglichte eine Direktheit, die ich selten in den letzten Jahren erlebt hatte.

X: (nicht direkt vor Ort): Herzrasen, ich muß mal, schon zu spät, Scheiße ich geh, zu viel Angst, ich versuche mich runterzukriegen. warten-warten-warten-warten. Ob was passiert ist? Lange halt ich's nicht mehr aus, Unsicherheit: sind um mich Zivilbullen?

Heimweg: ich freu mich total, daß alles ok ist. Bin erleichtert, hab jetzt weniger Angst. Das Gefühl auf der richtigen Seite zu stehen. Mißtrauen gegen Leute um mich. Mir wird immer wieder klar was gelaufen ist, was ich da mache. Wie's den Anderen geht? Wo sind sie? Sie sind mir total wichtig, obwohl ich sie nicht kenne. Ich hoffe sie sind nicht eingefahren. An mir vorbei fahren Bullen mit Blaulicht. Ich versuche nicht zu grinsen. laut zu lachen. Ich weiß wo ihr hinfahrt, aber ihr wißt nicht wer ich bin. Danach fühle ich mich total gut, besonders als klar war - keine/r eingefahren.

Y: Ungeduld, Angst - wo bleiben sie? Dann gehts los: Die Straße gehört uns: In unserer Gruppe läuft's gut. Wir achten aufeinander, versuchen die Situation einzuschätzen. Wir bleiben lang. Nur zögernd trennen wir uns vom Geschehen. Auf dem Heimweg: Was ist mit den Genossinnen und Genossen? Froh über meine Entscheidung, die neue Erfahrung. Dann die Hoffnung, andere anzustoßen. Das Wichtigste: diesmal lief es neu für mich, freiwillig ohne Druck - MEINE SACHE.

Je genauer ich hinschaue, um so deutlicher sehe ich den Prozess, in dem ich mich bewege, der Teil, mein Wille, die Jagd nach dem Menschen in mir, der aufschreien und den ganzen Dreck abschütteln will, sich in der Isolation begreift... Diese Starre und das Gefühl und spüre, ich werde ich, und damit mutig und sicher in dem, was ich will; ... immer aus der Entscheidung im Losgehen. Klar jeder Schritt zu wirklicher Befreiung ist der Schritt, sich gemeinsam ein Leben zu eigenen Bedingungen zu erkämpfen. Es trifft in dem Moment, in dem ich mich anfangen zu sehen. Mich anders will ... fühle, wie auch andere aufstehen. Das ist der kollektive Prozess und immer die Frage: wie kanns gehen; Das heißt für mich, hier aus der Situation eine gemeinsame offensive Praxis zu entwickeln. Gegen ihr imperialistisches Großprojekt der Bonzen und Militärs, weltweite Vernichtung, die für die Menschen bedingungslose Unterwerfung, mörderische Ausbeutung, Isolation und Entfremdung bedeutet, die Gegenmacht aufzubauen, als Teil des kollektiven revolutionären Prozesses, in dem Menschen weltweit kämpfen, in den Metropolen, den Nato-Knästen, KZs und Lagern, ... das nur kurz, wenn auch abstrakt erklärt, denn ich will meine Schritte, meine Fragen, in dem, was für mich in diesem Prozess läuft und entstanden ist beschreiben, und das ist immer nur ganz konkret möglich und da passiert, wo ich selbst losgehe. Klar mit allen schwachen und den starken Entscheidungen dadrin, an die ich erstmal nur so rankommen. So verliert auch der Prozess als Begriff seine Abstraktheit, das glatte darin, was ich als Teil von ne Defensive sehe, in dem Maße, wie ich die Transparenz zu uns nicht will, alles festlege und mir Ansprüche aufbaue, die sich nicht mehr an dem Punkt orientieren, an dem ich mich gerade befinde. Wie war/ist mein Verhältnis zu anderen, mit denen ich zusammenkämpfe, zusammenkämpfen will; Ich klebe an ner Sicherheit, die die Widersprüche greifen will, die Symbiose unter uns, meinen Individualismus, sich in der politischen Arbeit einzurichten, halt die Sicherheit wie einen Vertrag zu anderen aufzubauen (Leistung/Gegenleistung, Konkurrenz)... und spüre jetzt die Institutionalisie-

rung in einem solchen Verhältnis, ein Warenverhältnis, das über Besitz läuft, das unsere Beziehungen festnagelt, die totale Starre, in der ich den/die andere nicht sehe, nicht sehen kann. Das Vertrauen, das ich brauche, läßt sich nur im permanent offenen Prozess am gemeinsamen Ziel entwickeln. so selbstkritisch wie ich mich neben jemanden stellen kann, um zu kritisieren, bestimmt die Stärke und die Tiefe der Auseinandersetzung, in der die Kraft entsteht, hier anzugreifen, d.h. ehrlich und genau den Punkt zu begreifen, an dem jede/jeder steht, um von dort aus anzufangen. Ich habe begriffen, wenn ich mich außen hinstelle mit dem Anspruch des Absoluten, des Fehlerfreien, mich da draufhocke, seziere ich am anderen meine Probleme, sehe mich nicht als Teil im Ganzen. Es gibt dann so keine Instanz mehr, die mich kritisieren kann und ich erstarre, kann den Prozeß nicht vorwärtsbringen. Das Starke, die Besitzlosigkeit zu wollen und im Gruppenprozess durchzusetzen, die Strukturen zu zerschlagen, löst die Isolation und die daraus resultierende Defensive für mich ... greift so auch für mich die Situation der Gefangenen (im HS) und ihre Forderung, ZL als Bedingung, die Iso (als Essenz des Mittels der Pligs, Menschen zu brechen und zu integrieren) zu brechen und vielmehr, daß sie und auch wir Zusammenkommen als Bedingung entwickelt haben, nämlich kollektiv und unser Schritt zu selbstbestimmtem Handeln.

Mit der eigenen Erfahrung hier, das auch unter uns anzupacken, wird der Kampf mit den Gefangenen transparent u. kommt so für mich, auch wirklich fühlbar, zur gemeinsamen Offensive. Klar ist das nichts Abgeschlossenes, weil sich die Initiative, das was erst angefangen hat, sich an den Fragen, den Fehlern und Widersprüchen verändert u. immer neu bestimmt. Sich nicht festlegen läßt (so ist es jetzt...) u. so natürlich die Chance trägt, darin stärker und breiter zu werden, oder auch in die Defensive zurückzurutschen, die wir am aufbrechen sind... und so auch die Angst unter uns, an der Konsequenz sich hier in den Kampf zu stellen, was das für mich, für uns alle bedeutet.

Klar ist, daß jeder Schritt zu wirklicher Befreiung auch ein Schritt gegen die Schweine ist. Da liegt eine Grenze, an der Schärfe zu erstarren, denn da schauen sie genau. Wer sich ein Leben zu eigenen Bedingungen u. im Angriff gegen sie erkämpfen will, sich weder daran zu bestimmen, noch davor zurückzuschrecken, entsteht in dem Moment, in dem wir die Bedingungen selbst bestimmen, wie und wo wir angreifen, in der solidarischen Diskussion unter uns u. der starken Erfahrung, daß da niemand rausfällt. Wir um uns darin kämpfen und der Schärfe klar bewußt sind (wir gegen sie), da wo es konkret wird, ihre Mittel Bullen, Knast usw. und da genau dran reden. Klar läuft das für mich nicht so glatt, wird es nie, auch hier will ich keine starre Entscheidung in der meine Widersprüche und Ängste rausfallen. Der Mensch weggefixt wird und so all das was wir wollen.

Für mich ist es schon immer wieder die Frage an mich u. an alle, sie auch gemeinsam zu beantworten, um so auch dem Druck zu entgegnen, aus dem ganzen Prozess rauszufallen. Das Gefühl, hier alleine zu stehen, ist ja genau der Punkt, wo die Suche nach der eigenen Kraft beginnt u. die ganzen Mechanismen sichtbar werden. Meine Geschichte, in der sich diese Schweinereien festgefressen haben. In denen ich mich zurückziehen will u. verhärtet u. geschickt Mauern aufbaue. Diese Burg auf der ich sitze u. runterglotze, einstürzen lassen, weil ich mich frei bewegen will, meine Rolle satt habe u. die Kraft entdecke, die ich damit permanent zuschüttele. Die Fehler und Schwierigkeiten, die für mich ganz konkret sind, fassen zu können, kann immer wieder am Ziel entlang aufgelöst werden, in dem Maße, wie ernst ich mich selbst darin nehme u. so natürlich auch nur andere wahrnehmen kann u. sie ernstnehme. Ja, auch mit meinen Schwächen auf die Fresse zu fallen... aufstehen... in dem Gefühl, andere kämpfen auch um mich, was den Individualismus, den Einzelkämpfer in mir packt, daran gehts weiter, wird der Begriff Zusammenkommen wirklich fassbar.

Das über den Anspruch hinweg (muß so sein) zu fühlen, mobilisiert, läßt mich in mir wählen, den Dreck rauswerfen u. gibt mir langsam die Power zu fragen, Grenzen wegzuhauen... uns ernst zu nehmen.

Die Initiative der Gefangenen aus AD hat unseren Prozess beschleunigt.

Das liegt daran, daß ich sagen konnte, woher ich komme und wohin ich will. Ich kam aus dem Verhältnis, auf das viele von uns hier geknallt waren. Daß Front für mich n statisches Gebilde war, wo die, die "wirklich" was anderes wollen, sich "reinstellen" - eine GLATTE Sache, in die ich reinproklamieren konnte - aber sie nicht von mir aus entwickeln konnte. Mit ner Söldnermentalität, wo ich die Fahne der Front hochgehalten hab und abgewartet, daß andere sie entwickeln, bzw. weiterentwickeln. In diesem Verhältnis war ich ziemlich festgefressen. Das ist dann nur ne Folge, daß es für mich/uns im Widerstand nicht möglich war, die Offensive vor 1,5 Jahren aufzugreifen und für uns selbst weiterzuentwickeln. Wir haben drauf reagiert, sie genommen und wien Bauchladen rumgetragen - "guckt mal, wie Front ist" - wir konnten uns nur dazu bestimmen.

Das heißt nicht, daß nix gemacht wurde oder angepackt, aber für mich kann ich sagen, - dieses defensive Verhältnis zu mir, meinen eigenen Zielen, hat sich nicht wirklich verändert.

Wie tief sich diese Defensive schon festgefressen hatte - nicht nur individuell, sondern als gemeinsame Schwäche - das hat auch die 18.10 Demo gezeigt, find ich. Das Starke war aber genau an dieser gemeinsamen Erfahrung - egal ob du da warst oder nicht, - zu sehen, was wirklich los ist mit uns - und was ansteht, bzw. existentiell ist, für jeden einzelnen von uns, um nicht kaputtzugehen in der Individualisierung, Iso, Psycho, - für uns zusammen - weil wirs nur zusammen rauskriegen können, kollektive

Politik für unsere gemeinsamen Ziele entwickeln können und auch existentiell für den ganzen Prozess des Aufbaus von Gegenmacht hier und in WE. Weil, wenn wir hier im Widerstand nicht für unsere eigenen Ziele den Prozess der Front entwickeln - da wo wir sind -, gehen nicht nur wir selbst kaputt, sondern die ganze Weiterentwicklung stagniert. Wo kein Kampf für unsere eigenen Ziele ist, gibt's keine Mobilisierung für andere, eben auch mit uns, für ihre eigenen Ziele zu kämpfen. Daß wir nicht nur uns selbst blockieren, sondern auch andere mit den statischen Holzhämmern, hatten wir auch schon gemerkt.

Ehrlich zu werden miteinander, war die Voraussetzung, unsere Situation hier - unter uns - und mit anderen in der Region wirklich zu sehen.

Zersplittert, isoliert voneinander, keinen Dunst, wie andere für sich überlegen. So hat es angefangen, daß ich konkrete Ziele für mich hier formulieren konnte, gemeinsamen Diskussionsprozess erkämpfen, - unter uns hier, und in der Region. Verbindliche Strukturen, wo die Diskussion - wohin wollen wir und durch welche praktischen Schritte können wir uns dahinbringen - aufbauen. Eben voneinander lernen, für die praktische Entwicklung unseres Prozesses hin zur Front. Offensiv werden.

Wie? Da war mir nur klar: in der Praxis gegen sie, worin wir konkrete Ziele von uns erreichen, daß ich das zusammen sehe mit den anderen, die in WE kämpfen, ich von ihnen, und sie von uns lernen können.

Rauskriegen, wo was zusammen gehen kann, orientiert daran, wohin wir uns zusammen wollen.

Wie das sein kann oder werden könnte, da hatte ich zersplitterte Momente im Kopf, die mich mobilisiert haben:

Die Erfahrungen Ende 87/Anfang 88, bzw. Diskussionen: wo Genossinnen z.B. aus Holland, Dänemark, aus der Schweiz (da gibts ne Broschüre, in der sie sich vermitteln "Aussageverweigerung" von Sept. 87) ihre aktuellen Erfahrungen vermittelt haben und daraus deutlich wurde, das alle Genossinnen, die in WE nen revolutionären Widerstand entwickeln/entwickeln wollen, an ähnliche Grenzen stoßen. Z.B. die Schwierigkeiten, den revolutionären Prozess als kontinuierlichen zu entwickeln, anstatt der Konjunktur der Pigs hinterherzurennen. Aktionismus. Gegen ihre Projekte, - aber die eigenen Ziele zu bestimmen und dafür zu kämpfen so schwer ist. Oder: ihre Erfahrungen mit Bullenterror und Aussagen. Wo die Genossinnen wissen wollten, was wir hier aus ähnlichen Erfahrungen, Fragen GELERNT haben.

Um ZUSAMMEN von Erfahrungen, die wir im Widerstand machen, ausgehen zu können. Und sie weiterentwickeln. Z.B. daß nicht überall die Scheiße nochmal durchgemacht wird - wie es NICHT weitergeht, sondern jeder gleich von den Lernprozessen ausgehen kann. Oder von starken Erfahrungen für uns genauso - klar.

Das - um welchen Prozess es uns jetzt geht - unsere Kräfte innerhalb der BRD UND Westeur. zusammenbringen UM gemeinsame Ziele erkämpfen zu können - sich auch in der Sylvesterdemo ausgedrückt hat. Daß alle, die dort waren, die Zusammenlegung der revol. Gefangenen hier, in Frankreich, in Spanien, in Portugal .. als EINES ihrer eigenen Ziele rübergebracht haben.

In den Diskussionen die ich hier hatte, wollte ich zusammen rauskriegen, wie können wir unsere Ziele -politisch/ subjektive Nähe zueinander entwickeln - so auch uns innerhalb den Städten hier zueinander kämpfen u. zu anderen in WE -durch die Praxis gegen sie (also das was uns auseinander zwingen/halten will)- ging es noch kreuz und quer, an den laufenden Initiativen gegen EG-Gipfel, Fragen zu IWF, Gentech., Umstrukturierung - weil das doch die Projekte sind, die die gesellschaftlichen Bedingungen - also auch unsere - für die Entwicklung des Kampfes hier - bestimmen. Das Wort das ich am meisten benutzt habe im Reden das war "Möglichkeit" für uns. Genauer war es nicht.

Neben diesen Diskussionen ist mein Gefühl (wo ich mobilisiert war), was ich Wochen vorher hatte, wieder verlorengegangen. Das war als ich gehört hatte, das die gefangenen Genossinnen in Frankreich im HS sind für ihre Zusammenlegung u. kurz darauf in Fernsehen rüberkam - Genossinnen in Dänemark haben den EG-Gipfel in Kopenhagen angegriffen.

Da dachte ich, mensch ja - so sieht das aus, zusammen kämpfen. So kann das werden - wo wir für unsere gemeinsamen Ziele initiativ werden - uns gegen sie durchsetzen - wirkt das zusammen.

Ich hab dieses Gefühl dazu - stark - aber nicht zusammengebracht mit meiner Situation hier, meinen/unseren Fragen u. so auch nichts umgesetzt.

Wo meine Unentschlossenheit, Zweifel, Abstraktheit, einfach noch stärker waren, als der Wille, die Entscheidung den Prozess des Aufbaus der Front in WE jetzt selbst in die Hand zu nehmen.

Durch die Konfrontation und Praxis die Nähe zueinander konkret zu entwickeln. In der Praxis und durch sie.

Einige wenige unter uns hatten sich genau zu dieser Entscheidung gekämpft. Sie haben uns alle gefordert - u. die Frage gestellt - wie sollen wir unseren langfristigen Prozess in WE entwickeln, wenn wir nicht praktisch werden in der Konfrontation gegen die Pigs um Ziele die wir jetzt haben/brauchen (um überhaupt weiterzukommen) zu erkämpfen?

Sie haben mich erreicht u. ich habe gespürt, daß es stimmt, das es darauf ankommt darum zu kämpfen JETZT u. daß ich das auch will. So stand dann die Frage da - ist es für uns möglich offensiv zu werden.

Indem wir JETZT intervenieren, praktisch werden im unmittelbaren Zusammenhang des Hungerstreiks, d.h. der Initiative die die Gefangenen dort für sich bestimmt haben um aus der tödlichen Bedingung der Isolation in die Offensive zu kommen u. sich selbst neue, bessere Bedingungen-

das Kollektiv - für das Weiterkämpfen, zu schaffen.

Ob das so ist oder nicht haben wir uns am Anfang mit zwei Fragen u. Antworten geklärt. Einmal: was ist für uns selbst die Nähe zu ihnen in Frankreich jetzt, u. was sind die gemeinsamen Ziele von ihnen und uns jetzt. So haben wir diese "Möglichkeit" für uns konkret gefüllt, daß die Gefangenen die Initiative ergreifen um ihre eigenen Kampfbedingungen zu verändern - in die Offensive gehen um ihr Kollektiv zu erkämpfen, was für sie Bedingung ist um weiterzukommen. Daß sie diesen Schritt bestimmen als Teil des Prozesses von Aufbau der Einheit der Revolutionäre in ganz WE. Wir haben gemerkt daß es uns um die selben Ziele jetzt bei uns geht. Auch wenn das hier in der BRD, in der Region, in der Stadt, unter uns als Widerstand u. draußen konkret andere Bedingungen sind - daß wir diese Hauptziele - aus der Defensive in die Offensive um zusammenzukommen und so den Prozess zur Front selbst kämpfen auch haben. JETZT.

So haben wir dann auch versucht, die Diskussion zu führen - wer in der Stadt, Region, im Widerstand will jetzt dieses Ziel erreichen -

indem wir hier die Initiative der Gefangenen für uns aufgreifen und für unsere eigenen Ziele weiterentwickeln, zur Praxis bringen. Im Angriff gegen sie und daß wir den so zielen wollen, daß die Intervention ausdrückt wo wir hinwollen - zusammen kämpfen, hier aufeinanderzukämpfen in Westeuropa - durch das Verhältnis: die Ziele der Gefangenen aus Action Directe sind unsere Ziele.

Überlegungen und Schwierigkeiten, die für mich wichtig waren:

Ich war an Fragen dran, wie die Pigs die Isolation in die Gesellschaft rein organisieren - durch welche Projekte sie die Menschen voneinander trennen wollen um so den Kampf präventiv zu verhindern, bzw. ihn versuchen zu isolieren um ihn vernichten zu können. Dran überlegt, welche Projekte ihnen da jetzt am wichtigsten sind.

Ziemlich am Anfang unserer Erfahrung dachte ich, daß wir genau gegen sowas dann was machen müssen - sonst lasses nix.

Hab das auch als Maßstab genommen OB es wirklich ein Schritt für unseren langfristigen Prozess wird oder nicht. Später ist mir bewußt geworden, daß es keinen Widerspruch zwischen kurzfristigen Zielen und längerfristigem Prozeß gibt. WENN diese Ziele UNSERE sind jetzt - die, die wir erreichen müssen um den längerfristigen Prozeß in Bestimmung, Diskussionen und praktischen Erfahrungen zu entwickeln. Daß kurzfristige Ziele erkämpfen Bedingung ist um weiterzukommen. Wie wirs wollen und welche Ziele wir zusammen haben überhaupt rauszukriegen, in WIRKLICHKEIT, in der PRAXIS, für unsere Ziele so wie wir sie wissen und nicht abstrakt - im Kopf.

Daß das - langfristig - so ziemlich an den Schweinen hing - also was ist ihnen jetzt am wichtigsten und deswegen auf jeden Fall dagegen. Wo das eigentlich auch kein Widerspruch ist -, weil, wenn wir uns zusammen und in Westeuropa aufeinanderzukämpfen um konkrete gemeinsame Ziele zu erreichen, dann brechen wir dadurch die Isolationsstrategie der Schweine, weil sie ihr Ziel - nämlich uns auseinanderzuhalten/spalten - nicht mehr erreicht.

Wir haben diese scheinbaren Widersprüche oder Knoten im Kopf immer für das was wir jetzt wollen, lösen können. Weil wir ein gemeinsames Ziel hatten und dafür zusammen praktisch werden wollten - dafür haben wir diskutiert, uns gesehen und gefetzt, hinterfragt und schweinedinger unter uns kaputtgemacht oder zumindest angekratzt - weil sie uns zusammen im Weg waren. Das war stark und auch Unterschiede, andere Geschichte, verschiedene Grenzen an dem was man sich praktisch vorstellen kann oder unterschiedliche Nähe miteinander waren was, worüber wir geredet haben. uns bewußt gemacht haben. Um ZUSAMMEN für unsere Ziele von ihnen AUSZUGEHEN und z.B. die praktische Vorstellung so zu organisieren, das es für jede/n dadrin stimmt und zusammen ne starke Erfahrung wird.

Ich hab das da kilometertief durch meinen Zement gefühlt, daß wir UNS, so wie jede/r wirklich ist, die Identität, den Mensch brauchen für diesen Prozeß und für ihn den einen Schritt jetzt. Der nur ein Moment für weiter sein kann. So habe ich dadrin um andere wie um mich selbst gekämpft, weil es das ist was uns und andere mobilisiert - frei zu werden. Und das nur können, wenn wir das wie wir sind im Angriff gegen sie durchsetzen. Und von da aus gucken, wer sind wir jetzt, was haben wir erreicht - wie hat sich die Situation verändert und dann - wie wollen wir uns und sie weiterverändern, welche Ziele wollen wir weiter erreichen und wie geht das praktisch in nem weiteren Schritt gegen sie.

Ich bin in diesem Kampf für das Neue immer wieder drangeknallt auf das Alte bei mir. Wenns schwierig wurde, d.h. welche hatten sich z.B. dagegen entschieden oder Diskussionen waren zäh, und so viele Unterschiede, hatte ich oft Bock, mich zurückzuziehen und halt im Kleinen das was ich "WILL" durchzuziehen. Und GENAU da wäre es das geworden, kurzfristig, weil mir dann "machen" und ich mich subjektiv "durchsetzen gegen sie" Momente lang wichtiger war. Egal obs 5 Minuten waren oder mal ein Tag. Es war immer die Kapitulation, das Aufgeben, weil den Prozeß miteinander zu kämpfen, kollektiv zu werden im Angriff gegen sie, mir zu schwer vorkam. Für mich war das der Härteste, aber auch wichtigste Fight dadrin - immer wieder dann zu überlegen - WOHIN will ich denn selbst mit diesem Schritt - Einheit (auch wenn er nur klein ist) und Kollektivierung, frei werden. Wo der Schritt gegen die AUSDRUCK dieses Prozesses ist und nicht Selbstzweck.

Zwei Gedanken, die mir wichtig waren um das Praktisch zu bestimmen:

Einheit von Reden und Handeln - daß das: unsere Ziele und dafür handeln zusammengehört. Daß wir uns selbst so brauchen und daß andere uns - die Politik - auch nur

so kapieren können. Daß wir so hier kapliert werden wollen und das auch für dort Beides heißt. Außerdem, daß das heißt, uns Raum zu erobern um die Kundgebung, das was wir zu sagen haben, zu schützen. Gleichzeitig das Andere läuft. Um uns diesen Raum zu erkämpfen UND zu verteidigen, wir uns auch gegen die Bullen durchsetzen müssen falls sie kommen - sie so lange zurückdrängen, bis wir das was wir da wollen gemacht haben und dann - gemeinsamer Rückzug, damit sie keinen Einzigen kriegen, bzw. falls sie es versuchen, auch schon vorher, daß der mit aller Kraft rausgehauen wird.

Für uns klar war, sie kriegen uns nicht auseinander, müssen total eskalieren gegen uns alle, um ne Gefangennahme, Einkesselung oder Knüppelei durchzusetzen. Daß sie damit wenn sie sich so entscheiden - unsere Politik und ihre Gewalt auf der Straße breitschlagen. Es also so oder so ihre Niederlage und unser Sieg wird.

Jede/r von uns konnte dadrin nach seinen Fähigkeiten, Grenzen handeln - das ganze Ding erkämpfen. Eben nicht: schwach - stark, sondern: du und ich, und du und du, usw. - wir uns zusammen da durchsetzen.

Das so zu machen war uns wichtig und dadran haben wir auch mitbestimmt wo es läuft. Es gab da was "Besseres" im Sinne der Analyse, also daß die ne wichtigere Funktion haben für das Schweinesystem - aber es wäre praktisch so nicht durchzukämpfen gewesen. So wars für uns dann ein Nebenwiderspruch, weil es uns nicht drum ging was für SIE wichtiger ist, sondern was ist für UNS jetzt wichtiger.

Die andere Überlegung war, daß die Gefangenen in Frankreich mit der Einheit der westeuropäischen Pigs konfrontiert sind. Ob es nicht zu kurz, politisch unscharf ist, wenn wir ein Ding der Franzosen hier angreifen war mir die Frage. Es hat sich für mich darüber geklärt, daß wir wollen, daß SOFORT klar wird um welches zusammen kämpfen es uns geht - also mit denen in Frankreich zusammen. Daß da dann die Pigs auch gezwungen sind, den Streik; der relativ leise gehalten wird, auf den Tisch zu packen im Zusammenhang mit dem was wir gemacht haben. Daß wir so zielen wollen, daß sie das nicht wegdreht können. Also nicht sowas wo wir erst noch 5 Seiten schreiben müssen um klar zu machen warum wir jetzt da sind, sondern wo das klar wird - sofort. Auch wenn sie alle Wort dazu unterdrücken.

Dann haben wir auch geredet, daß wir da nicht mit so ner Statik rangehen können, weil das uns erdrückt und irgendwie auch nicht stimmt. Daß ja jeder Staat trotzdem selbst nach Innen die vereinheitlichte westeuropäische Politik umsetzen muß, weil jede Schweineclique sich ja mit anderen Bedingungen konfrontiert sieht in den einzelnen Ländern und das dann entsprechend - damit sich nichts gegen sie eskaliert - umsetzen müssen. D.h. es ist der Staat Frankreich konkret, der die westeuropäische Linie nach innen, auch gegen die Gefangenen umsetzt. Und wenn wir Frankreich hier, in der BRD, angreifen, das fanden wir schon gut. Auch kurz geredet, daß es dort ja keinen Widerstand gibt und wir aber für uns selbst hier und in die Situation eingreifen wollen. Daß wir sowohl dort wie hier die Wirkung wollen, daß die Starre weiter aufbricht - daß wir weitermobilisieren (auch in Frankreich, trotz der unterschiedlichen Bedingungen, daß es dort keinen Widerstand gibt wie hier) für die Zusammenlegung der vier Genoss/inn/en jetzt, bzw. die Einheit der Kämpfenden in Westeuropa, für die Möglichkeit die imperialistische Macht zu zerstören und unsere zu entwickeln. Wo wir gespürt haben wie entscheidend es ist für die Vereinheitlichung der Kämpfenden in Westeuropa, daß wir HIER als Widerstand praktisch intervenieren für diesen Prozeß zur Einheit in Westeuropa: weil dadurch gehen wir von den Bedingungen aus - z.B. es gibt keinen entwickelten Widerstand in Frankreich - und zielen unsere Schritte hier so, daß der Kampf für die Einheit der Revolutionäre in Westeuropa (auch: mit den vier Genoss/inn/en) trotz und gegen diese Bedingungen dort sich durchsetzt. Gegen die Pigs und zu Leuten, die was anderes wollen dort.

Es war dann ja ein Moment in ihrer Propaganda- und Ideologiemaschine, die für die Organisation der starken Achse hier unter dem Mantel des "freien Europa ohne Grenzen" den Studenten- und damit Wissens- und Technologieaustausch fördert.

Das Folgende ist der Beitrag, den wir vorm Institut Francals gehalten haben. Es ist unter großem Zeitdruck entstanden und darüber war es nicht möglich, ihn noch gemeinsam zu diskutieren.

Beitrag

Selt 1.12.87 sind vier Genossen/innen Georges Cipriani, Nathalie Ménigon, Joelle Aubron und Jean Marc Rouillan aus ACTION DIRECTE im unbefristeten Hungerstreik und kämpfen für ihre Zusammenlegung und die Schließung der Isolationstrakte.

Unsere Initiative jetzt ist bestimmt vom gemeinsamen Ziel: Aufbau der westeuropäischen Front aus Guerilla, Widerstand und den Gefangenen. So wie die Hungerstreikenden in der Konfrontation das kämpfende Kollektiv im Knast aufbauen, organisieren wir uns auf dem Terrain des Widerstandes, so, wie wir es brauchen, um die Konfrontation offensiv führen zu können, mit dem Ziel gemeinsam zur Wirkung zu kommen.

Diese Kundgebung, als Einheit von Reden und Handeln hat die Bestimmung die Möglichkeit für jede/n zu schaffen, sich in dieser Konfrontation praktisch zu bestimmen und somit den subjektiven Boden für weitere Schritte zu schaffen.

In der Organisation, als offener Prozeß, haben wir die Erfahrung gemacht, wie wir zusammen kämpfen können. Immer am Ziel orientiert, die Kundgebung machen zu wollen. Das solidarische Verhältnis praktisch zu machen und uns die Nähe zueinander zu erkämpfen, die wir brauchen um den revolutionären Prozeß in der Metropole mit- und weiterzuentwickeln.

Es geht uns mit diesem Schritt darum, die politische und praktische Handlungsfähigkeit des Widerstands zu vertiefen.

In der Offensive 1986 haben die westeuropäische Guerilla und die kämpfenden Einheiten den Aufbau der Front vorangetrieben, doch der Widerstand als Ganzes war nicht in der Lage, sich in der Offensive praktisch zu bestimmen. Wir begreifen unsere Initiative als einen Schritt in der politischen und praktischen Bestimmung des Widerstands in der Front und durchbrechen damit unsere Defensive. Wir haben die Kundgebung von anfang an als offensives Moment für uns bestimmt, da wir wissen, das wir nur auf diesem Niveau die Schärfe entwickeln können und werden, die wir brauchen, um uns gegen die imperialistische Staatenkette durchzusetzen.

Für unsere Ziele und gegen ihre Projekte heißt das jetzt: Die Zusammenlegung aller kämpfenden Gefangenen in Westeuropa gegen das imperialistische Vernichtungskalkül und die Isolationshaft erkämpfen. In direkten Schritten und Initiativen werden wir stärker!

Frankreich und die BRD, als westeuropäische Kernstaaten, treiben das imperialistische Projekt der Formierung aller Kräfte Westeuropas und die Umstrukturierung aller gesellschaftlichen Bereiche voran.

Für ihre Projekt der politischen, ökonomischen und militärischen Kräftekonzentration in Westeuropa brauchen sie Menschen, die dieses Projekt tragen und vorantreiben. So soll über ihre "europäische Idee", ihre "französisch/deutsche Freundschaft", die unter dem Deckmantel von "Fortschritt und Völkerverständigung" daherkommt, die Mobilmachung der Menschen für die Herrschaftssicherung des Kapitals laufen.

Doch die Erfahrung von Vielen ist, daß es genau das kapitalistische Gesellschaftssystem ist, daß der Entfaltung der Menschen die Grenzen setzt und sie zerstört. Das Institut Francals und das Goethe-Institut der BRD übernehmen im Kultur- und Bildungsbereich eine wichtige Funktion, für die Vernetzung und Ausdehnung der Zusammenarbeit zwischen der BRD und Frankreich und sollen gleichzeitig für "ihr" Europa werben und den wahren Charakter verschleiern.

PALÄSTINA, LEBENDE REVOLUTION - SIE LEBT HIER AUCH SCHON ZUSAMMEN KÄMPFEN, ZUSAMMEN SIEGEN DIE FORMIERUNGSPROJEKTE HIER BEKRIEGEN DEN EIGENEN WEG IM KAMPF ENTWICKELN SO KÖNNEN WIR ZUSAMMEN KOMMEN

Anf. 12.87

W.berlin - Kundgebung u. Aktionen gegen we'isch Innenministerkonferenz (sog. Schengen-Gruppe).

18.12.87 Italien

Gefangen aus den Roten Brigaden geben eine Solidaritätserklärung mit den Gefangenen aus AD ab, im gerade stattfindenden Prozeß wegen Moro.

Sylvester 88

HH Hafenstr. - Intern. Diskussionstage, gem. Demo zum Knast

21.1.88

fünf oder sechs Genoss/inn/en aus der BRD gehen in den Prozeß gegen AD in Paris, sprechen mit ihnen und rufen Parolen

25.1.88

Brandanschlag auf Renault in Othmarschen (HH)

5.2.88

Belgien

fünf Leute halten die brüsseler Redaktion der französischen Nachrichtenagentur AFP für 4 Stunden besetzt

9.2.88

Dänemark

Aktion gegen das französische Konsulat in Kopenhagen mit Steinen und Farbe/Parolen

12.2.88

Frankreich

Angriff auf das gerichtsmedizinische Institut in Paris

ca. mitte feb. 88

Frankreich - Plakate gegen die Isolation der Gef. in mehreren Großstädten

16.2.88

Angriff auf das Schulungszentrum der Deutschen Bank in Kronberg/Frankfurt

17.2.88

Spanien

Solidaritätserklärung mit dem Kampf der Gefangenen aus AD von politischen Gefangenen aus PCE/R und GRAPO im Knast von Sorla

19.2.88

Zerstörung der Fensterfront von AEG in Bielefeld

ca. 1.3.88

Aktion gegen Renault in Bielefeld, Reifen von Autos zerstochen und Parolen

1.3.88

Brandanschlag auf Renault in Rosbach

29.3.88

Im Zshg. mit der Demo gegen die EG-Außenministerkonferenz in Hamburg: Aktion der Angehörigen für die Zusammenlegung der 4 in Frankreich, für die ZL hier, die Freilassung von Günther Sonnenberg, Operation für Angelika Goder in der Nähe des Konferenzentrums.

16.3.88

Im Raum Erlangen bei Citroen 50 Reifen zerstochen und gesprüht: "unsere Solidarität mit dem Hungerstreik der Gefangenen aus AD"

Es gab viele Grußadressen und in vielen Städten ist gesprüht worden. Auch in Franklech ist auf jeden Fall mehr gelaufen als jetzt hier steht. Und es gibt bestimmt noch Sachen, die wir einfach nicht mitgekliegt haben.

Ingrid Strobl

Mein einziger Kontakt zur Außenwelt sind ja - neben den paar Trennscheibenbesuchen - die - zensierte - Post und die Zeitungen. Ich muß Dir hier nichts über bürgerliche Medien erzählen. Doch gerade die tägliche Lektüre der Zeitungen bestärkt mich auch in meinem Wissen, daß man den Kampf nicht aufgeben darf.

Ich lese, daß der Senegal neue IWF-Kredite erhalten hat - natürlich mit den entsprechenden Auflagen und daß die Menschen im Senegal dagegen rebellieren.

Ich lese, daß zur Zeit immer wieder die einschlägigen Experten auf eine Intensivierung der Bevölkerungspolitik in der Bundesrepublik drängen. Denn: Die Deutschen sterben aus. Ich lese gleichzeitig, daß die Regierung ein verschärftes Zwangsberatungsgesetz gegen schwangere Frauen plant. Und daß öffentlich nach einem neuen - einem sympathischeren - Begriff für „Retortenbaby“ gefahndet wird. Und ich weiß, daß diese Gleichzeitigkeit kein Zufall ist. Ich lese weiter in den Zeitungen, daß auf dem Flughafen Hannover sieben kurdische Kinder verhaftet und in einer BGS-Kaserne festgehalten wurden. Und daß die Verschärfung des Asylrechts endlich praktisch werden soll.

Und während ich all das lese, wird die Frage, warum ich im Knast sitze, ziemlich rhetorisch.

Der patriarchale Imperialismus, also das, was gemeinhin „westliche Welt“, „erste Welt“, die „Industriation“ genannt wird, befindet sich in einer neuen Phase. Alle Reste von Lebendigkeit, von Selbstbestimmung der Menschen in den drei Kontinenten (also Afrika, Asien, Lateinamerika - der sog. „dritten Welt“) sollen beseitigt werden. Die Bevölkerung der drei Kontinente wird im groben und umfassenden Maßstab selektiert: Hier vernutbares Arbeitsmaterial, dort unnütze Esser. Die Gentechnologie liefert für diesen Angriff die Produktionsmittel, IWF und Weltbank sichern die Produktionsbedingungen, die Weltinnenpolitik der Metropolen sorgt im Verein mit den örtlichen Bourgeoisien dafür, daß der aufständische, der rebellierende Teil der Bevölkerung niedergeknüpelt, niedergeschossen, zu Tode gefoltert oder einfach ausgehungert wird. Trotzdem kämpfen die Menschen weiter, und Menschen in den Metropolen solidarisieren sich mit ihrem Kampf. Grund genug für die Herren in den Aufsichtsräten und Ministerien, noch raffiniertere und zugleich brutalere Methoden der Aufstandsbekämpfung entwickeln zu lassen.

In den Genlabors der Metropolen werden Pflanzen entwickelt, die von allen natürlichen Anbaubedingungen unabhängig sind. In einer ausgeklügelten Kombination von genmanipuliertem Samenmaterial entsprechenden Insektiziden und Düngemitteln, kann somit überall genau das angebaut werden, was gerade den größten Profit verspricht. Für die Klein- und Kleinstbäuerinnen bedeutet das das engültige Aus. Das Ergebnis ist ein frei flotierendes Heer von Menschen, das den Kapitalinteressen ohne jeden Rückhalt ausgeliefert ist. Diese Menschen werden zum Teil in der landwirtschaftlichen Produktion eingesetzt, wo sie sich systematisch an den hochtoxischen Düngemitteln und Insektiziden der Firma Bayer, Höchst und Konsorten vergiften. Ein anderer Teil wird für die industrielle Billiglohnproduktion vernutzt. 90% der in den Weltmarktfabriken Ausgebeuteten sind Frauen. Wieder ein anderer Teil - fast ausschließlich Frauen - wird auf dem internationalen Sklavinnenmarkt verschauert: in die Bordelle von Manila bis Hamburg, als Katalogbräute, in die Pornoindustrie. Die Frauen der drei Kontinente als Billigware für den weißen Mann. Frauen als Cash-Crop, ein florierender Industriezweig. Ein großer Teil dieser total enteigneten und vertriebenen Menschen ist permanent auf der Flucht. Von einem Elendgebiet ins nächste. 90% der Flüchtlinge weltweit sind Frauen und Kinder. Die wenigen, die es schaffen, bis in die Metropolen vorzudringen, werden mit allen Mitteln wieder zurückgetrieben. Denn es geht nicht an, daß sich die einen Teil vom Kuchen holen wollen, die fast ausschließlich die Zulaten für diesen Kuchen beschafft haben. Bleibt noch der letzte und große Teil der trikontinentalen Menschen, der bei dieser weltweiten Selektion als nicht verwertbar, als unnütze Esser eingestuft und systematisch durch Hunger vernichtet wird. Hungerkatastrophen sind keine Naturereignisse. Sie werden erzeugt und zwar in den Kommandozentralen des Agrarbusiness und der Weltbank. Ein konstanter Teil der Erdbevölkerung verhungert, weil statt Lebensmitteln Schweinefutter für die Kotelettindustrie in den Metropolen angebaut wird. Weil das Grundnahrungsmittel Soya für die industrielle Verwertung exportiert wird. Und so weiter.

Doch auch in den Metropolen selbst weht ein schärferer Wind. Hier wird mit einer Konstanten von Millionen Arbeitslosen kalkuliert, Sozial- und andere öffentliche Leistungen werden reduziert, immer mehr Menschen in die Verarmung und Marginalisierung getrieben. Die Verbesserungen, die die Frauenbewegung für die

Aus den Niederlanden wurde der RAF und anderen deutschen terroristischen Gruppierungen durch die periodisch erscheinende Schrift »De Knipselkrant« wiederholt publizistische Hilfe zuteil. Die Herausgeber verstehen das Blatt als Diskussionsforum für den »bewaffneten Kampf«. Sie wollen die Entwicklung einer »revolutionären Politik in Westeuropa« stärken und die »Politik der Guerilla und des antiimperialistischen Widerstandes transportieren«. Der große Anteil von deutschen Beiträgen belegt die starke Ausrichtung der Schrift auf das hiesige militante/terroristische Spektrum. Umgekehrt nutzt dieses zunehmend die Möglichkeit, mittels »Knipselkrant« eigene Erklärungen grenzüberschreitend zu verbreiten. (VS Bericht 1987)

März 1988

Lage der weiblichen Bevölkerung erkämpft hat, werden Schritt für Schritt rückgängig gemacht. Ein ungeheurer, technisch perfekter Apparat von sozialer - und neuerdings auch genetischer - Erfassung zielt auf die totale Kontrolle der Menschen und die Aussonderung all derer, die nicht der Norm der Verwertungsgesellschaft entsprechen: Behinderte, Alte, chronisch Kranke. Ihnen wird wieder - so wie schon einmal hierzulande - die Euthanasie angedroht.

Doch gegen all das gibt es auch Protest und Widerstand. Gerade gegen zwei so hochsensible Herrschaftsprojekte wie Gentechnologie und Flüchtlingspolitik hat sich in den letzten Jahren eine sehr breite Bewegung gebildet, die von den Kirchen bis zu autonomen Gruppen reicht. Das stört das Konzept der Herrschenden gewaltig, denn was sie so dringend brauchen, ist Akzeptanz, nicht Widerspruch, geschweige denn Widerstand. Sie versuchen es mit Spallungsmanövern und Bestechung. Sie erzählen einer bestimmten Auswahl von Mittelschichtfrauen hier, die ganze Reproduktionstechnologie ziele darauf, armen Unfruchtbaren zum ersehnten Kind zu verhelfen. Sie erzählen hilfbereiten Pfarrern, sie müßten aufpassen, daß sich keien sogenannten Wirtschaftsasylanten unter die sogenannten echten Asylanten schmuggeln, denn das könne die Chancen der politisch Verfolgten schmälern. Und so weiter, ihr kennt die Beispiele selbst.

Und trotz all dem hatten sie bisher keinen großen Erfolg. Nun folgt dem Zuckerbrot die Peitsche. Der neue 129a ist ein Instrument zur Bekämpfung der Gegner/innen ihrer mörderischen Projekte. Dieses Instrument wird nicht gegen die breite Protestbewegung eingesetzt - noch nicht - sondern gegen den militanten Widerstand. Damit soll allerdings zweierlei erreicht werden: Die Zerschlagung des Widerstands und die Einschüchterung des Protestes. Die „Guten“ sollen sich von den „Bösen“ distanzieren, damit der Staatsschutz mit den „Bösen“ machen kann, was er will. Außerdem sollen die „Guten“, aus Angst davor, selber kriminalisiert zu werden, die Finger von gewissen Themen lassen. Welche Themen das sind, bestimmt der Staatsschutz, indem er sie als „anschlagsrelevant“ definiert. Zur Zeit sind das die Themen Flüchtlingspolitik, Gentechnologie und internationaler Frauenhandel. Demnächst wird auch das Thema IWF/Weltbank als „anschlagsrelevant“ gehandelt werden.

Diese Themen sind allerdings nicht deshalb kriminalisiert, weil die RZ/Rote Zora dazu Anschläge gemacht hat. Sondern, weil sie hochsensible und profitträchtige Projekte des patriarchalen Imperialismus betreffen. Deshalb haben wohl auch die RZ/Rote Zora gerade zu diesen Projekten Anschläge gemacht. Man sollte das Pferd hier nicht am Schwanz aufzäumen.

Wer sich darauf beschränkt, Gentechnologie, Sextourismus, Flüchtlingspolitik und die Machenschaften von IWF und Weltbank zu kritisieren, Verbesserungsvorschläge zu machen und sog. Auswüchse anzuprangern, ist auch weiterhin nicht in großer Gefahr. Wer aber sagt, der patriarchale Imperialismus kann nicht verbessert, er muß abgeschafft werden; wer sagt, das System macht keinen Fehler, das System IST der Fehler, die/der ist jetzt noch problemloser zu kriminalisieren. Wer dieses System radikal, also bis in die Wurzeln analysiert und damit als die Ausbeutungs-folter- und-Vernichtungsmaschinerie kenntlich macht, die es ist, riskiert es, im Knast zu landen.

Theorie wird offenbar wieder hoch bewertet von den Herrschenden. Theorie, die sich nicht in den Elfenbeinturm der Universitäten und nicht in die Glitzergefelde der Postmoderne verzieht, wird wieder als Waffe bewertet. Da muß nur noch ein angeblicher Weckerkauf oder ein angeblicher konspiratives Treffen dazukommen - und schon hockst du in der Zelle.

Eigentlich ist es ein Grund zur Freude, wenn man wieder so ernst genommen wird!

Die Herren Staatsschützer und ihre Auftraggeber können es nicht ertragen, daß sie bisher kaum jemanden von den RZ/der Roten Zora zu fassen bekamen. Die Dauerschlappe lastet schwer auf ihrem Gemüt und vernebelt endgültig ihr Gehirn. Sie müssen einfach einen Fahndungserfolg vorweisen, vor allem nachdem sie nach der Adler-Aktion der Zora-Frauen bundesweit mehr als klammheimliche Freude breitmake. Und so basteln sie sich waghalsige Konstruktionen, die nur in ihrer eigenen seltsamen Staatsschutzlogik einen Sinn ergeben. Die aber ganz real Menschen in den Knast und auf Fahndungsplakate bringen.

Es liegt nun an uns, dieser „Logik“ etwas entgegenzusetzen. Es liegt an uns, dafür zu sorgen, daß diese „Logik“ nicht aufgeht. Es liegt an uns, den Herrschenden zu zeigen, daß wir trotz aller Einschüchterungsversuche und Kriminalisierung ihr menschenverachtendes und -vernichtendes System nicht hinnehmen.

MEETING OF THE MINISTERS OF JUSTICE AND OF THE INTERIOR OF THE EUROPEAN COMMUNITY (Brussels, April 28th, 1987)

DECLARATION OF THE BELGIAN PRESIDENCY

The meeting of the TREVI Ministers was held in Brussels on April 28th, 1987, under the presidency of Deputy Prime Minister Jean GOL, Minister of Justice, and M. Joseph MICHEL, Minister of the Interior. It was preceded, the same day, by a "ad hoc" meeting dealing with the problems of immigration and on April 27th by a meeting of the TREVI Troika formed by the presidents in office and their immediate predecessor (United Kingdom) and successor (Denmark).

The Troika had talks with M. Edwin MEESE, Attorney General of the United States, M. James KELLEHER, General Solicitor of Canada, and with M. Karl BLECHA, the Austrian Minister of the Interior.

I 'AD HOC' MEETING ON IMMIGRATION

In the presence of Lord COCKFIELD, Vice President of the Commission of the European Communities, the Ministers of the Twelve Countries of the European Community in charge of immigration, the fight against drugs and terrorism, following their agreement of their London meeting on October 20th, 1986 and on the basis of the proceedings of the ad hoc group which they created on that occasion, recalled the necessity of reinforcing even more their co-operation in these matters with a view to the realisation in 1992 of free circulation within the Community, as is foreseen in the Single European Act. They have come to the following conclusions:

A. THE IMMIGRATION PROBLEM IN GENERAL IN THE COMMUNITY'S MEMBER STATES.

The Ministers have defined the general lines of the future work of the group:

a) Visa policy

Visa policy plays a particularly important part in the reinforcement of the controls at the external borders.

A common visa policy should aim at a double objective:

- gradually approach a visa system which would be as unified as possible in all Member States, including the criteria for the issue of visas;
- contribute to better control of the problems linked with immigration in general.

Within the framework of the coordination and the possible harmonization of the regulations of the Member States in the matter of visa, the Member States will initiate, in the immediate future, a systematic examination of the documents they require, including transit visas, with a view to resulting, if possible, in progressively requiring the same documents.

b) Controls at the external borders of the Community.

A reduction and, eventually, the suppression of the controls at the internal borders of the Community must be combined with and depends upon a reinforcement of the controls at the external borders of the Community.

1) External borders

The works of the group will deal with the following matters:

- the controls at the port and airport borders, which will have to be reinforced, taking into account the characteristics of each of these borders. Considering the necessity of improving the comfort of Community travellers, the means will have to be studied of ensuring that these travellers should not suffer from the reinforcement of these controls. In this respect, a modulated control of the travellers following the fact that they are nationals of a Community Member State or not, should be organized without restricting the efficiency of the control concerning clandestine immigration from third countries, terrorism, drugs and crime;

- the controls at the land borders;

- the situation of the Member States having a very considerable maritime border which is, as per definition, difficult to control;

- the means of repatriating to third countries citizens of third countries who are in an irregular situation in the Community.

Common rules should be applicable to all controls, in such a way that the Member States which carry out controls at the external frontiers accomplish the verifications needed by all other Member States.

2) Frontiers within the Community

Taking into account the fact that the various considered measures will not totally avoid irregular entries:

- controls at the internal frontiers should be maintained as long as is necessary for the establishing of alternative agreements taking account so far as the nationals of the Member States are concerned of the dispositions of the directive which is being elaborated;

- the control procedures on the territory of the Member States of nationals of third countries in an irregular situation should be reinforced and return procedures of persons in an irregular situation should be effectively

implemented;

- Member States which have not concluded readmission agreements with one or more other Member States should initiate negotiations to this effect.

B. CANDIDATES TO THE STATUS OF POLITICAL REFUGEE

The Ministers have recalled the vocation of the Member States to receive persecuted persons and they have insisted on their determination to respect fully the Geneva Convention. Moreover they have expressed their opinion that the States can, for humanitarian reasons, authorise foreigners to stay who do not meet the conditions of this Convention.

The Ministers have nevertheless observed that the application for the status of political refugee is often diverted from its true objective. In order to fight against these abuses, the Ministers have agreed on the following principles:

1. Before the arrival on the national territory

1) Transport

The Member States

- remind the transporters of the obligations of Annex IX of the Convention of Chicago;

- oblige the transporters bringing a person into a country of the Community without the required documents to take this passenger back and to cover the expense necessary for his departure;

- ensure, if they deem this appropriate, in certain third countries, at the moment of boarding, a document control of the passengers; this control is carried out, either, possibly, by a consular agent, in agreement with the State on which the airport or the port depends, or by an agent of the transport company;

- in case of need, will take action against the transporters responsible of having brought a traveller without the required documents.

In order to allow an investigation of the applications in the best conditions, it is recommended to provide for areas where the applicants can be received during the initial phase of the inquiry concerning their application.

2. Examination procedure of the application

Without prejudice of the particular situations they can be confronted with, the Ministers have agreed to apply a simplified investigation procedure of the asylum applications in case these clearly not meet certain required conditions, for instance if the application is clearly not founded or if the applicant could be a menace to public order or national security.

The Ministers have also taken measures in order to fight:

- simultaneous applications in several Member States,

- successive applications after a first negative decision by one of the Member States.

The Ministers have considered that when one Member State decides to refuse an asylum application, this State will see to it that the person concerned does not go to another Member State, unless with the agreements of the latter or in case the foreigner meets the legal conditions to go there.

The Member States might facilitate the departure to a third country, by giving a certain material aid.

C. FALSE DOCUMENTS

The Ministers have given a mandate to the group to take measures in order to improve the collaboration between Member States in the matter of false identity documents and false travelling documents in general. It is clear that, by their nature, these works are confidential, but they will include:

- the preparation and circulation to all Member States of a bulletin giving cases of fraud that had been detected, and

- cooperation in producing documents that are more secure against fraud.

II MEETING OF THE TREVI MINISTERS

The Heads of State and of Government, during their London meeting on December 5th and 6th 1986, reserved a large part of their conclusions for the protection of free society, examining more in particular the way to intensify even more the co-operation in the fight against terrorism, clandestine immigration and drug traffic.

These problems are essential with a view to the accomplishment of free circulation within the European Community, as foreseen by the Single European Act.

The TREVI group is first of all competent for the implementation of the aim of the Member States to join their resources to reinforce as much as possible their capacity to prevent terrorist acts and to judge the persons responsible of them.

The TREVI group must also play an important part in

the struggle against traffic and illegal use of drugs, in particular by intensifying the co-operation between the police services and the customs administrations, as well as by exchanging intercommunications agents between different countries of the Community and by sending such agents in other countries.

In both mentioned fields, terrorism and drugs, the Heads of State and of Government have insisted on the intensification of the co-operation with allied third countries.

The Belgian presidency has wished to place itself in the line of the conclusions of the European summit of London.

A. Functioning of the TREVI group

The ministers have observed the gradual creation of a protected communications network between the interested services of the Member States they had decided on during their previous meetings.

The Ministers have been alive to the arguments in favour of the implementation of a light administrative structure allowing to ensure a follow up of the proceedings. They have insisted on the necessity of an experimental and gradual phase.

In a first stage, a Troika will be constituted on the level of civil servants having a large experience in the matter of TREVI. Contacts will take place, as frequently as is required, in order to benefit from acquired knowledge.

The Danish presidency will evaluate this first stage and will express recommendations with a view to determining the future stages of the implementation of a true 'TREVI memory'.

In this respect, the Belgian presidency have elaborated a synthesis of the proceedings of the TREVI group, since its origins up to now, on 11 subjects selected among the most important ones.

The relations with third countries and with other international organisations have been the object of a communication from the presidency, showing the importance of their recent development.

It is thus that the Ministers of the Troika (Belgium, United Kingdom and Denmark) have met, on April 27th, the Attorney General of the United States, Mr. MEESE, The General Solicitor of Canada, M. KELLEHER and the Austrian Federal Minister of the Interior, Mr. BLECHA. Contacts with other third States, sharing the same opinion concerning terrorism and large scale crime, have been organised by the Belgian presidency (Switzerland, Sweden, Australia...)

B. Terrorism

First of all, the Ministers have detailed the practical implementation conditions of the Agreement of Bonn of November 8th, 1984, formally agreed upon in Rome on June 21st, 1985, on the exchange of information between the TREVI Member States on undesirable foreigners from third countries. This concerns foreigners presenting a menace in the field of terrorism. This agreement will consequently be fully effective. Working party I will continue the study of the means to improve the control of persons and goods from areas where an important terrorist risk exists.

The Ministers have concluded an agreement on the organisation of an international information exchange between the TREVI Member States concerning the stealing and the discovery of arms and explosives, which might serve terrorist ends. These significant data will also concern traces and analysable residues.

They have approved an evaluation procedure of terrorist menace in the countries of the European Community. This evaluation will from now on be permanent, thanks to TREVI's protected communication system. Moreover, it will include both external and internal menaces.

A report presented by the Belgian presidency on the evaluation of the menace of terrorism for the countries of the European Community has been approved by the TREVI Ministers, who have decided to communicate it to their colleagues of Foreign Affairs, in the framework of political co-operation.

C. Drug traffic

The Ministers are particularly satisfied with the results obtained by the experts in the field of the struggle against illegal drug traffic.

They have approved a first agreement allowing the immediate use for the benefit of all Member countries of the Community of the 'drugs' intercommunication officers which are at present stationed in third countries.

It has been agreed that a more detailed convention, concerning in particular the problems of status and allowing the harmonization of the geographical spreading, will be examined under the next presidency.

The Ministers have also decided to continue the proceedings on the special investigation methods in the struggle against illegal drug traffic.

D. Miscellaneous

The Ministers have examined the activities of the TREVI group concerning fire protection. This activity is part of the initial mandate of TREVI.

The activities of the competent working party have allowed the elaboration by the EEC of a directive concerning the means of command of fire protection. They are developing in the field of disaster combat. The problems of fire protection in sea ports are on the agenda paper.

The Ministers recognize the very positive aspect of these proceedings, but they consider the possibility, taking into account the extension they have taken, to place them under the direction of a Ministerial Conference dealing more in particular with civilian protection.

They have also taken note of the progress of the works of the experts in the field of police arms and equipment, of security and guarding companies, as well as of office automation and computers as a managing tool for the police forces.

Ministers noted with concern proposals which might limit the ability of security agencies to check the movement of firearms across Community frontiers. They agreed to inform the European Commission of their view that any new measures to facilitate the free movement of goods within the Community should not inhibit national authorities making such checks as they thought appropriate on the movement of firearms across Community frontiers.

Finally, a network of permanent correspondents has been organized in the field of hooliganism on the occasion of sports meetings.

An der Vorsitzenden des
Innenausschusses des Deutschen Bundestages
Herrn Hans Gottfried Bernrath
7.3.88

Im Anschluß an mein Schreiben vom Juni 1987 darf ich Sie von der weiteren Umsetzung des Abkommens von Schengen unterrichten.

Am 17. Dezember 1987 hat in Berlin unter meiner Leitung die jüngste Sitzung der für das Abkommen persönlich beauftragten Minister und Staatssekretäre stattgefunden.

Die Beteiligten gingen davon aus, daß der derzeitige Sicherheitsstandard im Polizei- und Zollbereich auch nach dem Abbau der Grenzkontrollen im wesentlichen gehalten werden muß. Daher waren sich die Vertragspartner darüber einig, daß im Hinblick auf den für 1990 in dem Abkommen vorgesehenen Abbau der Kontrollen an den Binnengrenzen zwischen den fünf Vertragsstaaten die Vorbereitungsarbeiten für die in einem oder mehreren Staatsverträgen zu regelnden Ausgleichsmaßnahmen - insbesondere im Sicherheitsbereich - 1988 beendet werden müssen, um die Ratifizierung bis 1990 sicherzustellen. Dabei geht es vor allem um die Harmonisierungsmaßnahmen in den Bereichen:

- Bekämpfung der Betäubungsmittelkriminalität, vor allem die Schaffung eines gemeinsamen Mindestverfolgungsstandards;
- Waffenrecht;
- Durchführung von Grenzkontrolle und Grenzüberwachung an den Außengrenzen sowie Hotelmeldepflicht;
- Sichtvermerkpoltik und Aufenthaltsrecht von Ausländern;
- bestimmte Formalitäten im Asylverfahren.

Außerdem werden möglichst weitgehende Verbesserungen im Bereich der gegenseitigen Rechtshilfe in Strafsachen angestrebt.

In den meisten hier genannten Bereichen liegen bereits Vertragstexte vor, es gibt aber auch noch Einzelprobleme, über deren Lösung zwar eine Mehrheits- aber noch keine einheitliche Meinung gefunden werden konnte.

So haben sich im Bereich der gemeinsamen Bekämpfung der Rauschgiftmittelkriminalität auch die anderen Vertragspartner bereit gefunden, ihren Parlamenten die Ratifizierung des Übereinkommens von 1971 über psychotrope Stoffe zu empfehlen. Es bestehen auch bereits von allen Vertragspartnern getragene Teil-Texte zur Schaffung eines Mindestverfolgungsstandards für die Rauschgiftkriminalität. Dabei ist die deutsche Seite bemüht, möglichst wenig Raum für allgemeine Ermessenstatbestände beim Tätigwerden der Sicherheitsbehörden in der Verfolgung von Rauschgiftdelikten zu lassen.

Weiterhin ist es das Bestreben der Vertragspartner im Bereich des Waffenrechts, die Listen der erlaubnis- und meldepflichtigen Waffenkategorien zu harmonisieren. Auch hier bestehen weitgehend einvernehmliche Textentwürfe. Außerdem wurde in Berlin vereinbart, im Bereich des Waffenhandels den Informationsaustausch über die in allen Vertragsstaaten erlaubnispflichtigen Waffen sofort aufzunehmen.

Im Bereich der Angleichung von Sichtvermerkpoltik und dem Aufenthaltsrecht von Ausländern bestehen weitgehend Vertragstexte über die zu regelnde Materie. So ist u.a. vorgesehen, daß Ausländer aus Nicht-Vertragsstaaten, die Inhaber eines einheitlichen Sichtvermerks sind, sich während der Gültigkeitsdauer im gesamten Hoheitsgebiet aller Vertragspartner aufhalten dürfen. Bis zu Schaffung des einheitlichen, für das gesamte Hoheitsgebiet der Vertragsstaaten gültigen Sichtvermerks, könnten Drittstaaten, die Inhaber eines von diesen Vertragsstaaten ausgestellten Sichtvermerks sind und rechtmäßig in das Hoheitsgebiet eines dieser Staaten eingereist sind, sich während der Gültigkeitsdauer des Sichtvermerks, höchstens

jedoch bis drei Monaten ab Datum der ersten Einreise in dem gesamten Hoheitsgebiet der Staaten aufhalten und frei bewegen.

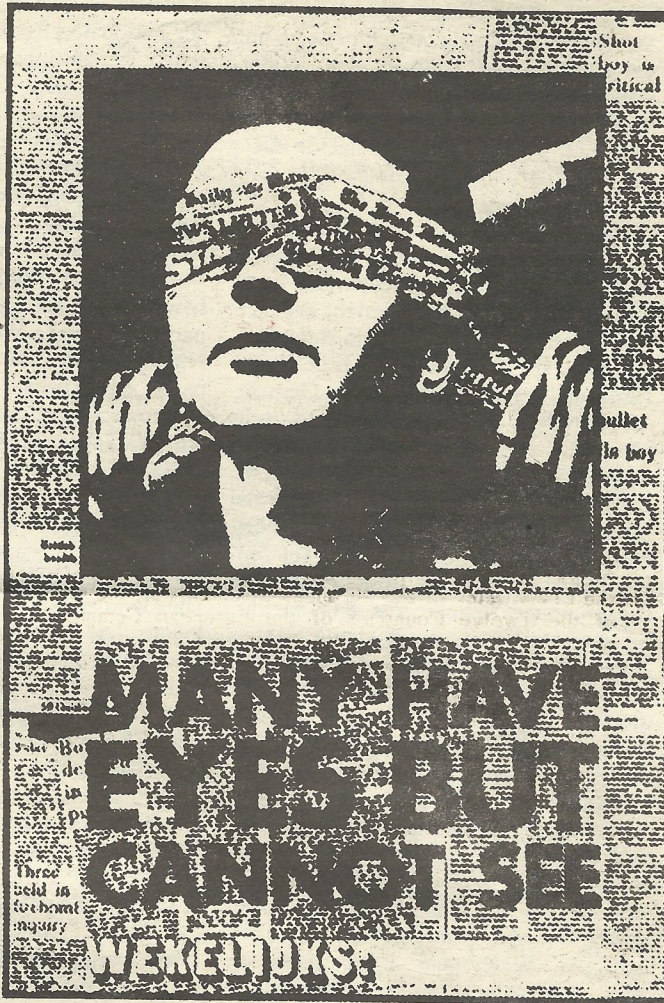
Im Bereich des gewerblichen Straßenpersonenverkehrs wurden bisher probeweise eingeführte Erleichterungen zur Dauerregelung erklärt. So reicht es im grenzüberschreitenden Omnibusverkehrsverkehr in Zukunft aus, wenn in der mitzuführenden Fahrgastliste die Zahl der Fahrgäste angegeben wird; auf Namenslisten wird verzichtet. Insgesamt sind weitere Fortschritte insbesondere im grenzüberschreitenden Güterverkehr abhängig von der Entwicklung des Binnenverkehrsmarktes bis 1992 im Bereich der Europäischen Gemeinschaft. In diesem Zusammenhang habe ich unsere Vertragspartner nochmals auf die Notwendigkeit der Harmonisierung unterschiedlicher Wettbewerbsbedingungen hingewiesen.

Außerdem haben die Vertragspartner vereinbart, ab 01.01.1988 auf phytosanitäre Kontrollen beim Handel mit Pflanzen zwischen den Vertragsstaaten weitgehend zu verzichten. Dies gilt für bestimmte Zierpflanzen und Schnittblumen, für bestimmte Obstsorten sowie Holzarten und Saatgut. Dabei wurde ein zusätzlicher Auftrag zur Prüfung erteilt, ob und inwieweit diese Maßnahmen zunächst auf die EG-Mitgliedstaaten und in einem späteren Schritt auch auf Drittstaaten ausgeweitet werden können.

Im übrigen wurde beschlossen, die Verhandlungen über einen Beitritt Italiens zum Schengener Abkommen fortzusetzen und Österreich die Bereitschaft zur Aufnahme exploratorischer Verhandlungen mitzuteilen. Diese werden voraussichtlich am 20. April 1988 aufgenommen werden.

Die nächste Sitzung der Minister und Staatssekretäre wird am 14.06.1988 - zum dritten Jahrestag des Abkommens - in Schengen stattfinden.

Ich bin zuversichtlich, daß es gelingen wird, bis Ende dieses Jahres unterschriftsreife Texte für Ergänzungsabkommen über Ausgleichsmaßnahmen im Polizei- und Sicherheitsbereich zu erarbeiten und damit den zeitgerechten Abbau der Grenzkontrollen im Jahre 1990 zu ermöglichen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mich dabei bei Ihren Kollegen aus den Vertragsstaaten unterstützen würden.



Interview mit Dursun Karatas, angeklagt im Dev-Sol-Prozeß

Im Massenprozeß gegen Dev Sol, in dem rund 1500 Menschen angeklagt sind, hat die Staatsanwaltschaft nach jüngsten Meldungen 88 Todesurteile beantragt. Einige der Angeklagten sind schon seit 1979 im Gefängnis, ohne daß in ihrem Fall bisher ein Urteil gesprochen wurde. Sie sind z.T. so lange in Haft, daß das jeweils höchste Strafmaß kürzer ausfallen muß, als ihre Inhaftierung schon andauert. In vielen Fällen stützt sich die Anklage auf Aussagen, die unter Folter erpreßt wurden.

Die bürgerliche Presse in der BRD schweigt über die anhaltende Verfolgung von revolutionären und fortschrittlichen Kräften in der Türkei fast vollständig. Im Frühjahr nahm eine in die Türkei gereiste Delegation aus der BRD an einer im

Militärgefängnis Metris (Istanbul) stattfindenden Verhandlung im Massenprozeß teil. Sie hatte dabei die Gelegenheit, mit einem der Angeklagten, Dursun Karatas, zu sprechen. Am gleichen Tag gab dieser im Gerichtssaal eine Erklärung der Gefangenen ab: „Die Ergebnisse des 12. September bekämpfen“. In dem Interview, das wir im folgenden abdrucken, berichtet Dursun Karatas über den achtjährigen Kampf in der Gefangenschaft und über die Entwicklung der politischen Lage in der Türkei. Er erläutert die Auffassungen von Dev Sol zur Geschichte der revolutionären Linken in der Türkei und zur Notwendigkeit einer Einheitsfrontpolitik und die Stellung zum nationalen Befreiungskampf in Kurdistan.

D. Karatas: Wie fanden Sie die türkischen Gerichte?

Delegation: Sehr interessant. Alle schlafen (die Richter). Sehr kalt ... (Gerichtssaal)

D. Karatas: Wann kehren Sie zurück?

Delegation: Sonnabend.

Was wollen Sie über die linke Bewegung in der Türkei und in der BRD, über die revolutionäre Bewegung sagen?

D. Karatas: Was ist gemeint, die Linke in der BRD, allgemein oder die Revolutionäre in der Türkei?

Delegation: Beide.

D. Karatas: Zunächst unseren Aufruf an alle Demokraten und Menschenrechtsorganisationen im Ausland, sie sollen die Realitäten in der Türkei sehen, daß in der Türkei das Regime des 12. Septembers andauert. Die Demokratisierung unter der Özal-Regierung ist nur ein Spiel, ein Täuschungsmanöver. Der 12. September besteht nicht so erkennen. Dem Hochschulgesetz, den Gewerkschaften, den Gesetzen, den Vereinen und den Folterungen fort.

Es gehört zu Ihren Pflichten, dies der demokratischen Weltöffentlichkeit zu vermitteln und Druck auf die Özal-Regierung auszuüben. In der Türkei entwickelt sich der revolutionäre Kampf von neuem. In dieser Hinsicht sehen wir die Zukunft positiv. Vielleicht kann man das im Ausland nicht so erkennen. Aber wir glauben, daß nach einer Weile die Massenbewegungen und Solidaritätsbewegungen zunehmen werden, das wird jeder sehen. Wir möchten, daß parallel dazu die Solidaritätsbewegung im Ausland zunimmt. Wir haben heute eine

Kampagne eröffnet, um die Justiz des 12. Septembers anzuklagen. Unsere Familien und verschiedene demokratische Organisationen unterstützen dies. Wir erwarten hierfür auch aus dem Ausland breites Interesse und Unterstützung. Wir glauben, daß Ihre Solidaritätsaktionen auf die Regierung Einfluß ausüben werden. Die besten Beispiele dafür haben wir 1983 erlebt. Damals fanden Hungerstreiks statt. In Istanbul waren an die 2000 Personen in einem 27tägigen Hungerstreik. Er wurde besonders in der BRD unterstützt. Es gab eine große Kampagne mit Hungerstreiks sowohl der bundesdeutschen Linken als auch der Revolutionäre aus der Türkei, mit Unterschriftensammlungen und Protesttelegrammen von Intellektuellen und Schriftstellern an die Regierung. Wir glauben, daß solche Aktionen wieder gemacht werden können. Wir kennen die dortigen Bedingungen nicht genau, was gemacht werden kann und was nicht, aber dies können wir in etwa sagen. Das ist es, was ich zur Solidarität sagen wollte. Wir grüßen alle von ganzem Herzen.

Delegation: Sie haben über den Hungerstreik in Sagmalcilar berichtet und auch über Ihre eigene Lage. Sie sagten dabei, Sie könnten auch daran teilnehmen, falls die Forderungen nicht erfüllt werden. Können Sie dies noch mal erläutern?

D. Karatas: Seit den ersten Tagen des 12. Septembers wurden zahlreiche Menschen ins Gefängnis gesteckt, zehntausend, ja sogar an die hunderttausend. Eines der Hauptziele des 12. Septembers war es, die Massen apolitisch zu machen, und so auch die Gefängnisinsas-

sen. Dazu wurden Repressalien, ideologische Propaganda und Folter angewendet. Eines der Folterwerkzeuge bildete die Einheitskleidung. Genauer gesagt, um Menschen ihrer Identität zu berauben und von ihren Gedanken abbringen zu können, wurde auf die Einheitskleidung zurückgegriffen. Diese Einheitskleidung haben die Revolutionäre, haben wir abgelehnt. Das Gesetz über das Tragen der Einheitskleidung durch Häftlinge wurde erst im August 1987 herausgebracht. Dabei versuchte man schon im Januar 1984, uns zum Tragen der Einheitskleidung zu zwingen. Es gab Widerstandskaktionen, sogar recht viele. Die Angeklagten in unserem Prozeß hatten vier Todesopfer zu beklagen. Vier unserer Freunde starben im Hungerstreik. Damals konnten wir die Einheitskleidung nicht abschaffen, mit der damaligen Widerstandskraft nicht, aber es wurden einige Verbesserungen erreicht, und es wurde eine Tradition des Widerstandes gegen die Einheitskleidung geschaffen und zugleich ein Bewußtsein, warum dies notwendig ist. Aus diesen Aktionen gingen neue hervor, zuletzt nahmen die im Juli-August 1987 begonnenen Hungerstreikaktionen in der gesamten Türkei einen noch größeren Umfang an. Bei diesen Aktionen starb Didar Sensoy, eine Angehörige der Häftlinge, vor dem Parlamentsgebäude. Trotzdem schaffte die Regierung die Einheitskleidung nicht ab. Sie hatte es sich in den Kopf gesetzt, die Häftlinge zu bessern oder, wie es modern heißt, zu rehabilitieren. Aber nach der Verweigerung der Einheitskleidung, nach den immer wieder durchge-

fürten Hungerstreiks, nach dem Druck von außen durch die Öffentlichkeit und die Angehörigen, nach all dem Widerstand in den Gefängnissen konnte die Regierung ihre Entschlossenheit nicht mehr aufrechterhalten, sie hat de facto die Abschaffung der Einheitskleidung erklärt.

Am 30. Tag der Aktion in Sıgmalcılar ist die Einheitskleidung abgeschafft, aber es gibt andere Probleme. Die Leute werden beim Gang zum Gericht angeketet, sie leben in Einzelhaft in Sıgmalcılar. Die als Sıgmalcılar 2 bezeichnete Haftanstalt hat noch keine Gemeinschaftszellen. Die Fenster sind sehr klein, das Essen wird in Näpfen durch vergitterte Öffnungen hineingereicht. Die Besuche finden nicht wie normal statt, die Telefone werden abgehört, ebenso die Rechtsanwälte am Telefon. Ich glaube, Sie sind im Besitz der Forderungen der Häftlinge aus Sıgmalcılar. Sie sind im Hungerstreik, damit all dies abgeschafft wird. Seit drei Tagen verhandeln sie, wie wir gehört haben. Wir glauben, daß sie weiter machen werden, falls kein positives Ergebnis dabei herauskommt. Wenn der Hungerstreik länger dauert, sind wir gezwungen, Aktionen zu ihrer Unterstützung zu beginnen, und wir glauben, daß andere Gefängnisse bestimmte Anstrengungen machen werden, um ihre Unterstützungsaktionen durchzuführen. Nur glauben wir nicht, daß der Widerstand lange andauern wird, wir hoffen, daß er auf jeden Fall endet. Das heißt, der Widerstand wird andere Dimensionen bekommen, ob er heute endet oder nicht. Denn wir werden unbedingt unsere üblichen Rechte erkämpfen. In der Türkei ist das Solidaritätsgefühl zwischen den Gefängnissen sehr stark. Also, wenn in einem Gefängnis eine Widerstandsaktion läuft, dann ist es unmöglich, daß ein anderes Gefängnis unbeteiligt bleibt. Im allgemeinen wird Solidarität geübt, denn unsere Probleme sind überall gleich. Wir sind mit unseren Freunden vereint.

Delegation: In einem früheren Gespräch haben Sie uns eine Einschätzung der Linken der Türkei, der Reformisten, der TKP geliefert.

D. Karatas: Es ist wohl nützlich, einen kurzen Abriss der Geschichte der Linken der Türkei zu geben. Seit den 20er Jahren wird die Tradition der Linken der Türkei durch die TKP symbolisiert. Diese war bis in die 60er Jahre auf die Aktivitäten beschränkt, die in einem engen Rahmen einer Gruppe von Intellektuellen blieb. So verging in einer 50jährigen Periode eine Zeit von gut 30—40 Jahren, in der man sich an den Kemalismus, den wir als Diktatur des Kleinbürgertums, als Vertreter der kleinbürgerlichen Ideologie bezeichnen, anhängte.

Das heißt, es gab keine unabhängige Vertretung der Ansichten des Proletariats und der werktätigen Bevölkerung, keinen entschlossenen Kampf um die Macht. Und die Niederlagen hatten sie (die TKP) mit jedem Tag geschwächt, um 1951 war sie aus der politischen Arena verschwunden. In den 60er Jahren gab es die Entstehung der Arbeiterpartei der Türkei (TİP). Wir können sagen, daß damit zum ersten Male Bedingungen entstanden waren, in denen die Linke der Türkei zu einer Massenbewegung wurde. Aber die TİP besaß keine Linie, die sie zu einer Arbeiterpartei, zu einer Massenbewegung machte. Nach 1960 entstand ein verhältnismäßig demokratisches Umfeld, was bedeutet, daß die junge Generation durch die Übersetzung der Klassiker des Marxismus-Leninismus diese kennenlernte. Da aber die junge Generation den Marxismus-Leninismus noch nicht vollständig rezipieren konnte, konnte sie keine revolutionäre Strategie für die Türkei entwickeln, das heißt, sie konnte den Marxismus nicht ganz begreifen. Und sie reihte sich in die TİP ein, fast alle taten das. In diesem Sinne gewann die TİP eine Massenbasis.

Mit der Rezipierung des Marxismus-Leninismus erkannte man den Fehler der parlamentarisch-reformistischen Linie der TİP. So kam es zu verschiedenen

Spaltungen. Die Anhänger der Doktrin der nationalen Revolution, die sozialistischen Revolutionäre und die Linie, die beide ablehnten. Als Ergebnis dieser These, Antithese, Synthese entstand in der Türkei 1971 eine bewaffnete Bewegung. Die Botschaft, die diese bewaffnete Bewegung den Volksmassen vermittelte, lautete, daß das erste Ziel des Kampfes, der Sturz der bürgerlichen, faschistischen Regierung, nur durch bewaffneten Kampf möglich und der parlamentarische Weg nicht gangbar ist. Hierauf bauten die als Volksbefreiungspartei der Türkei — Front (THKP-C) bekannte Organisation und der Kampf der Volksbefreiungsarmee der Türkei (THKO) auf. Das heißt, die Tradition des bewaffneten Kampfes kam erstmals 1971 mit der THKP-C und der THKO auf. Zugleich begann in der Türkei innerhalb der Linken eine Formierung. Dies können wir in zwei Kategorien einteilen: Die einen sahen den Weg zur Revolution in der Türkei im bewaffneten Kampf und waren der Überzeugung, eine Revolution könne nur durch bewaffneten Kampf verwirklicht werden, die anderen glaubten, eine Revolution könne ohne die Notwendigkeit eines bewaffneten Kampfes durchgeführt werden. Die letztgenannte Überzeugung entstand im Umfeld der Arbeiterpartei der Türkei (TİP), der Sozialistischen Arbeiterpartei der Türkei (TSİP) und der Kommunistischen Partei der Türkei (TKP). So sehr sie auch betonten, daß sie bewaffnete Aktionen nicht ablehnen, so wenig hat man bis jetzt von einer Organisation oder Aktion, die auf einen bewaffneten Kampf abzielen, gesehen. Also, wir betrachten die Linke der Türkei im Prinzip in zwei Kategorien, die, welche den Weg zum Sturz der bestehenden Herrschaft im bewaffneten Kampf sehen, und jene, welche es auf friedlichem Wege versuchen.

Heute ist die von THKP-C vertretene Politik in mehrere Gruppen zersplittert. Die THKO vertritt nicht mehr ihre alte Linie. Leute sind aufgetaucht, die andere Ansichten, andere Strategien vertreten. Aber wenn wir sie als ganzes betrachten, so können wir sie wieder in zwei Kategorien einteilen: die, welche den bewaffneten Kampf vertreten, und die, welche ihn ablehnen. Die „Linke Einheit“, in der, wie ich glaube, sieben bis acht Gruppen unter der Führung der TKP vertreten sind, steht völlig auf der Linie von Gorbatschow, die gegen die Atomwaffen als Hauptwiderspruch kämpft, dies als Friedensdienst ansieht und mit allen Regierungen eine Übereinkunft sucht, um die Gefahr eines Atomkrieges zu vermindern. Unserer Meinung nach ist dies eine Linie, die Revolution verhindert und den Kampf der Volksmassen zurückwirft. Sie ist abzulehnen. Sie ist nicht marxistisch-leninistisch, sagen wir. Und das Ergebnis ist, daß die Politik der „Linken Einheit“ in einem Lande wie dem unseren niemals eine konsequente Politik hervorgebracht hat. Sie wird geformt durch das, was Leute in der UdSSR sagen. Das heißt, gestern vertraten sie, was Chruschtschow sagte, und heute vertreten sie, was Gorbatschow sagt. Dabei kritisiert Gorbatschow doch Chruschtschow, gestern verteidigten sie Stalin, heute verteidigen sie Gorbatschow. Dabei verurteilt Gorbatschow Stalin. In diesem Sinne fehlt den Freunden jede Konsequenz.

Wir sagen, daß der für die Türkei spezifische Weg über die „Strategie des politisierten militärischen Kampfes“ führt. Dies ist eine Linie, die auf dem bewaffneten Kampf beruht, aber die übrigen legalen demokratischen, ökonomischen, ideologischen und politischen Kampfformen nicht ablehnt. Kurz gesagt, diese Linie liegt nahe bei der Linie von Kuba, El Salvador und Nicaragua. Wir vertreten eine solche Linie. Unserer Meinung nach besitzt die „Linke Einheit“ keine starken Kräfte in der Türkei. So sehr auch die TKP über ihren eigenen Rundfunksender behaupten mag, daß sie alles in der Türkei anführt, wer in der Türkei lebt, weiß, daß dem

nicht so ist. Zweifellos hat sie z.T. Kräfte, aber diese sind auf Verbindungen zu Arbeitern in den Gewerkschaften und zu Bürokraten beschränkt, darüber hinaus hat sie keine Kräfte von Bedeutung. Wenn Sie fragen, ob die anderen linken Gruppen stark sind, nein, unserer Meinung nach auch nicht. Die Linke der Türkei hat seit dem 12. September große Rückschläge hingenommen, aber sie rafft sich wieder auf. In diesem Sinne gibt es eine Entwicklung, zwar noch keine große Sache, aber immerhin greifbar, das sehen wir. Aber diese Entwicklung ist unserer Meinung nach nicht zum Nutzen der „Linken Einheit“. Sowieso ist die „Linke Einheit“ und die TKP oder, wie sie jetzt heißt, TBKP (Vereinigte Kommunistische Partei der Türkei), auf einer Linie der Verständigung mit der Regierung angekommen. Das ist eine Linie, die den revolutionären Kampf verbaut. Diese lehnen wir ab. Natürlich gibt es dazwischen andere Linien, d.h. die die TBKP und THKP ablehnen. Wir können diese auch in verschiedene Kategorien einteilen, aber sie haben bisher nicht den Weg der Verständigung mit der Regierung gewählt, aber es gibt Unterschiede zu uns hinsichtlich der Taktik und Strategie. Trotzdem sind wir für ein Bündnis gegen Imperialismus und Faschismus mit allen linken Gruppen in der Türkei außer den Anhängern von „Aydinlik“, die in der Vergangenheit Revolutionäre an die Bourgeoisie verraten haben. Wir sind der Überzeugung, daß trotz aller Unterschiede zwischen den linken Gruppen Gemeinsamkeiten für den Kampf gegen Imperialismus und Faschismus gefunden werden können. Wir bemühen uns darum. Aber die Linke der Türkei besitzt in diesem Punkt nicht genügend Erfahrung, hat dabei große Probleme, es wird nicht leicht sein.

Während ich dies erzählte, möchte ich folgendes sagen. In Hamburg wurde Erol Aydın getötet. Ich glaube, Sie wissen das. Damit versuchte man, unserer Bewegung zu schaden. Man behauptete, Dev-Sol hätte Erol Aydın umgebracht. Aber später gestand der Täter (wie hieß er noch?), ihn aus Versehen erschossen zu haben. Ich möchte folgendes erklären und der ganzen Welt mitteilen: In der Geschichte unserer Bewegung wurde nie eine Waffe auf linke Patrioten und Revolutionäre gerichtet. Dev-Sol hat sich nie mit dem Blut von Patrioten und Revolutionären besudelt. In diesem Sinne haben wir immer Auseinandersetzungen innerhalb der Linken verurteilt. Anhänger von anderen linken Gruppen haben unsere Freunde umgebracht oder verletzt, sie hinderten uns daran, Politik zu machen. Trotzdem haben wir niemals Vergeltung geübt. Denn wir wußten, daß dies eine Sackgasse ist. Im Falle des Erol Aydın haben wir immer wieder erklärt, daß er nicht von unseren Freunden getötet worden ist. Aber man glaubte uns nicht. Ich weiß nicht, vielleicht haben Sie in der BRD uns auch nicht geglaubt. Aber schließlich gestand Yilmaz Ulusoy (ja, ich erinnere mich, er heißt Yilmaz Ulusoy) in einem Brief, der in der „Tagesschau“ erschien, daß er seinen eigenen Freund aus Versehen getötet habe. Wir lehnen solche Auseinandersetzungen innerhalb der Linken ab, sie sind zu verurteilen, meinen wir. Es gibt kein Problem innerhalb der Linken, das nicht durch Gespräche und Diskussionen gelöst werden könnte. Wir richten diesen Aufruf an die gesamte Linke, besonders an die Revolutionäre aus der Türkei im Ausland. In der Vergangenheit kam es innerhalb der Linken zu vielen Morden, zahlreiche revolutionär gesinnte Patrioten wurden getötet, viel Blut vergossen. Das muß angeklagt werden. Wir müssen uns damit in vernünftiger Weise befassen und die Gründe für die begangenen Fehler finden. Wenn sie nicht gefunden werden, dann wird es in Zukunft zu noch ernsteren Zwischenfällen kommen, zu noch schwereren bewaffneten Auseinandersetzungen und Massakern. Der einzige Weg ist, den Fehlern der Vergangenheit erbarmungslos nachzugehen, die

Verantwortlichen zu suchen und die materiellen Gründe zu finden.

Delegation: Worin liegt der Unterschied der heutigen Verhandlung zu denen, die Sie früher erlebt haben, welche Gründe dafür gibt es Ihrer Einschätzung nach?

D. Karatas: Die Türkei ist ein ökonomisch und politisch instabiles Land. Das heißt, alle unterentwickelten Länder wie das unsere sind instabil. Ungefähr alle zehn Jahre kommt eine Junta. In der Geschichte der Türkei gab es zuvor den 12. März 1971 und 1960 den Putsch des Kleinbürgertums und einiger bürgerlicher kemalistischer Kräfte. Am 12. September gab es den Putsch der Evrens, welcher heute verurteilt werden muß, sagen wir. All das ist ein Ergebnis der ökonomischen, politischen und sozialen Instabilität. Es herrscht Ausbeutung, Ausbeutung durch den Imperialismus, die herrschenden Kräfte bekämpfen sich, der Kampf der Volksmassen, der revolutionäre Kampf verschärft sich wegen der zunehmenden Ausbeutung. Das Monopolkapital hat sich nicht wie in Europa mittels seiner inneren Dynamik entwickelt, es ist vielmehr schwach. Deshalb bleibt es sowohl bei der Lösung seiner inneren Widersprüche als auch bei der Eindämmung des Kampfes der Volksmassen hilflos. Deshalb schiebt es von Zeit zu Zeit alle demokratischen Prinzipien beiseite und wendet sich dem offenen Faschismus zu. Und zwar ist unserer Meinung nach der Faschismus in der Türkei permanent, manchmal offen, manchmal versteckt. Wenn er versteckt ausgeübt wird, dann wird etwas gespielt, was wir Demokratie-Spiel nennen. Das heißt, während Unterdrückung und Gewalt herrschen, versucht man durch die scheinbare Aufrechterhaltung einiger Rechte die Existenz von Demokratie zu beweisen. Aber es ist ein Land, in dem es eigentlich keine Demokratie, keine Freiheit gibt. Wenn eine Junta da ist, werden die herrschenden Kräfte dreister, alle demokratischen Rechte werden abgeschafft. Aber wie die Experimente in verschiedenen Ländern der Erde gezeigt haben, kann man wegen der Forderungen verschiedener Klassen und Schichten, wegen der Ausweitung des Klassenkampfes und wegen der inneren Widersprüche diesen offenen Faschismus nicht auf Dauer institutionalisieren. Man versuchte es mit dem 12. März und dem 12. September. Aber in der Zeit des 12. März konnte man auf Grund des sich entwickelnden bewaffneten Kampfes das vorgesehene Programm nicht vollständig durchsetzen. Nur mit dem 12. September konnte es verwirklicht werden. Die Durchführung des Programms des 12. Septembers, richtiger des Faschismus, geschah in gewissem Sinne wegen der Sünden der Linken. Die Linke wehrte sich nicht genug. Sie wurde überrascht, schwer mitgenommen, ein Teil zog sich nach Europa zurück. Weil eben kein Kampf geführt wurde, der den Faschismus und sein Spiel stören konnte, ist der 12. September noch beständiger und programmatischer. Wenn heute noch die Justiz und die Institutionen des 12. Septembers bestehen, so hat die Linke in gewisser Weise schuld daran. Aber auch das Desinteresse der demokratischen Weltöffentlichkeit und der sozialistischen Länder gegenüber der Junta, die mangelnde Solidarität und Unterstützung sind schuld. Wir sind der Überzeugung, wenn unter den demokratischen revolutionären Kräften auf der Welt genügend Solidarität wäre, daß der US-Imperialismus in den Ländern wie dem unseren solche Regierungen nicht einsetzen könnte oder zumindest unter größeren Schwierigkeiten. Aber heute gibt es keine ausreichende Solidarität auf der Welt.

Heute werden in Palästina, wir sehen es im Fernsehen, Menschen von Israelis Arme und Beine gebrochen, aber das Echo darauf ist sehr dünn. Das heißt, weil auf der Welt der Kampf und die Solidarität der demokratischen Kräfte schwach sind, können die herrschenden Kräfte zusammen mit dem US-Imperialismus an jedem beliebigen Ort nach

Wunsch eine Junta einsetzen. Natürlich ist ein weiterer wichtiger Grund die innere Dynamik der Länder und die Situation der dortigen revolutionären Kräfte. Aber wir können die revolutionären Kräfte nur im Rahmen ihrer historischen Entwicklung kritisieren. Die Linke der Türkei ist eine neue, junge Bewegung. Der revolutionäre Kampf, der bewaffnete Kampf in der Türkei hat erst eine Geschichte von 20 Jahren. In dieser Zeit hat er zwei Schläge versetzt bekommen. Trotzdem versucht er weiter zu bestehen. Am 12. März erlitten wir Verluste. Am 12. September erlitten wir wiederum neue Verluste, aber wir versuchen, wieder auf die Füße zu kommen, in diesem Sinne haben wir einige Schwierigkeiten.

Wir konnten nicht genügend Kräfte gegen den Faschismus organisieren. In diesem Sinne sind wir schuld an der Institutionalisierung des 12. Septembers und an seiner Fortdauer. Aber die Gründe dafür sind objektiv. Daneben sind die subjektiven Gründe von eingeschränkter Bedeutung, so meinen wir.

Die Veränderungen in der Justiz müssen parallel dazu gedacht werden. Die Junta kann den offenen Faschismus nicht offen praktizieren, bzw. die von uns faschistisch genannten Gesetze der Öffentlichkeit nicht zeigen. Deshalb begann man nach dem 6. November 1983, demokratische Verhältnisse vorzuspielen. Dies wirkte sich zum Teil auch auf die Gerichte aus. Aber eigentlich sind die Veränderungen bei den Gerichten und in den Gefängnissen auf den Kampf der Menschen zurückzuführen, die man rehabilitieren wollte. Zweifellos spielt auch der Kampf draußen eine Rolle. Aber dessen Einfluß ist beschränkt. Die Ordnung kann sich selbst nicht instandsetzen. Solange sie das nicht kann, wird eine Politik des Lockerns und Anziehens der Schrauben angewandt. Während also eine Zeitlang starker Druck angewandt wird, muß man ihn auch mal etwas lockern, um größere Reaktionen zu vermeiden. Der 12. September hat mit seiner Verfassung und seinen Gesetzen an Wert eingebüßt, sein Niedergang hat eingesetzt, das wirkt sich auf die Justiz aus. Die Gerichte können uns nicht mehr wie früher aus dem Gerichtssaal verweisen, sie können uns vielleicht auch nicht mehr von der Verhandlung ausschließen, weil wir keine Einheitskleidung tragen, man prügelt nicht mehr, aber die Paragraphen 141–142 (wie § 129a in der BRD – d. Übers.) und die Kriegerrechtsgerichte des 12. Septembers bestehen fort. Also, eigentlich hat sich nicht viel geändert. Aber in der Vergangenheit wurden wir nackt vorgeführt und geprügelt, das geht heute nicht mehr. Aber dafür haben wir hart gekämpft. Kurz, was ich sagen will, ist, die herrschenden Kräfte haben uns nichts geschenkt. Dieser Kampf der revolutionären Kräfte wurde mit der Unterstützung von Patrioten und Intellektuellen durchgeführt.

Zweifellos haben auch Revolutionäre, Demokraten und Menschenrechtsorganisationen im Ausland zu diesem Erfolg beigetragen. Dafür danken wir.

Delegation: Hat sich durch unsere Anwesenheit etwas geändert, soweit Sie es sehen können?

Da. Karatas: Natürlich, heute kann man sagen, durch den Besuch der Delegation aus Deutschland ist das Gericht beunruhigt worden. Besonders wenn Besuch aus dem Ausland kommt, bewertet man unsere Äußerungen als Denunziation der Türkei in Europa und macht daraus eine Frage der persönlichen Ehre. Demgegenüber sagen wir: „Euer Staat ist Mitglied im Europarat, will Mitglied in der EG werden. Wenn Ihr im Europarat seid und in die EG wollt, dann müßt Ihr Euch den dortigen Gepflogenheiten anpassen. In dieser Hinsicht gibt es für uns kein Problem, die Türkei werde dort denunziert. Wir enthüllen lediglich die realen Zustände in der Türkei. Solange keine Europäer anwesend waren, haben wir diese Tatsachen enthüllt. Aber wenn Europäer anwesend sind, versucht Ihr uns zu behindern, damit Eure Vergehen nicht der Weltöffentlichkeit bekannt

werden. Unsere Pflicht ist es, die Realitäten in der Türkei der demokratischen Weltöffentlichkeit zu übermitteln. Die Völker der Welt müssen die ganze Wahrheit kennen.“ Natürlich werden sie beunruhigt. Sowohl die Vertreter der herrschenden Kräfte als auch das Gericht wollen nicht, daß die Realitäten der Öffentlichkeit im Ausland zu Gehör kommen, denn sie behaupten ja, daß Demokratie herrscht. In einem Land mit Demokratie sind Gerichte, bei denen es kein Recht auf Verteidigung gibt, unvorstellbar. Aber in der Türkei gibt es kein Recht auf Verteidigung. Ebenso kann es in einem Land mit Demokratie Gerichte, die vom Militär kontrolliert werden, nicht geben. Aber in der Türkei werden z.Zt. Gerichtsverhandlungen unter militärischer Kontrolle durchgeführt, und es gibt Menschen, die seit acht Jahren in Untersuchungshaft sind. Das paßt doch nicht zu einer Demokratie. Aber man will nicht, daß diese Tatsachen im Ausland bekannt werden. Deshalb ist man beunruhigt. Natürlich müssen wir diesen Besuch ausnutzen, damit diese Tatsachen im Ausland bekannt werden. Wir haben dieses Gespräch geführt, damit unsere Botschaft verbreitet wird. Glauben Sie, daß klar geworden ist, was wir sagen wollen?

Delegation: Wir finden es hier sehr kalt.

D. Karatas: Man brachte uns zwei Jahre lang im Winter in Unterhosen und Unterhemden hierher, und zwar mit Schlägen. Sechs Stunden ließ man uns in der Kälte warten. Und wenn im Sommer die Sonne in eine Ecke kam, hinderte man uns daran, in die Sonne zu gehen, damit wir froren. Ich möchte hinzufügen, ich sage das nicht, um mich zu beschweren, sondern damit es bekannt wird, damit das Wesen des Faschismus bekannt wird.

Delegation: Konnten Sie heute zum ersten Mal in der Bekleidung, die Sie für sich ausgesucht haben, hierherkommen?

D. Karatas: Nein, seit dem 11. Februar 1986 können wir in eigener Kleidung zu Gerichtsverhandlungen gehen. Vorher haben wir die Einheitskleidung nie getragen, wir sind immer in Unterwäsche gekommen. Und zwei Jahre lang wurden die Verhandlungen in unserer Abwesenheit geführt. Und währenddessen lief die Verhandlung mit zwei, drei Leuten weiter, die nicht beim Widerstand mitmachten. Aber die Verhandlungen gingen zwei Jahre lang in unserer Abwesenheit weiter...

S. Kukul: Nun, auch in Metris wurde unsere Haltung nicht angenommen, wir waren gespalten. Ein Teil der Gruppen, wohl die Mehrheit, trug die Einheitskleidung. Das war 1985. Wir führten ein Todesfasten durch, wobei vier unserer Freunde starben. Danach wurde eine lange Zeit diskutiert, ob die Einheitskleidung getragen werden sollte oder nicht. Neben unserem Prozeß (Dev-Sol) gibt es noch einen, den TIKB-Prozeß. Deren Angeklagte lehnten ab. Schließlich zogen diese die Kleidung an, ebenso die Häftlinge in Metris. Nur weil wir nicht von unserer Haltung abgingen, machte die Regierung einen Schritt rückwärts. Und später zogen die auch die Einheitskleidung aus.

Delegation: Was sind die hier im Dev-Sol-Prozeß angeklagten Häftlinge für Menschen? Sie geben hier Erklärungen ab, und Sie sind wohl dazu befugt. Deshalb möchten wir Ihre Ansichten zur Kurdenfrage und zu den Kurden kennenlernen.

D. Karatas: Eigentlich bin ich es nicht allein, der Erklärungen abgibt. Das können auch andere Freunde tun. Eigentlich haben Sie mich ausgewählt. Ich bin gekommen, weil Sie mich gerufen haben. Meine Ausführungen könnte jeder andere Freund machen.

Ich selbst bin kurdischer Abstammung, bin also Kurde. In der Türkei gibt es eine Kurdenfrage. Unserer Meinung nach ist die Türkei ein Land mit zwei Nationen. Es gibt zwei Nationen. Es gibt ein türkisches und ein kurdisches Volk. Die Kurden sind aller nationalen Rechte beraubt. Wir sagen, die Kurden müssen

ihr Schicksal selbst bestimmen. Heute ist es in der Türkei verboten, das Wort Kurde in den Mund zu nehmen. In der Türkei zu sagen, es gibt Kurden, bedeutet Separatismus und heißt, eine Straftat zu begehen. Aber es gibt eine Realität, daß nämlich in der Türkei sechs bis sieben Millionen Kurden leben. Und diese Menschen sind all ihrer nationalen Rechte beraubt, sie können ihre eigene Sprache nicht benutzen, ihre eigene Kultur nicht leben, sie haben keinerlei Rechte. Genauer gesagt, alle Charakteristika, die sie zu einer Nation machen, werden verleugnet. In diesem Sinne gibt es eine Frage des Kampfes des kurdischen Volkes. Damit es nicht mißverstanden wird, wir sind keine kurdischen Nationalisten. Wir sind Marxisten-Leninisten und befürworten einen Klassenkampf, der einen nationalen Kampf nicht ausschließt, anstelle eines Kampfes um Selbstbestimmung getrennt für das türkische und das kurdische Volk. Also, das grundsätzliche Ziel des türkischen und des kurdischen Volkes ist der Sturz der bestehenden Oligarchie, der Herrschaft der türkischen Oligarchie und des Faschismus. Wir sagen, sie müssen sich in einer einzigen Organisation zusammenfinden, und zwar nicht nach Nationen, sondern nach Klassen. Aber das heißt nicht, daß wir die kurdische Bewegung nicht unterstützen. Heute kritisieren wir die Linie der PKK und ab und zu ihre Aktionen, aber im allgemeinen unterstützen wir sie als eine kurdische patriotische Bewegung. Obwohl sie nationalistische Elemente in sich trägt, stellt sie heute eine Kraft gegen den Imperialismus und gegen die Oligarchie dar. Sie bekämpft diese, und wir unterstützen sie. In der Türkei gibt es eine Kurdenfrage, und dies ist, so glauben wir, in den Städten Europas weithin bekannt. In der Türkei können heute immerhin in der bürgerlichen Presse verschiedene Meinungen dazu geäußert werden. In gewisser Weise kann die Bourgeoisie nicht mehr die Erwähnungen des Wortes Kurde verhindern, und die Anerkennung wird sich noch ausweiten. Zwar sind wegen der Erwähnung des kurdischen Volkes und der Forderung nach dessen Selbstbestimmungsrecht Hunderte von Prozessen eröffnet worden, aber wir glauben, nach einer Weile werden diese Prozesse de facto eingestellt werden.

Delegation: Da gibt es viel zu diskutieren. Auch wir unterstützen im allgemeinen die Unabhängigkeitsbewegung des kurdischen Volkes. Aber genauso wie Sie üben wir Kritik an der PKK.

D. Karatas: Wir möchten hier auf eine Tatsache hinweisen. In Europa gibt es viele Organisationen und Gruppen, die die Unabhängigkeit Kurdistans fordern. Aber die meisten gibt es nicht in Kurdistan, aber die PKK. Die PKK führt, zwar mit Fehlern und Unzulänglichkeiten, einen Kampf, und das unterstützen wir. Deshalb ist sie zu respektieren. Sie hat Hunderte an Opfern zu beklagen. Die übrigen Gruppen befinden sich leider im Exil. Sie sind Emigranten. Deshalb nimmt die PKK unter ihnen den höchsten Rang ein.

S. Kukul: Die PKK hat viele Fehler und Unzulänglichkeiten. Auch wir kritisieren und lehnen ihre Organisationsform grundsätzlich ab, nämlich die Formierung auf nationaler Grundlage. Denn unserer Meinung nach ist heute die Befreiung des kurdischen und türkischen Volkes nur durch einen gemeinsamen Zusammenschluß möglich. Das ist der Weg der Selbstbestimmung des kurdischen Volkes. Im Alleingang ist eine Befreiung unmöglich.

Delegation: Wir haben in der BRD beobachtet, daß bei dieser Diskussion revisionistisch-reformistisch gesinnte linke Gruppen die Diskussionen mit der Frage beenden: „Bist Du für oder gegen die PKK“. – Und danach wird eine weitere Diskussion abgewürgt.

Was wir sagen wollen, ist, daß die PKK trotz allen Anlasses zur Kritik unterstützt werden muß, weil sie für ihre Unabhängigkeit kämpft, weil sie z.Zt. in Kurdistan aktiv ist.

D. Karatas: Dem stimmen wir ungefähr zu, jedoch kann man noch diskutieren, in welcher Hinsicht sie erfolgreich oder erfolglos sein wird. Diese Bewegung kann sich erneuern und sogar korrigieren. Dies hängt auch etwas vom Kräfteverhältnis in der Welt ab, jedenfalls aus unserer Sicht.

Unserer Meinung nach auch ist es z.Zt. für die PKK nicht möglich, allein und auf dieser Kampfplattform ein unabhängiges Kurdistan zu errichten. In diesem Punkt sind wir uns ideologisch ungefähr einig. Es ist ganz natürlich, daß sich die Revisionisten in der Türkei gegen die PKK stellen. In der Geschichte der Linken der Türkei gibt es Status-quo-Denken. Historisch ist die Tradition des Kampfes innerhalb der Linken nicht vorhanden, sehr schwach. Reformismus herrschte vor. Das konnte erst 1971 zerbrochen werden.

Und deshalb wendet sich bei jeder bewaffneten Aktion außer den herrschenden Kräften auch die von uns revisionistisch bzw. reformistisch bezeichnete Linke dagegen. Sie versucht das zu verhindern. Denn das würde ihre reformistische Lebens- und Arbeitsweise umwerfen. Deshalb ist die reformistische Linke gegen jede radikale Aktion, und eine Theorie hat sie auch bereit.

Stets griffen sie die Politik des bewaffneten Kampfes mit den Worten „Das sind CIA-Agenten, Konterrevolutionäre und Provokateure“ an. Das war 1971 so und auch 1975–80. Das ändert sich nie. Aber in der Geschichte der Türkei ist die Tradition des Aufstandes sehr schwach, in diesem Sinne ist der Reformismus sehr stark. Das heißt, die Wurzel dieses Verhaltens ist, daß die Tradition von Aufständen in der Geschichte der Türkei und in den Volksmassen schwach oder gar nicht entwickelt ist. Der Reformismus findet hier seine materielle Grundlage. Zweifellos wird die reformistische Ideologie dadurch gut verständlich.

So ist es ganz natürlich, daß die Emigranten die PKK als „Konterrevolutionäre“ bezeichnen. Denn sie selbst haben nie in Kurdistan einen Kampf geführt und können es auch nicht tun. Ihrer Meinung nach ist jede bewaffnete Aktion in Kurdistan eine Provokation, die zu einem Völkermord führt.

Delegation: Ist es richtig zu sagen, der Unterschied zu den übrigen Gruppen in der BRD beruht nicht auf dem Namen PKK oder Dev-Sol, sondern im Grunde auf dem bewaffneten Kampf, den jene ablehnen?

D. Karatas: Ja, so ist es. Das war es, was ich erklären wollte. Es ist im Grunde nicht die Gegnerschaft zur PKK oder zu Dev-Sol, sondern zum bewaffneten Kampf. Ihre Definition ist richtig.

S. Kukul: Das ist eine Sache, die deren Lebensweise zerstört. Es gibt ein Gleichgewicht, das hat das System geschaffen und ihnen eine Rolle dabei zugesprochen. Wenn diese Rolle durch einen bewaffneten Kampf gefährdet wird, dann werden sie in dieser Rolle verunsichert, und dazu die Reaktion der Rechten, daher kommt ihre Gegnerschaft.

D. Karatas: Wir nennen es Status-quo-Denken. Sie wollen nicht, daß der Status quo geändert wird.

S. Kukul: Eine Frage möchten wir stellen, wenn Sie erlauben. Wie kennen Sie Devrimçi Sol?

Delegation: In der BRD wurde Dev-Sol erstmals durch die Besetzung des Konsulats in Köln bekannt. Vorher wußte man nicht, daß eine Organisation namens Dev-Sol bestand. Erstmals erlangten sie durch die Besetzung des Konsulats Aufmerksamkeit. Danach wurde Dev-Sol in der deutschen Presse, genauer in der bürgerlichen Presse, als eine terroristische Bewegung dargestellt¹⁾, und deshalb gab es zunächst einige Schwierigkeiten für die bundesdeutschen Revolutionäre, Dev-Sol näherzukommen. Das lag jedoch nicht in erster Linie an Dev-Sol, sondern daran, daß die revolutionäre Bewegung in der BRD sehr klein und schwach ist.

Wegen ihrer Schwäche und Zersplitterung fanden es die Revolutionäre in der

BRD richtig, mit der türkischen revolutionären Bewegung in der BRD zusammenzuarbeiten.

Deshalb entschieden sich viele, mit der früher und zahlreicher auftretenden Bewegung Dev-Yol zusammenzuarbeiten. Und wegen der falschen Informationen, die sie erhielten, schätzten sie Dev-Sol lange Zeit als eine terroristische Bewegung ein. Auch heute noch zeigen manche deutschen Revolutionäre die Reaktion, „das ist eine terroristische Bewegung“, wenn in der Zeitung eine Nachricht über Dev-Sol erscheint.

D. Karatas: Wenn Terrorismus bedeutet, in einem Land wie dem unseren die Herrschaft durch bewaffneten Kampf zu erringen, dann sind wir Terroristen.

Wenn Terrorismus bedeutet, gegen die hitlerschen Faschisten, die alle Teile der werktätigen Bevölkerung überfallen, mit bewaffnetem Kampf Widerstand zu leisten, das Leben der Volksmassen zu schützen, ihren Lebensbereich von faschistischer Besetzung zu befreien und die Faschisten zu vertreiben, dann sind wir auch Terroristen.

Und weiter, wenn Ho Chi Minh ein Terrorist ist, die Anhänger der FSLN in Nicaragua und die Revolutionäre in El Salvador Terroristen sind, dann sind wir auch Terroristen, richtig.

Delegation: Was in den herrschenden Kreisen befürwortet wird und gezwungenermaßen auch in der deutschen Presse, ist, alles zu tun, um den revolutionären Kampf in der Türkei zu verhindern. Denn der EG-Beitritt der Türkei ist ja zu deren Nutzen. Deshalb kennen die Menschen in der BRD Nicaragua besser als den Kampf in der Türkei, die FSLN mehr als die türkische revolutionäre Bewegung.²¹

D. Karatas: Wir danken sehr. Die Richter kommen.

Anmerkung von TAYAD (Verein für Familien der Gefangenen und Verurteilten in der Türkei) zum Interview:

Da in dem Interview einige Sätze versehentlich falsch übersetzt wurden, unsere Genossen aber dem entsprechend geantwortet haben, blieben wir dem Originaltext treu. Die nachträglich von den Delegationsmitgliedern in der BRD korrigierten Sätze drucken wir als Fußnoten ab:

¹¹ ... weil sie bewaffnet kämpft. Es war sehr schwer von Seiten der bundesdeutschen revolutionären Linken, dagegen anzuarbeiten. Weil eben die revolutionäre Bewegung in der BRD sehr klein und schwach ist. Unsere eigene Situation, also die der Deutschen, ist Grund dafür, daß nur mit den anderen türkischen Organisationen, wie Dev-Yol z.B., zusammengearbeitet worden ist — über Jahre auch jetzt von Seiten der Grünen z.B. Sie wissen deshalb auch über Dev-Yol einiges, aber bis heute wissen einige immer noch nicht, wer und was Dev-Sol ist. Deshalb passiert es noch in den Zeitungen, daß sie sich „vertippen“ und statt „Dev-Sol“ „Dev-Yol“ schreiben.

²² Die Herrschenden in der Bundesrepublik haben ein Interesse daran, daß über das, was in der Türkei läuft, bei uns nichts verbreitet wird. Weil sie wollen, daß die Türkei das macht, was die Bundesrepublik und die anderen EG-Staaten sagen. Vier Millionen Menschen aus der Türkei leben und arbeiten in der Bundesrepublik. Es wäre also genug Informationsbedarf da. Aber bei uns wissen die Leute z.B. mehr über Nicaragua als über die Türkei.

Verfahren gegen Frank Hoffmann

“Frank vrij, nu“ skandierten DemonstrantInnen vor dem Amsterdamer Gerichtsgebäude. Derweil drinnen der niederländische Richter die ellenlange Liste der Anklagepunkte gegen Frank Hoffmann verlas. Beteiligung an der Ermordung der beiden Polizisten an der Startbahn West am 2.11.1987 ist nur ein Vorwurf von vielen. Die erste Urteilsverkündung im Auslieferungsverfahren wird für Ende Juni erwartet.

Zumindest nachträglich wird klar, daß Frank Hoffmann allen Grund hatte, unterzutauchen. Eigentlich war mit der Hetze und Vorverurteilung gegen und von StartbahngegnerInnen nach den Schüssen an der Startbahn am 2.11.1987, was auf ihn zukommen wird. Der Generalbundesanwalt wartet schon im Auslieferungsverfahren nicht mit Kinkerlitzchen auf. Wobei die aufmerksame Öffentlichkeit davon ausgehen muß, daß bei der heutigen Beweislage lediglich gesichert ist, daß zwei Polizisten am fraglichen Tag zu Tode kamen. Ballistische Untersuchungen weisen zudem darauf hin, daß nicht gezielt geschossen wurde. Sollte Frank Hoffmann und die anderen Inhaftierten der Startbahnbewegung tatsächlich verurteilt werden, wird jeweils ein Leben nicht ausreichen, um die zu erwartenden Strafen auszusitzen.

Am 14. Juni 1988 wurde in Amsterdam über den Auslieferungsantrag des Generalbundesanwaltes gegen Frank Hoffmann verhandelt. Frank Hoffmann wurde im April in Amsterdam festgenommen. Er hatte sich abgesetzt, nachdem er im Zuge der allgemeinen Hetze gegen die Startbahnbewegung zur meistgesuchten Person der Republik avancierte. Frank Hoffmann saß die ersten sechs Wochen unter vergleichsweise günstigen Bedingungen in Untersuchungshaft in Groningen. Mitte Mai wurde er in einen der wenigen niederländischen Hochsicherheitsknäste nach Maastricht verlegt. Der Maastrichter Trakt gilt als das niederländische Stammheim. Normalerweise sitzen dort nur Verurteilte ein. Die Verlegung wurde mit angeblichen Fluchtplänen begründet. Der niederländischen Öffentlichkeit wird mit dieser Verlegung die Gefährlichkeit des westdeutschen Im Startbahngegners dokumentiert.

Im Auslieferungsverfahren gegen Frank Hoffmann, dem ersten öffentlichen Verfahren gegen die Startbahn nach dem 2.11.1987 wird deutlich, was die Inhaftierten erwartet. Frank Hoffmann wird zur Last gelegt, einer terroristischen Vereinigung anzugehören, die in unterschiedlicher Zusammensetzung, mit unterschiedlichen Gruppennamen, unterschiedliche Straftaten begangen zu haben. Im Zuge dieser „terroristischen“ Aktivitäten soll Frank Hoffmann in drei Fällen am Umsägen von Strommasten beteiligt gewesen sein. Frank Hoffmann soll beteiligt gewesen sein, als einem Polizisten die Dienstwaffe entwendet wurde. Frank Hoffmann soll an einem Anschlag auf ein Wahllokal beteiligt gewesen sein. Es werden ihm zwei Brandanschläge vorgeworfen, einmal auf die Firma Hoch-Tief, zum anderen auf eine Filiale der Dresdner Bank in Frankfurt. Last not least soll Frank Hoffmann am „Mord“ an den beiden Polizisten beteiligt gewesen sein, die am 2. November an der Startbahn West umkamen.

Die Zuschauertribüne war von niederländischen und westdeutschen BesucherInnen voll besetzt. Zwar verzichtete man beim Einlaß auf eine Identitätsüberprüfung, führte aber eine Leibesvisitation durch — für Amsterdamer Verhältnisse war dies bislang unüblich. Mit auf der Zuschauertribüne saßen mindestens zehn

Zivile zur Kontrolle und Platzbesetzung. Im Unterschied zu vergleichbaren westdeutschen Gepflogenheiten war es möglich, Transparente mit auf die Tribüne zu „schmuggeln“ („Liebe und Kraft“, „Drinnen und draußen ein Kampf“). Eine akustische Verständigung war wegen einer dicken Trennscheibe vor der Tribüne nicht möglich. Lediglich bei einer lautstarken Beifallskundgebung während der Verlesung des Auslieferungsantrages bei der Passage „Sag‘ weg den Scheiß“ drohte der Richter mit der Räumung der Tribüne. Die Zivilen wurden mit „Spitzel“ und „Scheißbullen“ beschimpft — und nichts passierte. Vor dem Gerichtsgebäude demonstrierten etwa 200 Leute gegen die Auslieferung von Frank Hoffmann und für seine Freilassung recht lautstark. Erst nach dem Prozeß kam es zu einer polizeilichen Prügelei, als der Aufforderung, sich von den „Autonomen“ zu trennen und die Straße freizumachen, niemand folgte. Die DemonstrantInnen wurden durch die Fußgängerzone Amsterdams gejagt und geprügelt, zahlreiche Zivile halfen kräftig mit. Sich solidarisierende Passanten wurden massiv abgedrängt. Es wurden sieben Personen verhaftet und mehrere verletzt, eine Person wurde krankenhausreif geschlagen.

Trotz der harten Vorwürfe war die Verhandlung in Amsterdam leidenschaftslos. Sowohl Richter als auch die Vertreterin der Staatsanwaltschaft erfüllten sichtlich nur ihre Pflicht. Frank Hoffmann ignorierte das unernsthafte Theater am Richtertisch und freute sich, Bekannte auf der Tribüne begrüßen zu können. Sein Anwalt Bakker Schut plädierte auf Nicht-Auslieferung, da Frank Hoffmann u.a. als politischer Gefangener in der BRD verfolgt wird, und deswegen politisches Asyl zu gewähren ist. In Kenntnis der politischen Gegebenheiten gab er nach der Verhandlung seine Einschätzung bekannt: Nach niederländischem Recht ist eine Auslieferung von Frank Hoffmann nicht möglich. Da dieses Verfahren ein juristisches, tatsächlich aber ein politisches sei, ist davon auszugehen, daß Frank Hoffmann an die westdeutschen Strafverfolgungsbehörden ausgeliefert wird. Der Urteilspruch ist für den 28. Juni zu erwarten; werden alle Rechtsmittel ausgeschöpft, wird sich das Verfahren bis September hinziehen.

Das Auslieferungsbegehren basiert auf dem Paragraphen 129, den es so im niederländischen Strafrecht nicht gibt. Eine Auslieferung ist aber nur für Delikte möglich, die auch nach niederländischem Recht strafwürdig sind. Dennoch sind die Aussichten für Frank Hoffmann schlecht, die Niederlande haben bereits in mehreren Fällen ausgeliefert. Knut Folkerts an die BRD und Iren nach England. Die europäischen Angleichungen der Haftbedingungen und des Strafrechts, die Einrichtung von Isolations- und Hochsicherheitstrakten nach westdeutschem Vorbild, der Europa-Pass, polizeiliche Sondertruppen zur Terrorismusbekämpfung nach BRD-Muster sind Ergebnis einer schon länger existierenden Entwicklung. 1976 wurde das Koordinationsorgan TREVI gegründet, das Polizeistategien auf EG-Ebene abstimmt. Auf NATO-Ebene gibt

es seit 1974 neben dem Austausch von Polizei- und Geheimdienstinformationen über die NATO-Verbindungsstellen auch den militärischen Apparat zur Niederschlagung von Aufständen, die Allied mobile Forces. Isolationsknäste in Spanien und in der Türkei sind westdeutsche Exportartikel. Die „Schengen-Kommission“ arbeitet an der Vereinheitlichung des Asylrechts. Deren Mitgliedsstaaten BRD, Frankreich und die Benelux-Länder streben einheitliche Visabestimmungen und Ausweisungskriterien für Flüchtlinge an, mit dem Ziel, wird die Einreise in einem dieser Länder verwehrt, gilt das für alle anderen auch. Die Schengen-Kommission beschäftigt sich zudem mit dem Aufbau eines Frühwarnsystems gegen neu auftretende „Migrantenströme“ mithilfe eines Datenverbundes, um rechtzeitig und einheitlich gegen Wirtschaftsflüchtlinge und politische AsylbewerberInnen vorgehen zu können. Das Auslieferungsverfahren gegen Frank Hoffmann ist in diesem Zusammenhang als ein weiterer Schritt hin zur Schaffung eines „europäischen Strafraums“ zu sehen.

Wir haben uns in der Nacht zum 10. Juni 1988 an den Autos der Herren Hans Peter Kalb, Weinbergstr. 25 und Rolf Harald Preisker, Kirchdittmolderstr. 47 zu schaffen gemacht, denn sie sollen merken, daß sie ihr übles Geschäft hier nicht in Ruhe durchziehen können, daß wir sie auch in ihrer Privatsphäre aufsuchen, bis sie ihr Treiben einstellen. Um den Nobelkarossen ihren Glanz zu nehmen, haben wir den Lackzerstört, die Scheiben in Milchglas verwandelt, die Auspuffe ausgeschäumt, die Reifen zerstochen und die Fahrzeuge als Eigentum von FRAUENHÄNDLERN gekennzeichnet. Zuvor war in der Nacht zum 28. April 1988 im Laden eine Scheibe zu Bruch gegangen. Eine Verwüstung der Ladeneinrichtung mißlang leider aufgrund der Denunziation durch einen ordnungsliebenden Nachbarn.

Neben Reisen nach Thailand/auf die Philippinen bietet dieses Reisebüro auch einen Service zur Vermittlung von Asiatinnen als Ehepartnerinnen an. Das Angebot schließt auch eine zweiwöchige Probezeit („zum Mitnachhausenehmen“) und eine Rückgabegarantie mit ein. Bei diesem Handel wird der Zusammenhang von Frauenunterdrückung und Ausbeutung der sog. „3. Welt“ besonders deutlich. Politische, militärische und wirtschaftliche Ausbeutungsstrategien der imperialistischen Industrieländer habendie Länder der sog. „3. Welt“ in eine tiefgreifende Kreditabhängigkeit manövriert. Am längeren Hebel der riesigen Verschuldung sitzend, können die Industrieländer die Bedingungen und bestimmte innenpolitische Maßnahmen erpressen (z.B. in Form von Anpassungsprogrammen des Internationalen Währungsfonds, kurz IWF).

Als Folge der weltweiten Verbindung von kapitalistischen, imperialistischen und patriarchalen Herrschaftsstrukturen ist die Subsistenzwirtschaft — die selbständige Herstellung von Lebensmitteln für den Eigenbedarf — zerstört worden. Die Bevölkerung verelendet zunehmend und insbesondere die Lebenszusammenhänge und Arbeitsverhältnisse von Frauen werden immer unsicherer. Ideale

Voraussetzungen für die Entwicklung von Prostitutionstourismus und Frauenhandel. Nicht von ungefähr ist etwa in Thailand der Tourismussektor der einzige im Wachstum befindliche Gewerbezweig. Im großen Geschäft mit der Ware Sex werden dort zur Zeit fast eine Million Frauen ausgebeutet. Die heutigen Sextouristen aus der BRD, Schweiz, Österreich etc., die nach Thailand oder auf die Philippinen fliegen, traten die Nachfolge der US-Soldaten an: sogenannte „rest and recreation“ Programme sorgten während des Vietnamkrieges für sex-garnierte Entspannungskuren der gestreßten Ami-Truppen in Südostasien. Auch heute ist der Tourismus in diese Länder vor allem Sextourismus (1980 kamen z.B. 2,22 Mio. Touristen nach Thailand, davon 75% Männer).

Die materielle und soziale Notsituation der Familien in den jeweiligen Ländern, bedingt durch

- sinkende Familieneinkommen
- fehlende Sozialleistungen
- Einsparungen im Gesundheits-/Bildungsbereich

macht viele Frauen zu Opfern von Frauenhandel und Prostitutionstourismus, steht für sie dahinter doch oft der verzweifelte Wunsch, endlich aus dem Elend herauszukommen.

Doch Imperialismus als Grundlage dieses Elends heißt nicht nur weltweite Ausdehnung der Macht von Banken und Multis der sog. „1. Welt“ über Bodenschätze und Arbeitskräfte der übrigen drei Kontinente. Imperialismus lebt auch durch die Beherrschung/Ausbeutung der Frauen, durch ihre Reduzierung auf Gebärd- oder Sexfunktionen oder als Billigstlohnarbeitskräfte. Der Prostitutionstourismus und Heiratshandel ist eine der offensichtlichsten Ausformungen der bestehenden Herrschaftsverhältnisse zwischen reichen und armen Ländern, zwischen Besitzenden und Besitzlosen, zwischen Männern und Frauen.

Jeder Mann profitiert von der weltweiten patriarchalen Ordnung als Ehemann, Prostitutionkunde, Braut-Käufer („gutsituierter weißer Mann sucht arme exotische Frau“).

Sexismus und Rassismus sind so tief verinnerlicht, daß es für die Männer der westlichen Welt eine Selbstverständlichkeit ist, sich die Frauen der sog. „3. Welt“ nach ihren Bedürfnissen anzueignen. Sie erdreisten sich, Frauen zur Handelsware zu erniedrigen, sie anzupreisen („bezaubernd, anschniegig, sanft, erotisch“) und zu verkaufen. Männer werden zu Sklavenhaltern, die sich eine Ausländerin „kaufen“, sie heiraten und dann aber wie ein Haustier halten, an dem sie ihre viehischen Bedürfnisse nach Lust und Laune austoben.

Wir greifen die Vertreter dieser patriarchalen frauenverachtenden Ordnung an. Wir wollen und werden es nicht zulassen, daß sie ihr Selbstverständnis von der erniedrigenden Beherrschung der Frauen so reibungslos einlösen können. Den in- und ausländischen Sklavenhändlern muß das Handwerk gelegt werden.

Macht das kaputt, was euch kaputt macht und

- laßt die BUMSBOMBER abstürzen

- boykottiert alle ReiseveranstalterInnen, Heiratsvermittlungsinstitute, Fluggesellschaften und HotelbesitzerInnen, die für Sextourismus werben und damit handeln

- boykottiert alle Zeitungen, die rassistische und sexistische Werbe- und Kontaktanzeigen veröffentlichen.

“Was die unterdrückten Leute brauchen, ist nicht eure Sympathie, eure Tränen oder gar eure Gebete, was sie am meisten brauchen, ist eure Wut“ (Zitat einer philipp. Frau).

“Heute ist nicht alle Tage ... wir kommen wieder — keine Frage“.